

Kapitel 1. Land der Möglichkeiten: Unseren Wohlstand auf eine neue Grundlage stellen



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 24.10.2025

Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Baden-Württemberg ist das Land der Möglichkeiten. Wer etwas bewegen will, findet
- 2 bei uns den richtigen Platz: an der Werkbank, am Laptop oder an der Seite der
- 3 Menschen. Doch aufgrund der gegenwärtigen und vergangenen Krisen zweifeln viele
- 4 Bürger*innen, ob die Versprechen von Sicherheit und Stabilität noch gelten. Wir
- 5 wollen diese Perspektiven sichern und bewahren. Leistung soll sich auch in
- 6 Zukunft lohnen. Wir wollen ein Land, das Chancen bietet: für alle, die bereit
- 7 sind, anzupacken und Verantwortung zu übernehmen. Ganz gleich, ob sie hier
- 8 geboren sind oder mit großen Hoffnungen zu uns kommen. Für uns kommt es nicht
- 9 darauf an, woher man herkommt, sondern wohin man will.
- 10 Die Möglichkeiten sind da: Beim Amtsantritt von Ministerpräsident Kretschmann im
- 11 Jahr 2011 hatten vier Millionen Menschen einen Job. Ende 2024 gehen – trotz
- 12 einer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage – rund fünf Millionen Menschen in
- 13 Baden-Württemberg einer sozialversicherungspflichtigen Anstellung nach. Eine
- 14 Million Jobs mehr, das ist das Ergebnis von 15 Jahren grün geführter Politik.
- 15 Wer Leistung bringt, soll auch in Zukunft weiterkommen – ob im Handwerksbetrieb
- 16 oder Hörsaal, im Start-up oder am Fließband. Ein bärenstarker Mittelstand, eine
- 17 hochinnovative Industrie und eine exzellente Wissenschaftslandschaft sind dafür
- 18 die beste Grundlage. Dazu wollen wir Erfindergeist und Unternehmertum weiter
- 19 entfesseln. Junge Menschen wollen wir auf ihrem Weg in Ausbildung, Gründung oder
- 20 Studium bestmöglich begleiten. Durch die Stärkung der beruflichen Bildung und
- 21 der Gleichwertigkeit von Master und Meister öffnen wir Türen und schaffen
- 22 Chancen.
- 23 Es ist und bleibt richtig, dass man mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben
- 24 und die Weltmärkte der Zukunft erobern kann. Diese Strategie werden wir weiter
- 25 mit Nachdruck verfolgen. Aber es gilt auch umgekehrt: Mit schwarzen Zahlen
- 26 werden grüne Ideen bezahlbar. Wir verbinden wirtschaftliche Vernunft mit
- 27 Zukunftssicherheit und Generationengerechtigkeit – darum geht es uns.
- 28 Eine starke Wirtschaft braucht eine optimale Infrastruktur. Diese zu erhalten
- 29 und zu erneuern ist eine unserer größten Aufgabe. Im Fokus stehen dabei bei
- 30 Mobilität und Transport sowie Digitalisierung und Energie. Deshalb wollen wir
- 31 einen Infrastruktur-Booster: Straßen, Brücken und Schiene müssen weiter saniert
- 32 werden. Wir werden den Breitbandausbau auf ein neues Level heben und wir werden
- 33 eine verlässliche, saubere und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten.
- 34 Bezahlbare saubere Energie beginnt bei einem klugen Netzausbau: Deshalb wollen
- 35 wir in Stromleitungen, Speichertechnologien und intelligente Steuerung
- 36 investieren.

37 All das kann nur mit Hilfe eines modernen, leistungsfähigen Staates gelingen,
38 der solide haushaltet und die Zukunft finanziert – heute wie morgen. Wir wollen
39 einen Staat, der ermöglicht und befähigt. Wir wollen einen Staat, der für alle
40 funktioniert. Dazu wollen wir ihn einfacher, digitaler, schneller und
41 serviceorientierter machen. Auf diese Weise setzen wir neue Kräfte frei – für
42 mehr Freiheit und Eigenverantwortung, für mehr Innovation und wirtschaftliche
43 Dynamik, für mehr Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

44 Kapitel 1.1 Wohlstand erneuern: Unseren Standort 45 stärken – Wirtschaft neu denken

46 Die Weltwirtschaft befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Der globale
47 Handel ist härter geworden, technologische Durchbrüche wirbeln unsere Wirtschaft
48 durcheinander, neue Wettbewerber fordern uns heraus, und bewährte Branchen wie
49 unsere Automobilindustrie erleben die größte Bewährungsprobe ihrer Geschichte.
50 Wir stehen deshalb vor einer wichtigen Wahl: Suchen wir die Antwort in
51 Kulturkämpfen und den Rezepten von gestern? Oder nehmen wir die Herausforderung
52 an und gehen voran?

53 Wir in Baden-Württemberg entscheiden uns für den Weg nach vorne. Der
54 Unsicherheit setzen wir Mut und Übersicht entgegen. Wir stellen die Weichen in
55 Richtung Zukunft. Wir stärken unserer Wirtschaft gezielt den Rücken und setzen
56 auf das, was uns in Baden-Württemberg stark gemacht hat: Courage und
57 Erfindergeist, unsere Schaffigkeit und ein starkes Miteinander. So knüpfen wir
58 an unsere besten Traditionen an und gestalten den Umbruch aktiv mit. Wir wollen
59 die Grundlage dafür schaffen, dass unsere Wirtschaft wieder richtig durchstarten
60 kann. Mit einer Wachstumsagenda, die unseren Mittelstand, unsere
61 Handwerker*innen und unseren Einzelhandel als Fundament begreift, das es zu
62 unterstützen gilt. Alles mit dem Ziel, sichere und gute Arbeit in unserem Land
63 zu schaffen und zu erhalten.

64 **Agenda für Innovation und Wachstum**

65 Damit in Baden-Württemberg neue und sichere Arbeitsplätze entstehen und unser
66 Land ein zukunftsstarker Standort für Unternehmertum und Wohlstand bleibt,
67 gestalten wir den Strukturwandel aktiv und stellen uns entschlossen der
68 internationalen Konkurrenz. Nur wer auf Innovation setzt, prägt den Markt. Wer
69 Altes neu aufwärmt, läuft hinterher. Deshalb streben wir in allen entscheidenden
70 Zukunftsfeldern die Technologieführerschaft an. Der Baden-Württembergische
71 Erfindergeist bleibt daher auch in Zukunft die Basis unseres wirtschaftlichen
72 Erfolgs.

73 Dabei spielt für uns die Verbindung von Ökologie und Ökonomie eine herausragende
74 Rolle. Sie ist der Schlüssel, um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch
75 voneinander zu entkoppeln. Deshalb haben wir von Anfang an auf *GreenTech* gesetzt
76 – mit Erfolg, denn kaum eine andere Branche ist im Land in den vergangenen
77 Jahren so stark gewachsen.

78 Immer mehr Betriebe wollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern
79 eine besondere Verantwortung für Umwelt, Beschäftigte und Gesellschaft
80 übernehmen. Deshalb unterstützen wir auf Landesebene Bewegungen wie die
81 Gemeinwohl-Ökonomie, um noch mehr Unternehmen für eine nachhaltige, soziale und
82 transparente Wirtschaftsweise zu begeistern.

83 Auch auf anderen Feldern haben wir das Land gut für die Zukunft aufgestellt: Das
84 wichtigste Beispiel dafür ist die Gesundheitswirtschaft, die zu einer tragenden
85 Säule unserer Wirtschaft geworden ist. Daneben haben wir mit künstlicher
86 Intelligenz, Quantentechnologie oder der Luft- und Raumfahrt zentrale
87 Schlüsseltechnologien vorangebracht und dadurch die Grundlagen für den Wohlstand
88 von morgen gelegt. Diese Arbeit wollen wir kraftvoll fortsetzen. Mit unserer
89 Agenda für Innovation und Wachstum wollen wir die Voraussetzungen dafür
90 schaffen, dass Baden-Württemberg auch morgen an der Spitze bleibt.

91 Um vorne mit dabei zu sein, verhelfen wir besonders bahnbrechenden Entwicklungen
92 zum Durchbruch – wie zum Beispiel in der Biotechnologie, beim Quantencomputing
93 oder in der Robotik. *Deep-Tech*-Innovationen aus diesen zukunftsweisenden
94 Bereichen erfordern oft hohe Ingenieurskunst, umfangreiche Forschung und lange
95 Entwicklungszeit. Deshalb legen wir ein *Deep-Tech*-Forschungsprogramm auf und
96 untermauern es mit einem Fonds. Dazu gehört die Beschleunigung des Transfers von
97 wissenschaftlichen Erkenntnissen aus den Laboren in Produkte und greifbare
98 Lösungen, die den Alltag der Menschen besser machen. Nur im Zusammenspiel von
99 Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gelingen fundamentale Durchbrüche mit hohem
100 gesellschaftlichen Nutzen.

101 Innovationen entstehen oft da, wo unterschiedliche Disziplinen und Branchen
102 aufeinandertreffen. Wir schaffen Innovationsräume und Reallabore, in denen neue
103 Ideen ohne schwerfällige Hürden ausprobiert werden können. So entsteht Raum für
104 Mut, Kreativität und unkonventionelle Lösungen. Rückenwind holen wir uns dabei
105 aus der Europäischen Union. Sie fördert und ermöglicht geschützte Testumgebungen
106 (*Regulatory Sandboxes*), in denen Innovationen für eine befristete Zeit unter
107 möglichst realen Bedingungen getestet werden können, um sie schneller zur
108 Marktreife zu bringen.

109 Um neue Impulse für die Gesundheitswirtschaft zu setzen, bauen wir unsere
110 Innovationsagentur „BIOPRO“ zur Schrittmacherin des gesamten *Life Sciences*-
111 Bereichs aus. Wir stärken den Innovationscampus „Health and Life Science
112 Alliance“ und machen durch den Zusammenschluss der Universitätsklinika
113 Heidelberg und Mannheim die Region zu einem Kraftzentrum für Forschung,
114 Datenvernetzung und gute gesundheitliche Versorgung, von dem die ganze
115 Gesellschaft profitiert.

116 Die aktuelle Lage der Automobilwirtschaft macht uns Sorgen. Denn das Auto wurde
117 hier bei uns in Baden-Württemberg erfunden. Es hat unser Land groß gemacht, es
118 ist ein Grundpfeiler unseres Wohlstands, und wir wollen, dass das auch so
119 bleibt. Deshalb werden wir alles dafür tun, dass das Auto der Zukunft in
120 Untertürkheim, Zuffenhausen oder Neckarsulm entwickelt und gebaut wird. Das wird
121 nicht einfach, denn die Automobilwirtschaft erlebt gerade den tiefsten Umbruch
122 ihrer Geschichte: Digitalisierung, Automatisierung und Antriebstechnologie haben

123 neue Wettbewerber aufs Spielfeld geführt, die unsere Industrie massiv
124 herausfordern.

125 Die Exporte nach China haben der Automobilindustrie gute Jahre verschafft, aber
126 dieser Markt stellt viel schneller auf Elektroautos um und europäische
127 Hersteller verlieren massiv. Preiswerte E-Modelle und die zunehmende
128 Softwareintegration setzen unsere Industrie unter Druck. Den internationalen
129 Wettbewerb werden wir nur dann gewinnen, wenn wir weiterhin voll auf die
130 Technologieführerschaft beim E-Auto setzen.

131 Wir wollen die Ansiedlungsstrategie des Landes weiterentwickeln. Dazu schaffen
132 wir mehr Platz für neue Ideen und Betriebe. Damit das gelingt, wollen wir noch
133 gezielter dafür sorgen, dass ausreichend Flächen für Firmen bereitstehen – damit
134 Gründer*innen, Handwerk und Industrie auch in Zukunft Raum zum Wachsen und
135 Gründen finden.

136 Daneben setzen wir uns mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel bei der
137 EU dafür ein, dass Baden-Württemberg mehr Spielraum bekommt, die wirtschaftliche
138 Transformation gezielt zu fördern. So schaffen wir die Voraussetzungen, damit
139 unser Land und die Unternehmen weiterhin in neue Technologien investieren
140 können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

141 Innovation endet nicht an Landesgrenzen – deshalb stärken wir unsere
142 Außenwirtschaftspolitik. Uns geht es darum, bestehende Partnerschaften
143 auszubauen und neue Partnerschaften zu schließen. Technologieorientierte
144 Kooperationen und Energiepartnerschaften stehen dabei besonders im Fokus. So
145 schaffen wir neue Märkte für unsere Innovationen und sichern Wertschöpfung im
146 Land.

147 Wir machen Baden-Württemberg unabhängiger bei Rohstoffen – durch heimische
148 Gewinnung und eine starke Kreislaufwirtschaft, die wertvolle Materialien immer
149 wieder nutzbar macht.

150 Globale Produktions- und Rohstoffketten werden immer stärker zum Austragungsort
151 geopolitischer Machtkämpfe. Als exportstarkes Land mit globalen
152 Wirtschaftsbeziehungen dürfen Lieferketten nicht zum Einfallstor für
153 Erpressbarkeiten werden. Darum setzen wir uns für transparente und resiliente
154 Lieferketten ein, die Menschenrechte, Umwelt- und soziale Mindeststandards
155 achten. Das europäische Lieferkettengesetz muss praxistauglich, rechtssicher und
156 bürokratiearm umgesetzt werden, damit nachhaltiges Wirtschaften ein
157 Wettbewerbsvorteil wird.

158 **Unsere Automobilwirtschaft in die Zukunft**

159 Im Wahljahr 2026 können wir ein stolzes Jubiläum feiern: Vor 140 Jahren hat
160 Gottlieb Daimler das erste vierrädrige Automobil erfunden, die Motorkutsche. Wie
161 keine andere Branche hat die Automobilindustrie die Geschichte unseres Landes
162 geprägt. Um die Automobilwirtschaft weiter auf diesem Weg bestmöglich zu
163 unterstützen, wollen wir optimale Rahmenbedingungen für das Mobilitätscluster
164 der Zukunft schaffen – mit einem Zukunftspakt von Industrie, Gewerkschaften,
165 Forschung und Politik, mit klaren Zielen für Innovation, Beschäftigung und

166 Nachhaltigkeit, mit einer klaren Förderlogik für Innovation und Standorttreue.

167

168 Das Automobil der Zukunft fährt elektrisch – und hier müssen wir in Baden-
169 Württemberg aufholen. Gerade aus China kommen derzeit viele Innovationen. Doch
170 Wettbewerb belebt das Geschäft: Wir nehmen die Herausforderung an und wollen
171 Baden-Württemberg zum Spitzenreiter der Elektromobilität machen. Dafür braucht
172 es klare Rahmenbedingungen, Innovationskraft und Planungssicherheit. Unser Ziel
173 ist, dass aus Baden-Württemberg auch in den nächsten 140 Jahren
174 Mobilitätslösungen für die ganze Welt entstehen.

175 Um einen starken Heimatmarkt für die E-Mobilität zu schaffen, wollen wir die
176 Ladeinfrastruktur weiter ausbauen. Dazu gehört darüber hinaus günstiger
177 Ladestrom für Elektrofahrzeuge. Entlang der gesamten Batteriewertschöpfungskette
178 – von Forschung und Entwicklung über Produktion bis zum Recycling – entstehen
179 große Chancen für Innovation, Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze. Darüber
180 hinaus setzen wir verstärkt auf leistungsfähige Chips und *Smart Data*. Mit einem
181 gemeinsamen Datenraum ermöglichen wir Unternehmen einen sicheren Austausch von
182 Produktions-, Mobilitäts- und Forschungsdaten. So entstehen neue
183 Geschäftsmodelle für die Mobilität der Zukunft – digital und vernetzt. Wir bauen
184 unseren Innovationscampus „Mobilität der Zukunft“ aus und stärken weiterhin die
185 Vernetzung mit der Wirtschaft.

186 Beim autonomen Fahren gehen wir den Schritt vom Test zum Regelbetrieb und
187 bringen Pilotregionen für autonom fahrende Shuttles auf den Weg. Wir wollen
188 zukunftsfähige Arbeitsplätze entlang der gesamten automobilen
189 Wertschöpfungskette erhalten – durch Qualifizierung und Weiterbildung, durch die
190 Transformation der Zulieferbetriebe und im engen Schulterschluss mit den
191 Tarifpartnern. Auch unsere Mobilitätsstrategie für das Land selbst ist ein Motor
192 der industriellen Erneuerung.

193 Das Herz des Autos von morgen ist die Batterie. Baden-Württemberg bringt dafür
194 Spitzenforschung, starke Ingenieur*innen und eine lange Tradition in der
195 Fertigung mit. Doch im globalen Wettbewerb – insbesondere mit staatlich
196 gestützten Märkten in China – braucht es europäische Stärke.
197 Wir unterstützen die Initiative der EU-Kommission für einen Europäischen
198 Batterie-Booster. Ein gemeinsames europäisches Industrieprojekt, um sich von
199 Abhängigkeiten zu lösen. Dazu braucht es die Kraft des europäischen Marktes,
200 Finanzierungszusagen, Rohstoffabkommen und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir
201 wollen Produktion gezielt anreizen, Voraussetzungen für Wertschöpfung im Land
202 schaffen und im Strategiedialog die Kooperation zwischen Unternehmen, Forschung
203 und Politik vertiefen.

204 Unser Ziel ist klar: Die Autos von morgen sollen in Baden-Württemberg entwickelt
205 und gebaut werden – innovativ, klimaneutral und wettbewerbsfähig.

206 **Musterland für GreenTech und nachhaltiges Wirtschaften**

207 Die Vereinbarung von Ökologie und Ökonomie war von Beginn an unser Leitstern –
208 und der Erfolg gibt uns Recht: Der *GreenTech*-Sektor ist in den vergangenen
209 Jahren überdurchschnittlich stark gewachsen. *GreenTech* verbindet technologische

210 Innovationen mit Nachhaltigkeit, um ökologische Herausforderungen – wie den
 211 Kampf gegen die Klimakrise und Umweltverschmutzung – zu lösen. *GreenTech*-
 212 Unternehmen haben in Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren viele neue
 213 Arbeitsplätze geschaffen – auch in Krisenzeiten. Diesen Kurs werden wir
 214 kraftvoll fortsetzen. In den nächsten Jahren arbeiten wir daran, *GreenTech* zu
 215 einer der dynamischsten Wachstumsbranchen und zum Aushängeschild unserer
 216 heimischen Wirtschaft in der Welt machen: „Klimaschutz und Ressourceneffizienz
 217 *made in BW*“ – dieses Gütesiegel steht für erneuerbare Power, Sparsamkeit,
 218 Erfindergeist, modernste Technologie und Geschäftssinn.

219 Wir werden eine *GreenTech*-Allianz aufbauen, mit der wir Start-ups und
 220 Mittelstand bei der Entwicklung und dem Hochlauf innovativer
 221 Wasserstofftechnologien unterstützen und damit sichere Arbeitsplätze und
 222 Wertschöpfung im Land schaffen. Dabei stärken wir die urbane und industrielle
 223 Bioökonomie, fördern die Markteinführung von Bioraffinerien und unterstützen
 224 nachhaltige Unternehmen und Start-ups durch ein Forschungskooperationsnetzwerk
 225 *GreenTech*. Um *GreenTech*-Unternehmen in und aus Baden-Württemberg international
 226 sichtbar zu machen und hervorzuheben, wollen wir eine Dachmarke „*GreenTech BW*“
 227 aufbauen. Wir setzen auf umfassende Unterstützung der Branche: Die *GreenTech*-
 228 Plattform bei der Landesagentur „Umwelttechnik BW“ wird zur Anlaufstelle für
 229 Energieeffizienztechnologien und die *GreenTech*-Wirtschaft in Baden-Württemberg.

230 Ein besondere Schwerpunkt im Rahmen unserer *GreenTech*-Initiativen gilt der
 231 Kreislaufwirtschaft. Wir unterstützen Unternehmen aus Baden-Württemberg dabei,
 232 ihre Produkte und Geschäftsmodelle im Sinne der zirkulären Wirtschaft zu
 233 entwickeln und Produktkreislaufsysteme entstehen zu lassen. Kreislaufwirtschaft
 234 ist für uns mehr als Abfallwirtschaft, sie beginnt beim Produktdesign und endet
 235 bei der Wiederverwertung von Rohstoffen. Mit der Förderung der
 236 Kreislaufwirtschaft gehen wir einen großen Schritt weg von der
 237 Wegwerfgesellschaft hin zum erfolgreichen Wirtschaften innerhalb der planetaren
 238 Grenzen. Den erfolgreichen Ressourceneffizienz- und Kreislaufwirtschaftskongress
 239 BW führen wir fort. Außerdem stärken wir mit der Kreislaufwirtschaft unsere
 240 Rohstoffsouveränität und reduzieren gefährliche Abhängigkeiten.

241 **Startklar für die Neue Gründerzeit**

242 Baden-Württemberg ist nicht nur das Land des Mittelstands, wir haben Baden-
 243 Württemberg in den vergangenen Jahren zum Gründerland entwickelt. Inzwischen
 244 gibt es im ganzen Land lebendige Start-up-Ökosysteme, also starke Netzwerke für
 245 junge Unternehmer*innen.

246 Unser Ziel ist es, die Hürden für Gründungen weiter abzubauen. Dafür wollen wir
 247 mit Bund, Ländern und Kommunen einen *One-Stop-Shop* schaffen, der Beratung,
 248 Förderung und Anmeldung aus einer Hand ermöglicht – und Gründungen in 24 Stunden
 249 möglich macht. Dabei unterstützen wir insbesondere Frauen und Menschen mit
 250 Migrationsgeschichte, die gründen wollen.

251 Um die Start-up-Finanzierung weiter zu verbessern, wollen wir das erfolgreiche
 252 Programm „Start-up BW PreSeed“ fortführen und ausbauen. Wir richten die
 253 Förderkonditionen und Antragsverfahren flexibel nach den Bedürfnissen von Start-

254 ups aus – schlank und transparent. Wir wollen gezielt und frühzeitig Talente,
255 Gründerteams und Start-ups mit visionären Ideen aufspüren. So sichern wir Baden-
256 Württemberg Zugang zu den besten Innovationen und schaffen eine Brücke zwischen
257 unseren Start-up BW Programmen und Bundesprogrammen wie „SPRIND“.

258 Um wachstumsstarke Start-ups besser zu unterstützen, bringen wir mit „Scale-up
259 BW“ ein Programm an den Start, das gezielt bei Expansion und
260 Internationalisierung unterstützt. Hierfür planen wir ein Master-Class-Programm
261 und ein „Scale-up Fond BW“, der zusätzliches Risikokapital bereitstellt. Zudem
262 wollen wir bei der öffentlichen Beschaffung die Funktion des Staates als
263 Ankerkunde für innovative, vielsprechende Start-ups stärken. Das gibt jungen
264 Unternehmen Planungssicherheit und hilft, dass Innovationen schneller Fuß
265 fassen. Daneben wollen wir ein „Corporate-Start-up-Partnerschaftsprogramm“
266 auflegen, das Pilotprojekte zwischen Start-ups und Mittelstand fördert, um
267 Innovationen schneller in die Praxis zu bringen und den Wissenstransfer in die
268 Breite zu intensivieren.

269 Wichtig ist uns, den Gründer*innengeist schon in unseren Schulen und Hochschulen
270 zu fördern. Unternehmer*in als Beruf – dieses Zielbild wollen wir vorantreiben,
271 indem wir in ausgewählten Regionen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und
272 Hochschulen mit Unternehmen und Start-ups fördern.

273 **Chancen schaffen, Werte erhalten – Mittelstand, Handwerk und** 274 **Einzelhandel stärken**

275 Baden-Württemberg lebt vom Mittelstand, dem Handwerk und dem Laden um die Ecke.
276 Sie sind das Herz unserer Wirtschaft, sie sorgen für die meisten Jobs und
277 Ausbildungsplätze. Sie sind einfallsreich und oft hochinnovativ, bei uns findet
278 sich in jedem zweiten Schwarzwaldtal ein Weltmarktführer. Diese Vielfalt des
279 Mittelstands in der gesamten Breite unseres Landes zu stärken, ist für uns
280 Kernaufgabe und Zukunftsversprechen zugleich. Damit Betriebe wachsen,
281 Innovationen vorankommen und Arbeitsplätze gesichert werden.

282 Um Innovationen im Mittelstand zu fördern, werden wir unsere erfolgreichen
283 Förderinstrumente fortführen: „InvestBW“, Digitalisierungsprämie und
284 Innovationsgutscheine. Damit Unternehmer*innen keine unnötige Zeit mit Suche
285 nach Förderprogrammen und Anträgen verbringen müssen, werden wir das Förderwesen
286 grundlegend neu ordnen. Dafür setzen wir Grüne auf eine einheitliche digitale
287 Förderdatenbank des Landes, in der alle Programme übersichtlich dargestellt sind
288 und eine unkomplizierte Antragstellung möglich ist.

289 Unser Ziel ist es, diesen Transfer noch weiter zu stärken und in einer zentralen
290 Innovationsplattform zu bündeln. Wir wollen Hürden abbauen und Unternehmen die
291 Chance geben, als Treiber von Zukunftstechnologien die Wettbewerbsfähigkeit
292 Baden-Württembergs zu stärken. Dafür bauen wir Brücken zwischen Forschung und
293 Anwendung, öffnen kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu modernster
294 Wissenschaft und unterstützen sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen
295 Umsetzung.

296 Mit der Initiative „Horizont Handwerk“ geben wir dem Handwerk seit 2017 eine
297 klare Perspektive. Mit dieser Initiative werden wir auch in den kommenden Jahren
298 Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, zur Digitalisierung, zur ökologischen
299 Transformation und zur Stärkung der Ausbildung fördern. Denn wer anpackt,
300 verdient Anerkennung, faire Chancen und gute Rahmenbedingungen.

301 Das Handwerk ist die Stütze unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft. Wir
302 brauchen nicht nur Master, wir brauchen mehr Meister. Unser Land hat immer
303 Stärke daraus gezogen, dass bei uns viele Wege zum beruflichen und persönlichen
304 Erfolg führen. Wir setzen uns deshalb für den kostenlosen Meister mit einer
305 erhöhten Meisterprämie ein. Wir wollen auch den Anreiz erhöhen, sich
306 selbstständig zu machen oder Betriebe zu übernehmen. Denn gerade die
307 Handwerksbetriebe im ländlichen Raum sind ein wirtschaftlicher und sozialer
308 Anker. Der droht durch den demografischen Wandel wegzubrechen. Darum müssen wir
309 Betriebsnachfolgen attraktiver machen. Wir setzen auf eine verlängerte
310 Meistergründungsprämie, die auch Übernahmen von Betrieben erleichtert. Außerdem
311 wollen wir günstige Kredite für Gründung und Nachfolge sichern.

312 Viele erfolgreiche Betriebe im Land stehen vor der Frage, wer das Unternehmen
313 übernimmt. Damit das vorhandene Know-how und die bestehenden Arbeitsplätze nicht
314 verloren gehen, werden wir das *Matching*-Programm zur Unternehmensnachfolge
315 fortführen und weiterentwickeln. Wenn eine Nachfolge ansteht, hilft vor allem
316 Planung und eine professionelle Beratung. Gleichzeitig erleichtern wir den
317 Zugang zu Beteiligungskapital. Vernünftige Nachfolge darf nicht am Geld
318 scheitern.

319 Der Einzelhandel prägt das Gesicht unserer Städte und Gemeinden – er schafft
320 Arbeitsplätze, Begegnung und Lebensqualität. Doch viele Geschäfte kämpfen mit
321 steigenden Kosten, Online-Konkurrenz und sinkender Laufkundschaft. Wir wollen
322 diesem Trend etwas entgegensetzen und dem Einzelhandel vor Ort dabei helfen, in
323 Zeiten des wachsenden Online-Handels die Segel richtig zu setzen. Dafür
324 verbessern wir die Lebensqualität in Ortskernen, setzen auf mehr Grün und
325 attraktive, für alle gut erreichbare öffentliche Räume. Das stärkt Begegnung und
326 Zusammenhalt, aber auch die Attraktivität des Einkaufens vor Ort.

327 **Tourismus: Nachhaltigkeit stärken, digitale Erlebnisse** 328 **ermöglichen**

329 Ob malerische Landschaften, beeindruckende Kulturdenkmäler oder kulinarische
330 Highlights – Baden-Württemberg begeistert mit Vielfalt, Qualität und echtem
331 Genuss. Kein Wunder, dass unser Land zu den beliebtesten Reisezielen Europas
332 zählt. Aus wirtschaftlicher Sicht ist der Tourismus in Baden-Württemberg weit
333 mehr als nur Reisen – er ist ein Wachstumsmotor mit Tradition und Herz. Er
334 schafft zukunftssichere Arbeitsplätze, belebt unsere Innenstädte und ländlichen
335 Räume. Tourismus unterstützt den Erhalt von Infrastrukturen wie Schwimmbädern,
336 Kultureinrichtungen und Freizeitangeboten, von denen alle profitieren.

337 Gleichzeitig stellen Klimakrise und Besucheraufkommen neue Anforderungen an
338 einen zeitgemäßen Tourismus. Regionale Kooperationen zwischen
339 Tourismusbetrieben, lokalen Produzenten und kulturellen Einrichtungen wollen wir

340 weiter ausbauen. Nachhaltige Verkehrskonzepte wollen wir stärken.
341 Erlebnisformate und Datennutzung können dabei unterstützen, an vielbesuchten
342 Orten die Besucherströme zu entzerren. Digitale Stadtführungen oder
343 weiterführende *Augmented-Reality*-Anwendungen machen den Besuch unserer Museen,
344 touristischen Highlights und kulturellen Schätze wie Naturdenkmäler noch
345 attraktiver für jüngere Zielgruppen. Deshalb wollen wir die Entwicklung und
346 Umsetzung digitaler Formate gezielt unterstützen, um die Attraktivität und
347 Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusregionen in Baden-Württemberg zu fördern.
348 Darüber hinaus unterstützen wir Grüne die Kommunen bei der digitalen Vernetzung
349 ihrer touristischen Daten, um beispielsweise Übernachtungsmöglichkeiten oder
350 Veranstaltungen besser auf relevanten Plattformen bewerben zu können.

351 Wir stärken das Gastgewerbe als Herzstück des nachhaltigen Tourismus in Baden-
352 Württemberg. Regionale Produkte, faire Arbeitsbedingungen und klimafreundliche
353 Konzepte machen unsere Gastronomie zu einem Motor für Lebensqualität und
354 wirtschaftliche Stabilität – gerade im ländlichen Raum. Jeder Euro, der hier
355 ausgegeben wird, bleibt vielfach in der Region und unterstützt nicht nur die
356 Betriebe selbst, sondern auch die regionale Wirtschaft.

357 Auch unsere Großschutzgebiete – wie der Nationalpark, die beiden
358 Biosphärengebiete und die Naturparks – sind Tourismusmagnete und tragen zu
359 nachhaltigem Reisen nach und in Baden-Württemberg bei. Diese Angebote wollen wir
360 weiter stärken und in der Vermarktung als naturnahe Tourismusdestinationen
361 sichtbar machen.

362 **Fachkräfte als Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und** 363 **Wachstum**

364 Eine starke Wirtschaft ist ohne gut ausgebildete Fachkräfte nicht denkbar.
365 Deshalb nehmen wir es sehr ernst, dass bis zum Jahr 2030 rund eine halbe Million
366 Babyboomer*innen in Rente gehen werden und damit jede*r zehnte Angestellte in
367 Baden-Württemberg. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, haben wir bereits
368 vor mehr als zehn Jahren eine Fachkräfteallianz gegründet und vielfältige
369 Maßnahmen ergriffen, die wir 2023 mit einer ressortübergreifenden
370 Fachkräfteinitiative ausgebaut und verstärkt haben. Wir müssen den akuten Fach-
371 und Arbeitskräftemangel weiter bekämpfen, damit wir die Aufgaben der Zukunft
372 meistern können.

373 In Zukunft wollen wir insbesondere die Möglichkeiten zur Erwerbsbeteiligung von
374 Frauen weiter verbessern und die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern
375 verringern. Ein wichtiger Baustein ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und
376 Beruf. Denn wenn Eltern selbstbestimmt darüber entscheiden können, entsteht
377 daraus ein Wirtschaftsfaktor und Standortvorteil. Unsere Offensive für bessere
378 Betreuungsmöglichkeiten für Kinder hat sich bereits bewährt und die
379 Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert. Bereits heute fördern wir mit
380 dem Landesprogramm "Kontaktstellen Frau und Beruf Baden-Württemberg", dem
381 Projekt „Spitzenfrauen BW“ oder dem „Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-
382 Württemberg“ die berufliche Entwicklung und den Aufstieg von Frauen. Mit

383 "FamilyNet" und "FamilyNet 4.0" unterstützen wir Unternehmen und Betriebe bei
384 der Umsetzung einer familienbewussten und modernen Unternehmenskultur.

385 Um den enormen Bedarf an akademischen Fachkräften insbesondere bei uns in Baden-
386 Württemberg zu decken, werden wir auch weiterhin unsere Hochschulen durch
387 verlässliche Hochschulfinanzierung unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben,
388 sich schnell an die Nachfragen des Arbeitsmarktes anpassen zu können.

389 Viele Betriebe haben unbesetzte Ausbildungsstellen. Wir wollen Auszubildende mit
390 einem Startgeld für den Führerschein fördern, das Land und Ausbildungsbetrieb zu
391 gleichen Teilen finanzieren. So erleichtern wir jungen Menschen den Einstieg in
392 Ausbildungsberufe, für die ein Führerschein häufig erwartet wird.

393 Daneben benötigen wir dringend qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland. Die
394 Gründung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein echter
395 Erfolg, denn durch das Zentralisieren von Aufgaben und Wissen vereinfachen und
396 beschleunigen wir die Verfahren für die Zuwanderung von Fachkräften. Damit
397 entlasten wir die Ausländerbehörden und unterstützen die Unternehmen. Durch
398 Kooperationsvereinbarungen mit Regionen wie dem indischen Bundesstaat
399 Maharashtra haben wir neue Instrumente für die Zuwanderung qualifizierter
400 Fachkräfte aus dem Ausland geschaffen.

401 Diesen Weg werden wir beherzt fortsetzen und alle Potenziale zur Gewinnung von
402 Fachkräften heben: gute Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Neu-
403 Qualifizierung, einen besseren Übergang von Schule und Beruf, mehr Möglichkeiten
404 zur Vereinbarung von Familie und Beruf durch den Ausbau von Kinder- und
405 Ganztagesbetreuung, die akademische Weiterbildung von beispielsweise
406 Ingenieur*innen an den Hochschulen, mehr Karriereförderung für Frauen, die
407 Anwerbung qualifizierter Fachkräfte aus dem Ausland sowie die Förderung von
408 Teilzeitmodellen.

409 Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Grundlage dafür, dass Baden-Württemberg
410 innovativ, wettbewerbsfähig und stark bleibt. Deshalb setzen wir alles daran,
411 Potenziale für den Arbeitsmarkt zu heben – bei Frauen, Älteren, Menschen mit
412 Einwanderungsgeschichte und durch Weiterbildung. Wir müssen alle Möglichkeiten
413 nutzen, um unseren Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg langfristig zu stärken.

414 **Gute Arbeit: Fair, sicher, selbstbestimmt**

415 Unternehmen in Baden-Württemberg brauchen Fachkräfte, um erfolgreich zu bleiben
416 – und umgekehrt brauchen Fachkräfte gute Bedingungen, damit sie ihre Fähigkeiten
417 voll entfalten können. Wir sorgen dafür, dass Arbeit fair entlohnt, sicher und
418 zukunftsfest ist – das ist gut für die Beschäftigten und stärkt die
419 Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

420 Gute Arbeit ist zudem der Schlüssel für gesellschaftlichen Zusammenhalt und
421 individuelle Entfaltung. Die Menschen sind stolz auf ihre Arbeit und verdienen
422 dafür Anerkennung. Sie verbringen am Arbeitsplatz viel Zeit. Hier findet
423 Kooperation und Begegnung statt. Gerade in Zeiten des Umbruchs braucht es ein
424 starkes und glaubhaftes Versprechen, Arbeitsteilnahme und Aufstiegsmöglichkeiten
425 für alle zu gewährleisten. Wir wollen eine Arbeitswelt gestalten, die Menschen

426 schützt und sie gleichzeitig stärkt und ihnen Perspektiven eröffnet – auch und
427 insbesondere in Zeiten des Wandels. Wir setzen beständig auf eine empowernde
428 Arbeitsmarktpolitik. Eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht nur Beschäftigung
429 sichert, sondern faire Bedingungen schafft und neue Formen von Arbeit mitdenkt.
430 Unser Ziel: Arbeit, die gerecht entlohnt wird, sozialen Halt gibt und Raum für
431 persönliche Entwicklung lässt.

432 Dazu setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Aufträge vorrangig an
433 tarifgebundene Unternehmen vergeben werden und stellen das durch praxisnahe,
434 bürokratiearme Lösungen sicher. So stärken wir die Tarifbindung, schützen faire
435 Löhne und sichern Qualitätsstandards, zum Beispiel im Baugewerbe, wo
436 Dumpingangebote regionale Unternehmen unter Druck setzen.

437 Den Mutterschutz für Selbständige wollen wir endlich durch eine
438 Bundesratsinitiative voranbringen. Mit Lebensarbeitszeitkonten für Beamt*innen
439 wollen wir mehr Flexibilität und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und
440 Familie schaffen. Wir denken Arbeit inklusiv und zukunftsorientiert: Menschen
441 mit Behinderungen sollen über zertifizierte Teilleistungen besser in den
442 Arbeitsmarkt integriert werden.

443 Wir bekämpfen Arbeitslosigkeit mit klarer Perspektive auf den ersten
444 Arbeitsmarkt. Mit passgenauer Qualifizierung, Coaching und
445 Beschäftigungsangeboten schaffen wir individuelle Förderketten. Das Programm
446 „Neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ wollen wir dauerhaft finanzieren und
447 ausbauen. Soziale Beschäftigungsträger sichern wir langfristig ab und stärken
448 den sozialen Arbeitsmarkt als Brücke in reguläre Beschäftigung.

449 Kapitel 1.2. Möglichkeiten ausbauen: 450 Infrastruktur, die modern und klimafreundlich 451 ist

452 Baden-Württemberg setzt auf zukunftsstarke Infrastruktur für Wirtschaft und
453 Gesellschaft: sicher, bezahlbar, ökologisch und digital modern. Das gilt für
454 alle Bereiche des öffentlichen Lebens, nicht nur für Schienen und Straßen.
455 Sichere, preisgünstige Energieversorgung, eine moderne Wärmeinfrastruktur und
456 grüner Wasserstoff für die Industrie sind die notwendigen Voraussetzungen und
457 Grundlagen für den künftigen Erfolg unseres Landes. Hier dürfen wir nicht
458 nachlassen.

459 Denn beim Erhalt der Infrastruktur hat der Bund die Länder viele Jahrzehnte
460 allein gelassen. Vielerorts wurde in Deutschland auf Verschleiß gefahren. Wir
461 Grüne haben Baden-Württemberg im Rahmen einer soliden Haushaltsführung dennoch
462 gut aufgestellt. In den vergangenen 15 Jahren haben wir die Modernisierung
463 unserer Verkehrsinfrastruktur vorangebracht und dabei grundsätzlich auf
464 Sanierung vor Neubau gesetzt. Und wir haben massiv in die Erneuerung der Straße,
465 Schiene und Energieversorgung investiert.

466 Wir befinden uns gegenwärtig in einer entscheidenden Phase des Infrastruktur-
467 und Netzausbaus. Straßen, Schienen und Brücken müssen nach Jahrzehnten der

468 Überbeanspruchung schneller modernisiert werden. Die Digitalisierung erhöht den
 469 Druck auf den Breitbandausbau. Die Versorgung des ganzen Landes mit günstiger
 470 und sauberer Energie erfordert flexible und digitale Netze und die öffentlichen
 471 Gebäude müssen durch Sanierung sukzessive fit gemacht werden. Klar ist: In den
 472 kommenden Jahren müssen wir über den Berg, um uns abzusichern. Die Anstrengungen
 473 werden sich am Ende für alle auszahlen, vor allem finanziell. In der
 474 Modernisierung unserer Infrastruktur, die wir mit einem Infrastruktur-Booster
 475 voranbringen wollen, sehen wir daher eine große Chance für unser Land. Dabei
 476 wissen wir, dass wir das Geld aus dem Landeshaushalt nur einmal ausgeben können.
 477 Vor allem braucht es nicht nur die Infrastruktur-Milliarden, über die sich Bund
 478 und Länder geeinigt haben, sondern auch neue Strukturen und
 479 Genehmigungsprozesse.

480 Um die vorhandenen finanziellen Mittel effektiv auf die Straße und in die Netze
 481 zu bringen, werden wir in Baden-Württemberg eine „Task Force Infrastruktur“
 482 einsetzen, die die Zeiten für Planung, Genehmigung und Umsetzung mindestens
 483 halbiert. Mit der „Task Force Windkraft“ ist uns das bereits gelungen: Nirgendwo
 484 sonst in Deutschland werden Windkraftanlagen heute so schnell genehmigt wie in
 485 Baden-Württemberg. Jetzt wollen wir dieses Tempo auch in alle anderen Bereiche
 486 der Infrastrukturplanung bringen. Wir richten einen *Fast Track* für
 487 Ersatzneubauten ein, insbesondere für die zahlreichen Brücken, die marode sind
 488 und durch neue Brücken an derselben Stelle ersetzt werden müssen. Für Projekte
 489 im überragenden öffentlichen Interesse streben wir eine Drittelung der
 490 bisherigen Planungs- und Genehmigungszeiten an.

491 Dabei ist uns bewusst, wie essenziell gute Arbeits- und Fachkräfte sind, um
 492 unseren Infrastruktur-Booster zu zünden. Damit hier keine Engpässe entstehen,
 493 legen wir in unserer Fachkräftestrategie auf die Ausbildung und Anwerbung von
 494 Kräften für den Ausbau der Infrastruktur besonderes Gewicht und beziehen diese
 495 Aufgabe in die Arbeit der „Task Force Infrastruktur“ mit ein.

496 Wir wollen Strom billiger machen, neben den Erneuerbaren Energien ist der
 497 Netzausbau und die Flexibilisierung der Netze und des Stromverbrauchs hierfür
 498 von enormer Bedeutung. Leider setzt der Bund auf starre, altbackene
 499 Gaskraftwerke, statt das Potenzial der Bürger*innen und Unternehmen
 500 auszuschöpfen. Deshalb wollen wir in Baden-Württemberg vorangehen. Bürger*innen
 501 und Unternehmen in Baden-Württemberg sollen es so einfach wie möglich haben,
 502 einen digitalen Stromzähler zu erhalten. Dazu werden wir mit den Netzbetreibern
 503 in Baden-Württemberg Lösungen suchen, so dass flexible Strompreise genutzt
 504 werden können.

505 **Günstige Energie - ein Gewinn für Bürger*innen, Wirtschaft** 506 **und Klima**

507 Eine starke Wirtschaft braucht eine optimale Energieversorgung – klimaneutral,
 508 verlässlich und bezahlbar. Die letzten Jahre waren geprägt von der Energiekrise
 509 in Europa, ausgelöst durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.
 510 Bürger*innen und auch Wirtschaft mussten in Folge große Unsicherheiten und hohe
 511 Preise in Kauf nehmen. Durch entschlossenes Handeln der damaligen

512 Bundesregierung – von Entlastungspaketen über Energiepreisbremsen bis hin zur
513 schnellen Diversifizierung der Energieimporte – konnte eine noch tiefere Krise
514 verhindert und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

515 Wir halten an der nachhaltigen Erneuerung unserer Energieversorgung fest. Nur
516 mit einem großen Anteil erneuerbarer Energien stärken wir langfristig unseren
517 Wirtschaftsstandort und werden unabhängiger von Energieimporten. Durch niedrige
518 Energiepreise aus Erneuerbaren werden die Wirtschaft und Verbraucher*innen
519 entlastet und die Industrie kann zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren. Mit
520 Nachdruck verfolgen wir unsere langjährige Forderung zur Senkung des
521 Strompreises weiter. So soll die Stromsteuer für alle auf das europäische
522 Mindestmaß abgesenkt werden. Das schafft Entlastung für die Wirtschaft, aber
523 auch für Bürger*innen.

524 Wir fordern die neue Bundesregierung auf, auch weiterhin neue
525 Finanzierungsmodelle für den Ausbau der Stromnetze auf den Weg bringen. Dazu
526 gehört, erfolgreiche Ansätze wie das Amortisationskonto beim Bau des
527 Wasserstoff-Kernnetzes in weiteren Bereichen zu ermöglichen.

528 **Ein Schub für die erneuerbaren Energien**

529 Die grün geführte Landesregierung hat geliefert: Erneuerbare Energien bilden
530 mittlerweile den wesentlichen Pfeiler bei der Versorgung unserer Wirtschaft mit
531 unabhängiger und kostengünstiger Energie. Wir haben über tausend
532 Windkraftanlagen im Genehmigungsverfahren. Über hundert Anlagen sind genehmigt
533 und kurz davor, in Betrieb genommen zu werden. Mehr als 200 Anlagen sind in der
534 Planung. Damit der Ausbau der Windkraft in Baden-Württemberg weiter Fahrt
535 aufnimmt, setzen wir uns für die Beibehaltung des Referenzertragsmodells ein.
536 Dieses Modell gleicht Unterschiede zwischen windreichen und windärmeren
537 Standorten aus, indem es die Vergütung an die örtlichen Windverhältnisse
538 anpasst. So bleiben Investitionen auch dort wirtschaftlich, wo Windkraft für
539 Netzstabilität und regionale Versorgung besonders wichtig ist – ohne dass an
540 sehr windstarken Standorten überhöhte Förderkosten entstehen. Zugleich
541 verringert sich dadurch der Bedarf an zusätzlichem Netzausbau, weil der Strom
542 direkt im netztechnischen Süden entsteht. Die schwarz-rote Bundesregierung darf
543 die Windenergie in Baden-Württemberg kein weiteres Mal ausbremsen.

544 Bei der Solarenergie haben wir in den vergangenen Jahren unsere Ausbauziele
545 deutlich übertroffen. Bis Ende Juli 2025 wurden über 1.200 Megawatt-Peak (MWp)
546 zugebaut. Damit erreichen wir unsere Ausbauziele aus dem Gutachten zu den
547 Sektorzielen zur Erreichung der Netto-Treibhausgasneutralität in Baden-
548 Württemberg bis 2040.

549 Der Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft war und ist nach wie vor
550 der richtige Weg. Daran wollen wir auch in Zukunft festhalten. Debatten über die
551 Reaktivierung der abgeschalteten Atomkraftwerke sind rückwärtsgewandt und bieten
552 keine Lösung für die Energieversorgung der Zukunft.

553 Die Dynamik des Ausbaus der Erneuerbaren darf nicht nachlassen, trotz des
554 Gegenwindes aus Berlin. Wir stellen heute entschlossen die Weichen dafür, dass

555 Baden-Württemberg im Jahr 2040 klimaneutral ist. Wir müssen deshalb insbesondere
 556 Windkraft und Freiflächen-Photovoltaik weiter ausbauen und mit einem
 557 Flächenmonitoring sicherstellen, dass Vorrangflächen für den Ausbau der
 558 erneuerbaren Energien genutzt werden. Wir wollen insgesamt drei Prozent der
 559 Landesfläche für erneuerbare Energien reservieren. Ebenso wollen wir Anreize für
 560 ein kommunales Flächenpooling schaffen und das „Forum Energiedialog“ fortsetzen,
 561 um die Akzeptanz von erneuerbare Energie-Projekten weiter zu fördern.

562 Damit der Strom da ankommt, wo er gebraucht wird, arbeiten wir zielstrebig
 563 daran, dass neue Anlagen schnell ans Netz kommen und die Verteilnetze ausgebaut
 564 werden. Ebenso brauchen wir eine integrierte Netzplanung, bei der beispielsweise
 565 Strom-, Wärme- und Wasserstoffnetze zusammengedacht werden. Zudem wollen wir
 566 unser Stromnetz intelligenter machen und setzen uns für finanzielle Anreize ein,
 567 um so beispielsweise „Smart Meter“ in die Fläche zu bringen. Sowohl im
 568 Bundeskontext als auch in Abstimmung mit anderen Ländern wollen wir mit einer
 569 von Land, Netzbetreibern und Energieversorgern erarbeiteten Speicherstrategie
 570 aufzeigen, wie viele Speicher im Land benötigt werden und wo diese
 571 sinnvollerweise errichtet werden sollen.

572 Baden-Württemberg investiert massiv in digitale Infrastruktur, die den
 573 Energiefluss effizient steuert und Versorgungssicherheit garantiert. Mit dem
 574 Netzausbaugipfel hat das Land bereits einen Startpunkt für notwendige
 575 Investitionen in Verteilnetze gesetzt. Wir wollen diesen Prozess fortführen. Wir
 576 sorgen dafür, dass das Land Baden-Württemberg auch seiner Verantwortung als
 577 Aktionär des größten Energieversorgers in Südwestdeutschland gerecht wird: Mit
 578 den Garantieermächtigungen hat der Landtag die vom Land gehaltene NECKARPRI GmbH
 579 in die Lage versetzt, sich an der Kapitalerhöhung der Energie Baden-Württemberg
 580 AG (EnBW) von mehr als drei Milliarden Euro zu beteiligen. Mit der
 581 Kapitalerhöhung haben wir die EnBW in die Lage versetzt, ihre Projekte wie den
 582 Ausbau von Wind, Solar, Netzen und Speichern kraftvoll umzusetzen.

583 Wir wollen künftig auch Teile der Pensionsrücklagen oder des Versorgungsfonds
 584 für nachhaltige Projekte im Land nutzen. So sollen beispielsweise Kommunen
 585 vereinfacht in den Wärmenetzausbau investieren können. Damit kurbeln wir unsere
 586 heimische Wirtschaft an und stärken gleichzeitig lokale Handwerksunternehmen.

587 **Vorreiterrolle Baden-Württembergs bei Wärmewende weiter** 588 **ausbauen**

589 Mit der Einführung der kommunalen Wärmeplanung hat Baden-Württemberg bundesweit
 590 Maßstäbe gesetzt. Inzwischen liegen Wärmepläne aus fast allen vorgesehenen
 591 Kommunen vor – und zusätzlich haben sich schon über 500 Städte und Gemeinden
 592 freiwillig auf den Weg gemacht. Bis 2028 werden auch die kleineren Kommunen
 593 einbezogen.

594 Allein in den kommenden Jahren investieren wir über 65 Millionen Euro in die
 595 kommunale Wärmeplanung. Daneben haben wir die Beratungsstrukturen bei den
 596 regionalen Energieagenturen in den letzten Jahren mehr als verdoppelt und
 597 institutionell abgesichert und so eine verlässliche Finanzierung geschaffen.

598 Damit legen wir die Grundlage, um den Wärmebedarf unserer Gebäude in den
599 kommenden Jahren zu reduzieren und so unsere Klimaziele zu erreichen.

600 Die vorliegenden Wärmepläne wollen wir schnell in die konkrete Umsetzung
601 bringen. Den angestoßenen Wärmegipfelprozess wollen wir weiterführen und
602 konkrete Maßnahmen umsetzen. Beispielsweise wollen wir gemeinnützige
603 Wärmegemeinschaften unterstützen, kommunale Wärmebeiräte etablieren und
604 „Sanierungssprints“ zur beschleunigten und kostengünstigen energetischen
605 Gebäudesanierung in die Fläche bringen. Wir wollen neue Wege bei der
606 Finanzierung der Energie- und Wärmewende gehen. Hierfür schlagen wir vor, die
607 Gemeindeordnung zu ändern und den kommunalen Kreditrahmen für Investitionen in
608 eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung zu erweitern. Kommunen sollen die
609 Möglichkeit haben, vergünstigte Kredite für Investitionen in Energie- und
610 Wärmewende zu erhalten.

611 Mit der intelligenten Nutzung von Abwärme aus Industrie und Rechenzentren, also
612 nicht genutzter Wärmeenergie, schaffen wir eine Win-Win-Situation. Unternehmen,
613 die Abwärme erzeugen, verkaufen ihre ungenutzte Energie an Wärmeversorger, die
614 diese Abwärme zur Dekarbonisierung ihres Wärmenetzes nutzen können. In Zukunft
615 wollen wir dies deutlich ausbauen, um somit Energieverbrauch und Kosten für die
616 Verbraucher*innen zu senken.

617 Bis 2030 werden wir weitere Geothermieprojekte vorantreiben und somit einen
618 wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Wärmeversorgung unserer Gebäude leisten.
619 Daneben wollen wir Unternehmen die Lithiumgewinnung in Baden-Württemberg
620 ermöglichen und damit unsere Abhängigkeit bei kritischen Rohstoffen schrittweise
621 reduzieren.

622 Für die nächste Phase der Energiewende schlagen wir zudem vor, in einem
623 Innovationscampus „Energie & Klimaschutz“ Wissenschaft, Innovation und Politik
624 zur Gestaltung unserer Energiesysteme zu verknüpfen. Dafür bündeln wir unsere
625 Aktivitäten im gesamten Land und verbinden Grundlagenforschung mit der Umsetzung
626 in einer Kette. Dabei wollen wir verstärkt auch Fragen wie einen nachhaltigen
627 und energieeffizienten Betrieb von Rechenzentren und den Umgang mit KI in den
628 Fokus nehmen. So wird Baden-Württemberg zur Leitregion für nachhaltige
629 Energiesysteme.

630 **Grüner Wasserstoff - Antrieb für Industrie und Innovation**

631 Die Industrie im Land befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Wir wollen
632 die Unternehmen weiterhin aktiv bei der Umstellung der Energieträger begleiten
633 und ihnen einen verlässlichen Rahmen geben.

634 Wasserstoff ist ein Schlüssel für die Dekarbonisierung schwer zu
635 elektrifizierender Prozesse und Industriezweige wie beispielsweise der Glas-,
636 Papier- oder Zementherstellung, aber auch in der chemischen Industrie.
637 Wasserstoff, ob selbst produziert oder importiert, kann als Backup unsere
638 Energieversorgung stabilisieren. Als vielseitig einsetzbarer Energieträger
639 unterstützt er den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und stärkt somit eine
640 nachhaltige, zukunftsorientierte und resiliente Energieversorgung. Deshalb

641 setzen wir uns dafür ein, dass neue Backup-Kraftwerke künftig mit Wasserstoff
642 statt mit Gas betrieben werden. Die Kraftwerke sind als Ankerkunden für das
643 Wasserstoffnetz von zentraler Bedeutung.

644 Mit der „Wasserstoff-Roadmap BW“ und zahlreichen internationalen
645 Wasserstoffpartnerschaften forciert die grün geführte Landesregierung den Ausbau
646 der Wasserstoffwirtschaft: Durch das gegenwärtige, attraktive Förderprogramm für
647 Elektrolyseure zur Wasserstoff-Herstellung wird Baden-Württemberg zu einer
648 Modellregion für grünen Wasserstoff.

649 Das Land fördert unter anderem regionale Wasserstoff-Hubs, sowie Verbund- und
650 Modellprojekte. Baden-Württemberg beteiligt sich an grenzüberschreitenden
651 Partnerschaften und setzt sich für europäische Wasserstoffnetze ein. Durch die
652 Zusammenarbeit mit vertrauensvollen Partner*innen weltweit sichern wir die
653 langfristige Versorgung mit Wasserstoff und fördern den Technologieaustausch.

654 Wir setzen uns dafür ein, dass die Netzbetreiber den geordneten Ausstieg aus
655 fossilem Erdgas im Rahmen des Klimaneutralitätsziels planen. Denn wenn immer
656 weniger Kund*innen am Gasnetz hängen, steigen die Netzentgelte – mit der Folge,
657 dass besonders Haushalte und Betriebe mit geringeren Einkommen in eine
658 Kostenfalle geraten. Deshalb wollen wir Erdgas für Endverbraucher*innen
659 überflüssig machen. Auch für die Gasübertragungsnetze braucht es eine
660 Perspektive: Sie sollen auf den Transport von grünem Wasserstoff umgestellt
661 werden – oder ebenfalls auslaufen.

662 Kapitel 1.3 Investition aus Tradition: 663 Wettbewerbsfähig im Wandel

664 Baden-Württemberg setzt auf Innovation aus Tradition. Wir können das. Schon
665 lange. Diesen Pioniergeist wollen wir befeuern und erhalten. Baden-Württemberg
666 ist das Land der Tüftler*innen und Denker*innen – vom Spaghettieis bis zum
667 Teddybären, vom Fahrrad bis zum Auto, von der elektrischen Bohrmaschine bis zum
668 Hochdruckreiniger: Unsere Erfindungen sind Exportschlager.

669 Heute sind wir Europas Innovationsregion Nummer eins und sind bundesweit Spitze
670 bei den Patentanmeldungen, Exzellenzuniversitäten und Beschäftigten in Forschung
671 und Entwicklung. Über 150 Weltmarktführer haben hier ihren Sitz. Das zahlt sich
672 aus, für unser Leben und unseren Wohlstand.

673 Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind dabei weit mehr als Orte des
674 Wissens – sie sind Werkstätten der Zukunft. Hier wird an Quantencomputern,
675 grüner Wasserstofftechnologie und neuen Krebstherapien geforscht.

676 Doch Wissenschaft und Forschung geraten zunehmend unter Druck – durch
677 geopolitische Spannungen, fragile Forschungsk Kooperationen und ein immer
678 schnelleres Tempo des globalen Innovationswettstreits. Deshalb wollen wir jetzt
679 weiterhin die richtigen Weichen stellen – für eine Wissenschaft, die frei
680 bleibt, für Innovationen, die unser Land voranbringen, und für Bildung, die
681 allen offensteht.

682 **Innovation, die unser Land voranbringt - aus Ideen wird**
683 **Wirklichkeit**

684 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen arbeiten die klügsten Köpfe
685 unseres Landes an den großen und kleinen Menschheitsfragen. Wir Grüne wollen,
686 dass aus klugen Ideen konkrete Lösungen entstehen. Dafür stärken wir den
687 Wissenstransfer in die Praxis und fördern Ausgründungen. Zukunft entsteht dort,
688 wo Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Unternehmergeist und
689 gesellschaftliche Verantwortung zusammenkommen.

690 Um die wichtigen Schlüsseltechnologien anwendungsnah zu erforschen, haben wir
691 unsere erfolgreichen Innovationscampus-Modelle ins Leben gerufen. Dort arbeiten
692 Universitäten mit Wirtschaft und Forschungseinrichtungen gemeinsam an zentralen
693 Zukunftsthemen.

694 Aktuell bauen wir in der grün geführten Landesregierung weitere neue
695 Forschungseinrichtungen für die Forschung an Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen,
696 künstlicher Intelligenz und vielem mehr auf. 2025 haben wir mit „Hunter“ erst
697 wieder einen der weltweit schnellsten Supercomputer in Stuttgart (HLRS)
698 eingeweiht. 2026 folgt mit „HammerHAI“ die erste deutsche AI-Factory. Wir haben
699 die bundesweit erste Forschungsstelle für Rechtsextremismusforschung und eines
700 der größten Archive zu Rechtsextremismus geschaffen.

701 Der neue Innovationscampus Sicherheit wird sich auf Luft- und Raumfahrt als
702 zentrales Element konzentrieren. Weltraumgestützte Infrastrukturen, dazu zählen
703 beispielsweise Navigation, Kommunikation und Erdbeobachtung, sind für ein
704 sicheres und souveränes Europa unerlässlich. In der Sicherheits- und
705 Verteidigungsforschung wollen wir geistes- und sozialwissenschaftliche
706 Perspektiven einziehen und stärken wollen. Die Materialwirtschaft wird als
707 weitere Schlüsseltechnologie ein bedeutender Baustein werden.

708 Wir wollen schneller dabei werden, Ideen von der Forschung auf den Markt oder in
709 die Anwendung zu bringen. Denn erst so werden die Erfolge der Wissenschaft für
710 die Menschen nutz- und greifbar. Damit besonders wichtige Produkte, etwa
711 Medikamente, schnell auf dem Markt landen und angewendet werden können, schaffen
712 wir ein Eilverfahren und nutzen hierfür Spielräume über Experimentierklauseln.

713 Wir werden die Forschungsförderung für Schlüsseltechnologien stärken, damit
714 Projekte frühzeitig auf Bundes- und EU-Förderprogramme wie „SPRIND“ vorbereitet
715 sind und davon profitieren können. Wir intensivieren die Zusammenarbeit mit
716 außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie den Fraunhofer- und Max-Planck-
717 Instituten.

718 Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wollen wir in ihrer Forschung
719 gezielt stärken. Wir Grüne setzen uns dafür, ein, dass sie mehr Mittel erhalten.
720 Mit moderner Ausstattung können sie ihre praxisnahen Forschungsprojekte noch
721 besser entwickeln.

722 Der Innovationscampus „Nachhaltigkeit“ wird zum Zentrum klimarelevanter
723 Forschung. Die „Health and Life Science Alliance“ Heidelberg/Mannheim erhält mit
724 dem Cluster Biotechnologie eine wichtige Erweiterung, um dieses Zukunftsfeld

725 zusätzlich über den Medizinbereich hinaus zu erforschen. Bei der Förderung
 726 technologieorientierter Gründungen setzen wir gezielt auf die Unterstützung von
 727 Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen aus hochschulfernen
 728 Familien, vereinfachen Gründungsprozesse und etablieren NXTGN, die
 729 Innovationsplattform Baden-Württemberg, als leistungsstarke Startup Factory.
 730 Unsere INSPIRE BW Hubs werden zu den regionalen Startup-Zentren ausgebaut. Zudem
 731 werden wir den Transfer von Wissen in die Praxis als Dienstaufgabe im
 732 Landeshochschulgesetz verankern.

733 Künstliche Intelligenz begreifen wir als entscheidenden Treiber der Wirtschaft
 734 der Zukunft. Deshalb wollen wir Stärken unserer drei KI-Hot-Spots bündeln: die
 735 exzellente Forschung des Cyber Valley, die ingenieurwissenschaftliche
 736 Spitzenkompetenz des KIT und die praxisnahe Power des Innovation Park Artificial
 737 Intelligence (IPAI). Auf diese Weise heben wir unser Künstliche Intelligenz made
 738 in Baden-Württemberg auf ein neues Level und machen unser Land zum führenden KI-
 739 Standort in Europa. Wir setzen uns für einen KI-freundlichen Datenschutz ein und
 740 bringen KI in die gesamte Breite unseres Mittelstands. Wir verbinden KI
 741 systematisch mit den Branchen, in denen wir über besondere Stärken verfügen.
 742 Dadurch erschließen wir neue Möglichkeiten, etwa in der humanoiden Robotik, wo
 743 wir klassische Ingenieurskunst und moderne Software-Kompetenz miteinander
 744 verbinden, oder im Bereich Medien, Animation und virtuelle Produktion.
 745 Mit der Innovationsallianz Baden-Württemberg (innBW) und der KI-Allianz BW setzt
 746 Baden-Württemberg auf starke, praxisorientierte Strukturen, um Wissen und
 747 Technologien zielgerichtet in die mittelständische Wirtschaft zu transferieren.
 748 Beide Netzwerke bauen Brücken zwischen Forschung und Anwendung, öffnen kleinen
 749 und mittleren Unternehmen den Zugang zu modernster Wissenschaft und unterstützen
 750 sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen Umsetzung. Ziel ist es, diesen
 751 Transfer noch weiter zu stärken, Hürden für kleine und mittlere Unternehmen
 752 abzubauen und ihnen die Chance zu geben, als Treiber von Zukunftstechnologien
 753 die Wettbewerbsfähigkeit Baden-Württembergs nachhaltig zu sichern.

754 Baden-Württemberg ist ein führender Standort der Gesundheitswirtschaft, in
 755 Deutschland und Europa. Unser Ziel ist es, medizinische Innovationen schneller
 756 in die Versorgung zu bringen. Dafür fördern wir die enge Zusammenarbeit von
 757 Universitätsklinika, Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen –
 758 insbesondere durch den Ausbau des Vereins Universitätsmedizin Baden-Württemberg
 759 (4U-Verbund) und dem Forum Gesundheitsstandort BW.

760 Der Verbund der Universitätsklinika Heidelberg und Mannheim mit dem
 761 Innovationscampus „Health and Life Science Alliance“ wird zum deutschen
 762 Spitzenreiter und internationalen Leuchtturm der Medizinforschung
 763 weiterentwickelt.

764 Tierversuche wollen wir verringern und – wo immer möglich – durch innovative,
 765 tierfreie Methoden ersetzen, die wir umfassend fördern und deren strukturelle
 766 Hürden wir abbauen wollen. Daher setzen wir weiter auf den Ausbau der 3R-
 767 Zentren, um gemeinsam mit Wissenschaft und Forschung an Alternativen von
 768 Tierversuchen zu arbeiten.

769 Baden-Württemberg ist das Flächenland der Innovationen. Bei uns entstehen neue
770 Ideen und Anwendungen überall: Wir stehen zu unserer vielfältigen
771 Hochschullandschaft und sichern sie auch künftig mit voller Kraft. Das Land hat
772 auf der einen Seite die meisten Exzellenzuniversitäten bundesweit und auf der
773 anderen Seite mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Dualen
774 Hochschule Baden-Württemberg bedeutende wirtschafts- und strukturpolitischen
775 Einrichtungen. Damit bietet Baden-Württemberg hervorragende akademische
776 Ausbildungsmöglichkeiten in der ganzen Fläche. Wir arbeiten auch künftig mit
777 voller Kraft daran, diese beiden Säulen gleichwertig zu stärken und die
778 Spitzenplätze in der Innovation auszubauen.

779 **Freie Wissenschaft - innovatives Land**

780 In einer Zeit, in der autoritäre Kräfte weltweit die Freiheit von Lehre,
781 Forschung und künstlerischer Arbeit bedrohen, stehen wir entschlossen für
782 Offenheit, Autonomie, kritischen Diskurs und kreative Entfaltung ein. Die
783 Freiheit der Wissenschaft ist in unserer Landesverfassung verankert. Hochschulen
784 sind Räume des Nachdenkens, der Diskussion und der Innovation. Sie müssen
785 geschützt, gestärkt und verlässlich finanziert werden.

786 Seit fast 15 Jahren stellen wir Grüne die Weichen dafür, dass unsere
787 Forscher*innen unter guten Voraussetzungen arbeiten können. So haben wir die
788 Trendwende – weg von Sparrunden, hin zur Steigerung der Grundfinanzierung – in
789 der Hochschulfinanzierung eingeläutet und investieren in den nächsten fünf
790 Jahren rund 23 Milliarden Euro in unsere Hochschulen. Wir haben die Grundlage
791 dafür geschaffen, dass unsere Hochschulen rund 7.000 neue Stellen dauerhaft
792 einrichten konnten. Wir ermöglichen Freiräume und Flexibilität, von
793 Gründungsfreisemestern bis hin zu Formaten wie Reallaboren. Weil Exzellenz von
794 Forschung und Lehre moderne, sanierte Gebäude erfordert, haben wir eine
795 Sanierungsoffensive gestartet und bauen diese in den kommenden Jahren weiter
796 aus.

797 Daran werden wir anknüpfen und in der nächsten Legislatur eine
798 „Hochschulfinanzierungsvereinbarung IV“ auf den Weg bringen, die sich durch eine
799 weiterhin hohe Grundfinanzierung und Verlässlichkeit auszeichnet. Dadurch können
800 Hochschulen unabhängig Entscheidungen treffen und schnell und unkompliziert
801 eigene Schwerpunkte setzen. Studiengebühren für ausländische Studierende
802 schaffen wir ab.

803 Gleichzeitig werben wir gezielt internationale Spitzenforschende an, die ihre
804 wissenschaftliche Freiheit in ihren Herkunftsländern bedroht sehen – mit
805 Unterstützung durch die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften,
806 durch zentrale Stellen an unseren Innovationscampus-Modellen und durch
807 attraktive Rahmenbedingungen wie Jobperspektiven für Partner*innen und
808 Kinderbetreuung.

809 Neue Erkenntnisse entstehen auch dort, wo risikofreudige Forscher*innen bereit
810 sind, unbekannte Pfade zu betreten und das Scheitern ihrer Arbeit nicht scheuen.
811 Um couragierte Wissenschaft sichtbarer zu machen und mehr Offenheit für Risiken
812 zu fördern, entwickeln wir den „Preis für mutige Wissenschaft“ weiter. Die

813 Möglichkeiten, etwa für Start-ups auf Ergebnisse öffentlicher Forschung
814 zugreifen zu können, wollen wir deutlich verbessern.

815 Mit dem neu ausgerichteten und deutschlandweit einmaligen „Margarete von
816 Wrangell“-Programm bringt die grüne geführte Landesregierung die
817 Chancengleichheit in der Wissenschaft weiter voran. Das Land hält qualifizierte
818 Frauen in der kritischen Phase zwischen Promotion und Professur im
819 Wissenschaftssystem. Den Frauenanteil unter den Professuren und in den Leitungen
820 der Hochschulen konnte so bereits erheblich gesteigert werden, wir wollen ihn
821 weiter ausbauen.

822 Hochschulen sind Räume des offenen Diskurses und müssen als solche gesichert
823 werden. Wir treten dort konsequent gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Art
824 von Diskriminierung ein. Außerdem sind sie öffentliche Räume, weshalb wir den
825 Austausch zwischen Gesellschaft und Wissenschaft fördern.

826 Hochschulräumlichkeiten sollen daher stärker als Teil der Stadtentwicklung für
827 eine Mehrfachnutzung erschlossen werden. Dafür treiben wir die Zusammenarbeit
828 von Kommune, Land und Hochschulen voran.

829 Kapitel 1.4. Möglichkeiten anstoßen: Ein 830 leistungsstarker Staat und starke Kommunen

831 Ein Staat ist dann stark, wenn seine Verwaltung einfach funktioniert und
832 Bürger*innen offensteht. Wir wollen einen agilen, den Menschen zugewandten
833 öffentlichen Dienst, in dem die Abläufe gut funktionieren. Wir setzen auf starke
834 Kommunen, die meist selbst am besten wissen, was zu tun ist. Eine Verwaltung,
835 die mit Ehrgeiz an ihrer digitalen Verwandlung arbeitet – sicher und unabhängig.

836 Der Staat von morgen ist digital, bürgernah und leistungsstark. Er wird zum
837 Ermöglicher – mit klaren Strukturen und effizienten Prozessen. Er nutzt die
838 Möglichkeiten von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz. Der Staat von
839 morgen bündelt seine Leistungen für Bürger*innen und Wirtschaft übersichtlich
840 und verständlich auf zentralen digitalen Plattformen. Das ist unser Ziel.

841 Wir wollen den Staat so organisieren, dass er den Menschen dient – verständlich
842 und im Alltag erreichbar. Eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung beginnt
843 mit einer klaren Haltung: Wir setzen auf eine Ermöglichungskultur: Bürger*innen
844 sollen unkompliziert und digital ihre Anliegen erledigen können.

845 Verwaltung muss den Menschen dienen. Doch über die Jahre sind Berichtspflichten,
846 Doppelzuständigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten aufgewachsen. Mit der
847 Entlastungsallianz und dem Regelungsbefreiungsgesetz sind wir einen ersten
848 Schritt gegangen, um unnötige Regeln abzuschaffen, Verfahren zu vereinfachen und
849 Zuständigkeiten zu klären. In diese Richtung gehen wir weiter: Was gebraucht
850 wird, um faire Verfahren sicherzustellen, Gesundheit und Klima zu schützen,
851 bleibt. Was Menschen, Unternehmen und Kommunen bremst, kommt auf den Prüfstand.

852 Wir öffnen die Verwaltung für neues Denken und moderne Prozesse. Das geht nicht
853 von oben nach unten, sondern nur mit der gezielten Einbindung der Erfahrungen
854 aus der Praxis – direkt von denen, die jeden Tag mit Verwaltung zu tun haben.

855 Digitalisierung und künstliche Intelligenz bieten die Chance, staatliches
856 Handeln effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Diese Chance wollen wir
857 entschlossen mit konkretem Nutzen für Mitbürger*innen, Unternehmen und
858 Mitarbeitende ergreifen. Digitale Verfahren müssen echte Arbeitserleichterungen
859 bringen. Künstliche Intelligenz soll Menschen unterstützen, nicht Menschen
860 ersetzen.

861 Haben wir Erfolg, wird sich das Gesicht des Staates gegenüber den Bürger*innen
862 grundlegend verändern. Schnellere Bearbeitungszeiten und weniger Schlangestehen
863 in den Behörden sowie ein größerer Komfort für Bürger*innen stärken das
864 Vertrauen in staatliche Institutionen und in unsere Demokratie.

865 Aktuell hinken wir in Deutschland digitalen Vorreitern wie Estland oder Dänemark
866 stark hinterher. Deshalb ist es entscheidend, dass Bund, Länder und Kommunen den
867 Staat vor dem Hintergrund von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz neu
868 denken und neu aufstellen.

869 Wir Grüne betrachten es als erstes positives Zeichen, dass Bund und Länder
870 gemeinsam an einer Modernisierungsagenda arbeiten wollen. Wir Grüne sind bereit,
871 an einer umfassenden Modernisierung des „Maschinenraums des Staates“ in einer
872 überparteilichen Allianz sehr aktiv mitzuwirken und voranzugehen.

873 Wir setzen – wo immer möglich – auf zentrale Plattformen und Apps. Unser
874 Zielbild ist eine einheitliche digitale Plattform, über die man alle staatlichen
875 Leistungen und Services abrufen und abwickeln kann. Auf diese Weise wissen
876 Antragsteller*innen jederzeit, wo der Antrag aktuell bearbeitet wird und wann
877 mit einer Rückmeldung zu rechnen ist. Unser Ziel ist es, in Deutschland zu einer
878 einheitlichen Lösung von Bund, Ländern und Kommunen zu kommen und alle
879 staatlichen Leistungen auf einer Plattform zu bündeln, ähnlich wie es Dänemark
880 mit „borger.dk“ umsetzt. Falls eine solche Lösung am Widerstand anderer
881 scheitern sollte, wollen wir dieses Prinzip in Baden-Württemberg mit dem
882 „Serviceportal Baden-Württemberg“ (Service BW) umsetzen und das Portal zu einer
883 einheitlichen Bürgerplattform und „Bürger-App BW“ weiterentwickeln.

884 Wir streben an, zentrale Ereignisse wie die Gründung eines Unternehmens, dem Bau
885 eines Hauses, der Geburt eines Kindes oder der Eingliederung von Fachkräften aus
886 dem Nicht-EU-Ausland, bei denen mehrere Behörden aktiv werden und zusammenwirken
887 müssen, miteinander zu verbinden und im Wege von *One-Stop-Shops* zu organisieren.
888 Dies wäre eine massive Erleichterung. Die neu aufgebaute Landesagentur für
889 Fachkräftezuwanderung ist bereits heute ein Paradebeispiel in Baden-Württemberg
890 für eine modernisierte Verwaltung.

891 Auch innerhalb der Verwaltung wollen wir Prozesse digitalisieren und
892 vereinfachen. Dafür haben wir bereits wichtige Grundlagen gelegt, etwa mit der
893 Einführung der E-Akte, der Digitalisierung des Haushaltsmanagements oder der
894 Einführung der ersten Verwaltungs-KI Europas, des Systems F13.

895 Um die nötige Kompetenz für eine umfassende Staatsmodernisierung aufzubauen,
896 wollen wir den *GovTech*-Sektor deutlich stärker fördern. Damit digitale Lösungen
897 auch langfristig unabhängig und sicher funktionieren, setzen wir uns – wo

898 schnell möglich – für europäische Lösungen ein und stärken den Einsatz von Open-
899 Source-Anwendungen. So bleiben wir handlungsfähig und sparen Kosten.

900 Unser Ziel ist klar: schlanke Strukturen und mehr Eigenverantwortung dort, wo
901 das Fachwissen sitzt.

902 **Engagierte Menschen in starken Verwaltungen: ein attraktiver** 903 **und agiler öffentlicher Dienst**

904 Um unser Ziel eines leistungsfähigen Staats umzusetzen, brauchen wir starke
905 Verwaltungen mit engagierten Menschen. Der öffentliche Dienst in Baden-
906 Württemberg steht vor großen Herausforderungen – und wir stellen uns ihnen mit
907 einer klaren Strategie. Mit einer Personalstrategie 2040 werden wir das Land zu
908 einem modernen und attraktiven Arbeitgeber machen, der auf Augenhöhe mit den
909 Menschen agiert. Denn der demografische Wandel führt dazu, dass weniger Menschen
910 immer mehr leisten müssen.

911 Wir reagieren darauf mit klugen Lösungen: Wir fördern flexible
912 Arbeitszeitmodelle und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch für die
913 kommunalen Beschäftigten. Wir bauen die Hochschulen für öffentliche Verwaltung
914 aus und öffnen den Zugang für vielfältige Lebensläufe, um mehr Perspektiven in
915 den öffentlichen Dienst zu holen. Wir gestalten Arbeitsbedingungen flexibler,
916 schaffen Entwicklungsperspektiven und ermöglichen neue Wege in den Beruf – auch
917 über Quereinstiege. So sorgen wir dafür, dass zentrale Aufgaben des Staates auch
918 in Zukunft verlässlich erfüllt werden.

919 **Kommunen stärken – dort, wo das Leben passiert**

920 Starke Kommunen sind das Rückgrat einer funktionierenden Demokratie. Hier zeigt
921 sich, ob der Alltag gelingt – ob Busse fahren, Schulen gut ausgestattet sind
922 oder ob Senior*innen ein gutes Zuhause finden. Deshalb sichern wir verlässlich
923 die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden.

924 Wir wissen um den Wert attraktiver und lebenswerter Kommunen für die
925 Bürger*innen wie auch für die Wirtschaft. Sie sind der Ort, an dem Gemeinschaft
926 entsteht und Politik erlebt wird. Deswegen ist uns die Eigenständigkeit und
927 Handlungsfähigkeit der Kommunen heilig.

928 Die Sorgen in den Rathäusern sind real: Rückläufige Steuereinnahmen, neue
929 Aufgaben ohne finanzielle Gegenleistung und unübersichtliche
930 Finanzierungsstrukturen belasten viele Kommunen. Wir haben darauf reagiert und
931 mit gezielten Investitionshilfen und vorgezogenen Abschlagszahlungen zügig
932 geholfen. Doch die Herausforderungen wachsen weiter – wir lassen die Kommunen
933 damit nicht allein.

934 Die Kommune der Zukunft ist der Ort, an dem Politik spürbar wird – ganz nah am
935 Alltag der Menschen. Damit sie ihre Rolle als Trägerin der Daseinsvorsorge auch
936 in Zukunft verlässlich erfüllen kann, braucht es stabile und gerechtere
937 Finanzierungsgrundlagen. Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg geraten
938 durch zusätzliche Aufgaben und schwankende Gewerbesteuererinnahmen zunehmend
939 unter Druck. Wir nehmen diese Sorgen ernst und handeln. Wir setzen uns gemeinsam

940 mit den Kommunen beim Bund dafür ein, die kommunale Finanzlage dauerhaft zu
941 stabilisieren.

942 Wer Aufgaben überträgt, muss auch für die Mittel sorgen. Das gilt nicht nur für
943 das Land, sondern auch für Bund und EU. Wir nehmen das sogenannte
944 Konnexitätsprinzip ernst – damit Kommunen nicht länger die Zeche für politische
945 Entscheidungen zahlen, die anderswo getroffen werden. Kurzfristig geht es um
946 eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer: Eine Anhebung des
947 Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer würde den Kommunen zusätzliche finanzielle
948 Mittel verschaffen, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können. Mittelfristig
949 stärken wir die Steuerkraft der Länder und Kommunen mit einer Neuverteilung der
950 Gemeinschaftssteuern zwischen Bund, Länder und Kommunen.

951 Wir wollen die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen entschlacken und neu
952 ordnen. Wir setzen uns für eine Modernisierung des kommunalen Finanzausgleichs
953 und für eine Orientierung der kommunalen Investitionsförderung an Nachhaltigkeit
954 ein. Gleichzeitig fördern wir gezielt die interkommunale Zusammenarbeit – etwa
955 bei Investitionen, bei der Energieversorgung oder beim Bürgerservice. So
956 schaffen wir starke Netzwerke vor Ort und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer
957 Kommunen.

958 **Die digitalen Chancen ergreifen – sicher und unabhängig**

959 Wir wollen einen Staat, der modern, digital und vertrauenswürdig ist: In der
960 Digitalisierung unserer Verwaltung liegen große Potenziale, die Dinge spürbar zu
961 vereinfachen und zu beschleunigen. Der Staat kann so Vertrauen zurückgewinnen
962 und handlungsfähig bleiben. Zugleich werden die persönlichen Daten der Menschen
963 geschützt und die Systeme bleiben sicher. Dafür müssen wir weiter an unserer
964 Unabhängigkeit von außereuropäischen Technologiekonzernen arbeiten.

965 Mit der zunehmenden Digitalisierung steigt auch die Verwundbarkeit öffentlicher
966 Systeme. Die Risiken reichen von Cyberangriffen auf kommunale Netze über
967 gezielte Desinformationskampagnen bis hin zu hybriden Bedrohungen von außen. Mit
968 dem Aufbau der Cybersicherheitsagentur und des Cybercrime-Zentrums haben wir
969 bereits wichtige Pfeiler im Kampf gegen Cyberkriminalität und die Resilienz
970 unserer digitalen Infrastruktur geschaffen. Der Schutz der digitalen Verwaltung
971 erfordert auch weiterhin einen kontinuierlichen Ausbau.

972 Für Europas technologische Souveränität werden wir die europäische
973 Forschungszusammenarbeit stärken und in digitale Sicherheit investieren – etwa
974 durch den Ausbau sicherer und hochleistungsfähiger Rechenzentren wie dem
975 Höchstleistungsrechenzentrum Stuttgart. Um wichtige weltweite Forschungsdaten
976 vor der Löschung durch andere oder gar Spionage zu schützen, setzen wir uns für
977 die Schaffung einer sicheren und strategischen europäischen
978 Forschungsdateninfrastruktur ein.

979 Dort, wo es technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, setzen wir auf Open-
980 Source-Lösungen, die unsere Unabhängigkeit stärken und gleichzeitig Transparenz
981 schaffen. Damit Sicherheit nicht am Wissen scheitert, bauen wir außerdem
982 flächendeckende Fortbildungsangebote für alle Verwaltungsmitarbeitenden aus – zu

983 Datenschutz, Cybersicherheit und digitaler Resilienz. Denn digitale Verwaltung
984 kann nur dann funktionieren, wenn sie den Menschen nicht nur dient, sondern sie
985 auch schützt.

986 Kapitel 1.5. Möglichkeiten erhalten: 987 Finanzpolitik mit Weitblick

988 Wir setzen auf eine solide Finanzpolitik, die in unsere Zukunft investiert. Wenn
989 globale Krisen verunsichern, Inflation den Alltag belastet und Investitionen
990 dringender denn je werden, braucht es einen Staat, auf den Verlass ist – und der
991 notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Zusammenhalt genauso im
992 Blick hat wie die finanziellen Belastungen künftiger Generationen. Zukunftsste
993 Finanzen sind die Grundlage einer verlässlichen und glaubwürdigen Politik.

994 Nachhaltigkeit ist die Leitplanke unserer Finanzpolitik: Die vergangenen Jahre
995 haben bewiesen, dass grüne Investitionen schwarze Zahlen schreiben – und das
996 auch in konjunkturell herausfordernden Zeiten. Daran knüpfen wir an: Jeder Euro
997 im Landeshaushalt muss so investiert werden, dass er Land und Leuten den
998 größtmöglichen Nutzen stiftet.

999 **Private und öffentliche Zukunftsinvestitionen – Innovation** 1000 **und Infrastruktur gemeinsam finanzieren**

1001 Baden-Württemberg geht voran: Wir machen unser Land zum Vorreiter bei der
1002 Mobilisierung privaten Kapitals für öffentliche Infrastruktur und
1003 Zukunftsaufgaben. Denn klar ist: Die großen Herausforderungen unserer Zeit – von
1004 einer nachhaltigen Energieversorgung über den Klimaschutz bis hin zu einer
1005 modernen Infrastruktur – lassen sich nur bewältigen, wenn öffentlicher
1006 Gestaltungswille und privates Engagement Hand in Hand gehen. Wir setzen dabei
1007 konsequent auf klimafreundliche Investitionen und nachhaltige Finanzanlagen, die
1008 ökologischen und sozialen Mehrwert schaffen. Unser Ziel ist es, privates Kapital
1009 dorthin zu lenken, wo es gebraucht wird: in Wärmenetze, Speicherlösungen,
1010 Sanierungen und grüne Technologien. So entsteht ein kraftvoller Hebel für
1011 Innovation und Klimaschutz.

1012 Damit eine nachhaltige Energieversorgung, die ökologische und digitale
1013 Modernisierung unserer Wirtschaft und die Stärkung unserer Infrastruktur
1014 gelingen, braucht es erhebliche Investitionen – sowohl aus öffentlichen
1015 Haushalten als auch aus privaten Quellen. Wir schaffen dafür die nötigen
1016 Rahmenbedingungen und setzen uns dafür ein, dass Infrastrukturfinanzierung und
1017 Klimaneutralität Schwerpunkte der Förderpolitik öffentlicher Banken und der
1018 Förderbanken des Landes werden. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundes- und EU-
1019 Ebene dafür ein, regulatorische Hürden bei der Finanzierung einer nachhaltigen
1020 Energieversorgung abzubauen – zum Beispiel durch angepasste
1021 Eigenkapitalanforderungen für Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die in
1022 nachhaltige Projekte investieren wollen.

1023 Mit dem Erfolgsmodell der Green Bonds haben wir Baden-Württemberg zu einem
1024 führenden Handelsplatz für nachhaltige Investmentprodukte der öffentlichen Hand

gemacht. Damit lenken wir gezielt privates Kapital dorthin, wo es am meisten bewirkt: in klimafreundliche Infrastruktur, in Gebäudesanierungen, in nachhaltige Mobilität und in den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Green Bonds aus Baden-Württemberg sind nicht nur ein finanzielles Erfolgsmodell, sondern auch Ausdruck eines neuen Verständnisses von öffentlicher Verantwortung: Wir investieren aktiv in eine lebenswerte Zukunft. Diese Finanzierungsinstrumente wollen wir ausbauen und weiterentwickeln – damit Baden-Württemberg auch international Maßstäbe setzt.

Eine nachhaltige Finanzpolitik für ein starkes Baden-Württemberg

In einem Land, das allen Menschen verlässlich Perspektiven bieten will, ist eine nachhaltige und klug ausbalancierte Haushaltspolitik die Basis für Vertrauen. Wir wollen öffentliche Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten bewegen – für das Klima, die Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Trotz multipler Krisen und wachsender Herausforderungen steht Baden-Württemberg finanziell vergleichsweise gut da. Das ist das Ergebnis grüner Haushaltsführung: vorausschauend, nachhaltig und mit Mut zu Investitionen.

Die Menschen spüren jedoch, dass öffentliche Mittel nicht überall gleichzeitig ausgegeben werden können – wenn Schulen saniert werden müssen, Straßen bröckeln und Verwaltungspersonal fehlt. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten ist der Wunsch nach Sicherheit und Planbarkeit groß. Unsere Antwort: Wir investieren in eine Zukunft, die trägt – mit nachhaltigen Haushalten und wirkungsorientierter Finanzpolitik.

Im Bund wurde mit Hilfe von uns Grünen das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität aufgelegt – ein überfälliger und richtiger Schritt in einer Zeit, in der große Aufgaben wie die ökologische Transformation, der digitale Wandel und die Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts bewältigt werden müssen.

Diese Herausforderungen verlangen entschlossene Investitionen in die Zukunft: Aus dem Sondervermögen des Bundes gehen mehr als 13 Milliarden an Baden-Württemberg. An der richtigen Stelle kann es zum Erfolgsprogramm für Baden-Württemberg werden. Wir haben entschieden, dass diese Mittel dort ankommen sollen, wo sie am dringendsten gebraucht werden – und zwar in den Kommunen. Zwei Drittel der Mittel gehen deswegen direkt an unsere Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Das ist mehr als in jedem anderen Bundesland. Damit schaffen wir bessere Schulen und Kitas, Straßen und Angebote des öffentlichen Nahverkehrs. Für eine schnelle Stärkung der Kommune hat die grün-geführte Landesregierung den Städten und Gemeinden außerdem weitere 550 Millionen Euro für die Jahre 2025 und 2026 zugesagt. Das Land wird zusätzlich einen Teil der Betriebskosten für die Ganztagesbetreuung an Grundschulen übernehmen – bis 2030 sind das 600 Millionen Unterstützung. Hinzu kommt, dass das Land die Kommunen beim Bundesteilhabegesetz und dem Inklusionsausgleichsgesetz einmalig mit mehr als 200 Millionen Euro unterstützt. Die restlichen Mittel aus dem Sondervermögen, die nicht an die Kommunen gehen, werden die nächsten Jahre als

1069Landesinvestitionen in Unikliniken und Hochschulen und in
1070Mobilitätsinfrastruktur genutzt. Auch in Zukunft wollen wir dieses Geld richtig
1071investieren. Wir wollen keinen Verschiebeparkplatz mit unsinnigen Wahlgewinnen
1072wie im Bund. Mit diesem Milliardenpaket für unsere Kommunen und Investitionen in
1073unsere Infrastruktur machen wir unser Land fit für die Herausforderungen der
1074Zukunft – für bessere Lebensbedingungen und eine starke Wirtschaft.

1075Auch im Land sind wir offen für eine Reform der Schuldenbremse. Dennoch gilt:
1076Eine Begrenzung der Schuldenquote bleibt richtig, wenn sie im Sinne einer
1077nachhaltigen Haushaltspolitik klug umgesetzt wird. Solide Finanzen dürfen nicht
1078im Widerspruch zu Investitionen stehen – im Gegenteil: Wenn wir heute
1079zielgerichtet investieren, sichern wir damit langfristig wirtschaftliche Stärke
1080und soziale Stabilität.

1081Statt Gießkannenprinzip setzen wir auf Effizienz, Wirkung und Zielgenauigkeit.
1082Dazu gehört, dass staatliche Gelder auch zügig für die vorgesehenen Zwecke
1083eingesetzt werden. Gleichzeitig wollen wir Prozesse einfacher machen, etwa durch
1084pragmatische Bagatellgrenzen und pauschale Fördermechanismen.

1085Unser Anspruch ist klar: öffentliche Mittel sollen den Alltag der Menschen
1086konkret verbessern – einfach und mit spürbarer Wirkung. Neben ökologischer
1087Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit gehört dazu finanzielle Tragfähigkeit.
1088Wir achten bei Finanzanlagen und Investitionen des Landes nicht nur auf
1089Rentabilität und Sicherheit, sondern auch auf Klimaschutz, soziale Kriterien und
1090Menschenrechte.

1091 **Steuergerechtigkeit schaffen – Vertrauen sichern**

1092Steuergerechtigkeit hat für uns klar politische Priorität, denn sie ist auch
1093eine Frage des Respekts gegenüber allen, die ehrlich ihren Beitrag leisten.
1094Deshalb bekämpfen wir Steuerbetrug konsequent – mit einer gut ausgestatteten
1095Steuerverwaltung, hoch qualifiziertem Personal und neuen Technologien. Denn wer
1096das Gemeinwesen stärkt, verdient einen Staat, der ihn schützt und fair
1097behandelt. Das gilt erst recht in einer Zeit, in der Land und Kommunen jeden
1098Euro umdrehen müssen. Steuerhinterziehung und Geldwäsche bekämpfen wir
1099konsequent mit aller Härte.

1100Wer ehrlich ist, darf nicht der Dumme sein. Wir gehen seit Regierungsantritt
1101entschieden gegen organisierten Steuerbetrug, organisierte Finanzkriminalität
1102und Geldwäsche vor. Zudem stärken wir die Steuerverwaltung weiter: personell und
1103digital. Neue IT-Verfahren, KI-gestützte Analyse und die intelligente Vernetzung
1104mit Sicherheitsbehörden machen es möglich, Betrug schneller zu erkennen.

1105Ein zentrales Anliegen bleibt für uns die Nachwuchsgewinnung in der
1106Steuerverwaltung. Jede*r Ermittler*in der Steuerfahndung bringt im Durchschnitt
1107eine Million Euro für das Gemeinwohl. Damit unsere Steuerverwaltung insgesamt
1108effektiv, bürgernah und zukunftsfähig wird, investieren wir die Ausstattung der
1109Behörden, um Steuergerechtigkeit durchzusetzen.

- 1110 Wir denken Finanzpolitik auch technologisch weiter. Künftig soll Krypto-
1111 Vermögen, das im Zuge der Verbrechensbekämpfung eingezogen wird, als Krypto-
1112 Reserve des Landes genutzt werden können.

Kapitel 2: Orte der Chancen: Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 24.10.2025
 Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Das Wertvollste, was wir haben, sind unsere Kinder und Jugendlichen. Jedes Kind
- 2 verdient die besten Chancen. Ob Hauptschule oder Hochschule – entscheidend ist
- 3 die Möglichkeit, etwas erreichen zu können. Unser Anspruch ist es, das
- 4 Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft zu erneuern.
- 5 Gleichzeitig steht Baden-Württemberg vor besonderen Herausforderungen.
- 6 Bildungsstudien zeigen: unser Land ist nicht dort, wo es hingehört – an der
- 7 Leistungsspitze. Deshalb hat für uns höchste Priorität, Qualität und
- 8 Chancengerechtigkeit gemeinsam weiterzuentwickeln.
- 9 Chancengerechtigkeit heißt für uns nicht, dass wir weniger Leistung erwarten. Im
- 10 Gegenteil: Jedes Kind soll seine Talente entfalten können. Wir wollen die
- 11 Hindernisse aus dem Weg räumen, die unsere Kinder bremsen.
- 12 Unsere Erzieher*innen und Lehrer*innen begleiten Kinder mit hoher
- 13 Professionalität und dem Vertrauen in ihre Fähigkeiten. Entscheidend ist dabei
- 14 die Qualität von Schule und Unterricht unabhängig von der Schulform.
- 15 Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Wir wollen, dass
- 16 mehr junge Menschen direkt eine Ausbildung machen, Verantwortung übernehmen und
- 17 Betriebe führen – mit kostenlosem Meister, einer weiterentwickelten
- 18 Meistergründungsprämie und gezielter Unterstützung für Betriebsübernahmen und
- 19 Gründungen.
- 20 Kein Talent darf verloren gehen, weil das Geld für ein Studium fehlt. Indem wir
- 21 die Weiterbildung für alle Menschen fördern, sichern wir Fachkräfte und machen
- 22 die Menschen im Land fit für den Wandel der Arbeitswelt. Und wir lassen
- 23 niemanden zurück: Jugendliche ohne Abschluss oder Ausbildung erhalten gezielte
- 24 Unterstützung, damit sie ihren Weg finden.
- 25 Wir legen einen besonderen Fokus auf die frühkindliche Bildung und die
- 26 Grundschule. Denn hier werden die Grundlagen für späteren Bildungserfolg gelegt.
- 27 Wir investieren in gezielte Sprachförderung – gerade dort, wo die
- 28 Herausforderungen am größten sind.
- 29 Bildung ist für uns mehr als Wissensvermittlung – gute Bildung, die allen
- 30 zugänglich ist, bildet die Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt, stärkt
- 31 unsere Demokratie und legt den Boden für Innovationskraft und wirtschaftlichen
- 32 Wohlstand unseres Landes. Wir machen Baden-Württemberg wieder zum Bildungsland
- 33 an der Spitze: leistungsstark, gerecht und zukunftsfähig.

Kapitel 2.1. Chancen starten: Gute Kitas. Starke Familien

35 Ein starker Start für jedes Kind: Wir wollen, dass jedes Kind in Baden-
 36 Württemberg mit den besten Startchancen ins Leben geht. Jedes Kind hat das Recht
 37 auf eine liebevolle Betreuung und ein förderndes Bildungsangebot in
 38 Kindertageseinrichtungen, das seine emotionale Entwicklung im Blick hat.
 39 Familien müssen sich auf ein verlässliches und qualitätsvolles Angebot verlassen
 40 können – unabhängig von Wohnort oder Einkommen. Erzieher*innen entlasten wir.
 41 Sie sollen nicht zwischen Dokumentation, Betreuung und Bildungsauftrag zerrieben
 42 werden – sondern sich stärker auf die Arbeit mit den Kindern konzentrieren
 43 können, für die sie ihren Beruf ergriffen haben. Gute frühkindliche Bildung ist
 44 keine Nebensache, sie ist Fundament einer gerechten Gesellschaft.

45 Wir investieren bereits jetzt so viel wie nie zuvor in die frühkindliche
 46 Bildung. Unsere Politik hat in den letzten Jahren die Qualität des Kita-Angebots
 47 in den Mittelpunkt gestellt. Seit wir Grüne regieren, konnte aber auch die Zahl
 48 der Ausbildungsplätze für Erzieher*innen an den öffentlichen und privaten
 49 Fachschulen für Sozialpädagogik sowie für sozialpädagogischen Assistent*innen
 50 deutlich gesteigert werden. Der „Direkteinstieg Kita“, mit dem inzwischen über
 51 1.000 Quereinsteiger*innen im Jahr ausgebildet werden, ist erfolgreich
 52 gestartet. Wir haben regionale Fachberatungen für Inklusion an Kitas durch einen
 53 Modellversuch etabliert und bauen diese nun landesweit aus.

54 **Für Familien - ein verlässliches und bezahlbares Angebot**

55 Familien tragen viel – im Job, im Alltag, füreinander. Wir wollen, dass sie die
 56 Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie sie leben, arbeiten und füreinander
 57 da sind. Ohne ständigen Druck. Ohne schlechtes Gewissen. Dafür mit der
 58 verlässlichen Unterstützung, die sie verdienen. Wir sagen klar: Familien
 59 brauchen weniger Belastung und echte Wahlfreiheit. Ob Vollzeit, Teilzeit oder
 60 Karriere mit Kindern – jedes Modell verdient Respekt. Unser Ziel ist eine
 61 Gesellschaft, in der Familie und Beruf nicht im Widerspruch stehen, sondern sich
 62 gegenseitig stärken.
 63 Verlässliche Kita-Öffnungszeiten sind für Eltern unerlässlich, um Beruf und
 64 Familie zu vereinbaren. Wir werden die Träger der Kindertageseinrichtungen daher
 65 weiterhin unterstützen, indem wir mehr Menschen für die Arbeit in Kitas
 66 gewinnen. Dafür bauen wir die praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher*innen
 67 (PiA) weiter aus, stärken den „Direkteinstieg Kita“ und unterstützen die
 68 Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Mit Hilfe eines Fachkräftepooling können wir
 69 selbst bei Personalengpässen kurzfristig qualifiziertes Personal einsetzen und
 70 die Komplettschließung von Einrichtungen vermeiden. Auch die
 71 Weiterqualifizierung von Tagespflegepersonen zu sozialpädagogischen Fachkräften
 72 in multiprofessionellen Teams kann den Personalmangel in den Kitas verringern.
 73 Damit Kita-Gebühren nicht für immer mehr Familien zum Problem werden, verbessern
 74 wir die Kita-Finanzierung aus Landesmitteln, um Beitragserhöhungen abzufedern
 75 und sozial gestaffelte Kita-Gebühren zu ermöglichen. Um alle Kinder vor ihrem
 76 Schulstart fördern zu können, führen wir ein verpflichtendes und gebührenfreies
 77 letztes Kita-Jahr ein.

78 **Für Chancen von Anfang an - Qualität und Grundlagen im Fokus**

79 Zu wenige Kinder erreichen die Mindest- und Regelstandards im Lesen, Schreiben
80 und Rechnen. Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist und zu einem
81 selbstbewussten Agieren in unserer Gesellschaft befähigt, intensivieren wir die
82 Lesestrategie des Landes. Nur wer richtig lesen und schreiben kann, kann sich
83 weitere Fachgebiete erschließen.

84 Mit der Einführung des Programms „SprachFit“ haben wir einen wichtigen Schritt
85 gemacht, um Kinder, die Sprachdefizite haben, zu fördern. Wir führen das
86 Programm dauerhaft fort und werden es um eine Förderung von mathematischen
87 Vorläuferfähigkeiten erweitern. Wir wollen, dass mehr Schulen und auch Kitas vom
88 „Startchancen-Programm BW“ profitieren. Dabei setzen wir auf einen Sozialindex,
89 damit die zusätzlichen Mittel da ankommen, wo sie besonders benötigt werden.

90 Wir stärken multiprofessionelle Teams und bringen mehr Fachkräfte für
91 Sprachbildung, Sozialarbeit oder Inklusion in die Kitas. Kitas brauchen
92 Strukturen, die echte Teamarbeit ermöglichen. Für den Bereich frühkindliche
93 Bildung ist der Orientierungsplan die Arbeitsgrundlage. Wir schaffen mehr
94 Verbindlichkeit in der Umsetzung. Wir setzen uns für einen kindbezogenen
95 Fachkraft-Kind-Schlüssel ein. Ist eine Fachkraft für weniger Kinder
96 verantwortlich, wird mehr individuelle Zuwendung möglich. Wir stärken inklusive
97 Bildungsangebote unter Einbeziehung der Schulkindergärten.

98 Um Familien systematisch unterstützen zu können, bauen wir Kinder- und
99 Familienzentren mit Beratungsangeboten sowie die Kita-Sozialarbeit aus. Das
100 machen wir im ersten Schritt an Orten, an denen besondere Herausforderungen
101 bestehen.

102 **Kapitel 2.2. Chancen sichern: Gute Schule: Bildung, die jedes Kind erreicht**

103 Um das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft einzulösen, brauchen wir gute
104 Schulen. Sie sollen Orte sein, an denen Kinder und Jugendliche gerne lernen,
105 Lehrkräfte gerne arbeiten und Talente individuell gefördert werden. In Baden-
106 Württemberg stehen wir vor besonderen Herausforderungen – auf die zunehmende
107 Vielfalt in unseren Klassenzimmern hat das Bildungssystem zu zögerlich reagiert.
108 Unser Ziel ist es, die Bedingungen zu schaffen, unter denen jedes Kind seine
109 Stärken entfalten kann – durch gezielte Förderung und mehr Gestaltungsspielräume
110 vor Ort.

111 In den letzten Jahren haben wir in Baden-Württemberg wichtige Schritte hin zu
112 mehr Bildungsgerechtigkeit und Qualität unternommen. Mit dem neu entwickelten
113 Sozialindex wollen wir auch künftig mehr Ressourcen dort einsetzen, wo sie
114 besonders gebraucht werden. Programme wie „Rückenwind“ und das
115 „Startchancenprogramm BW“ haben den Weg für einen ersten Aufbau
116 multiprofessioneller Teams eröffnet, durch die an Schulen verschiedene
117 Professionen wie Lehrkräfte, Sonderpädagog*innen und Unterstützungskräfte
118 zusammenarbeiten können. Mit einer systematischen, datengestützten
119 Qualitätsentwicklung haben wir die Basis geschaffen, um Bildung zielgerichtet
120 weiterzuentwickeln – immer mit dem klaren Ziel, die Potenziale der Schüler*innen
121 zu entfalten und damit ihre Leistungen zu verbessern.

122 Das neue neunjährige Gymnasium (G9) wird ab dem Schuljahr 2025/2026 mit den
123 Klassen fünf und sechs aufwachsend eingerichtet. G9 bietet im Vergleich zum G8
124 eine entzerrte Stundentafel. Dort und in den Gemeinschaftsschulen sowie in den
125 Realschulen haben wir die Förderung von Basiskompetenzen, die mathematisch-
126 naturwissenschaftliche Bildung, die Demokratiebildung, die Berufsorientierung
127 sowie Medienbildung und Informatik verankert.

128 Mit neuen Studienplätzen im Lehramtstudium, und vereinfachten Wege für Quer- und
129 Direkteinstiege sichern wir die Unterrichtsversorgung und stärken die Qualität.
130 Mit dem neu eingeführten Pilotversuch für das duale Lehramtsstudium können
131 angehende Lehrer*innen schon früh im Studium wertvolle Unterrichtspraxis
132 sammeln. Das Referendariat wird dabei enger mit dem Master verzahnt. Die
133 Sommerferienlücke für befristet beschäftigte Lehrkräfte haben wir geschlossen.
134 Ein konkreter Beitrag zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen.

135 Der Ganztagsausbau bleibt eine große Aufgabe. Wir haben Investitionen in
136 Infrastruktur und Ausstattung mit 861 Millionen Euro gefördert, stellen jährlich
137 rund 25.500 Lehrerwochenstunden bereit und unterstützen kommunale und freie
138 Träger mit über 83 Millionen Euro jährlich. Wir werden auch weiterhin in den
139 Ausbau der Ganztagesangebote investieren, so bleibt das Land ein verlässlicher
140 Partner für die Kommunen und Schulträger.

141 Die bestehenden Mittel zur Schulbauförderung und -sanierung haben wir dauerhaft
142 mehr als verdoppelt. Auch die digitale Ausstattung wurde über den „DigitalPakt
143 Schule“ und Zusatzprogramme der Corona-Jahre massiv verbessert – insgesamt
144 wurden fast eine Milliarde Euro bereitgestellt.

145 **Chancen eröffnen – Bildungsgerechtigkeit im Fokus**

146 In Deutschland hängen Bildungschancen zu sehr von der sozialen Herkunft ab.
147 Unser Ziel ist es, alle Kinder und Jugendliche entlang ihrer gesamten
148 Bildungsbiografie kontinuierlich und bedarfsorientiert zu begleiten – von der
149 Krippe über Kita, Grundschule und weiterführende Schulen bis hin zum Übergang in
150 Ausbildung oder Studium. Dabei darf kein Kind durch das Raster fallen:
151 Erfahrungen und Förderbedarfe müssen nahtlos weitergegeben werden. Um Brüche zu
152 verhindern, stärken wir die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen. Deshalb
153 haben wir bereits die Erhöhung der Entlastungsstunden für Grundschullehrkräfte,
154 die sich um den Übergang von der Kita in die Grundschule kümmern, beschlossen.
155 Wir wollen außerdem die bestehenden Schülerakten zu einer Bildungsakte
156 vereinheitlichen und mit einer individueller Bildungs-ID für eine durchgängige
157 Dokumentation entlang des Bildungswegs sorgen. Die Bildungs-ID kann nicht nur
158 einen wichtigen Beitrag zum individuellen Schulerfolg von Schüler*innen leisten,
159 mit Hilfe der ID lässt sich die Qualität von Bildungseinrichtungen datenbasiert
160 prüfen. Zudem ermöglicht die Bildungs-ID auch, Ressourcen bedarfsgerecht zu
161 steuern.

162 Mit dem Programm „SprachFit“ wird sichergestellt, dass alle Kita-Kinder mit
163 Sprachförderbedarf auch wirklich gefördert werden – zunächst durch ein
164 zusätzliches, verbindliches Sprachtraining im letzten Kita-Jahr. Für diejenigen,
165 die dann noch nicht die nötigen Kenntnisse haben, um die Schule zu beginnen,

166 wird nach der Kita die „Juniorklasse“ eingerichtet. Zusätzlich gibt es in den
167 ersten beiden Grundschulklassen jeweils zwei ergänzende Sprachförderstunden für
168 die Kinder, die nach wie vor einen Bedarf haben. Zudem haben wir das etablierte
169 Programm „Sprachkitas“ zur alltagsintegrierten Sprachförderung aus der
170 Bundesförderung übernommen und aus Landesmitteln fortgeführt.

171 Gute Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Deshalb sollen Kinder an allen
172 Startchancen-Schulen, an denen viele aus benachteiligten Familien stammen, ein
173 ausgewogenes, kostenfreies Mittagessen erhalten.

174 Wir stärken die Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte und
175 Fluchterfahrung an unseren Schulen. Wir werden den muttersprachlichen
176 Unterricht, der derzeit von Konsulaten organisiert wird, in ein staatlich
177 verantwortetes Angebot überführen. Als Ergänzung zum konfessionellen Unterricht
178 wollen wir das Fach Ethik stufenweise für alle Jahrgangsstufen einführen, um ein
179 Angebot zu den großen Fragen Frieden, Gerechtigkeit und Zusammenleben anbieten
180 zu können.

181 Ganzheitliche Entwicklungsbegleitung und Bildung findet nicht nur in der Schule,
182 sondern im gesamten Lebensumfeld statt. Dies betrifft die Familie ebenso wie die
183 Schule und die nachmittäglichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit und Einbeziehung
184 der Eltern ist besonders wichtig für den schulischen Erfolg der Kinder und
185 bringt ihn gemeinsam mit dem weiteren Netzwerk und Vereinen voran. Erste
186 Schritte gehen wir bereits mit den „Startchancen“-Schulen, die wir gezielt in
187 diesem Bereich unterstützen. Grundschulen können als Familiengrundschulzentren
188 zu Anlaufstellen für ein umfassendes Netzwerk zur Unterstützung von Familien im
189 Quartier werden.

190 Im ganzen Land wird in den Schulen mit inklusivem Lernen und den
191 Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) wichtige Arbeit
192 geleistet, um Schüler*innen mit Anspruch auf ein sonderpädagogisches
193 Bildungsangebot ein gutes Lernen zu ermöglichen. Wir sichern dafür auch über die
194 regionale Schulentwicklungsplanung stabile Strukturen.

195 **Zurück an die Leistungsspitze - Schulqualität und modernes Lernen**

196 Wir legen den Fokus auf die Qualität von Schule und Unterricht. Dafür werden wir
197 die Freiräume von Schulen erweitern, Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben
198 entlasten und Schulnetzwerke ausbauen. Wir führen die datengestützte Schul- und
199 Unterrichtsentwicklung fort, unterstützt durch zentrale Bildungscontrollings.
200 Die Schulaufsicht stärken wir dabei weiter in ihrer Rolle der dialogorientierten
201 Entwicklungsberatung. Mit einem Budget für Innovationen ermöglichen wir Schulen
202 mehr und neue Impulse im Unterricht und Schulalltag zu setzen.

203 Um Schüler*innen optimal auf die Herausforderungen einer sich wandelnden Welt
204 vorzubereiten, werden Kompetenzen wie Kommunikation, Kollaboration, Kreativität
205 und kritisches Denken gezielt gefördert. Deshalb beziehen wir Schüler*innen
206 aktiv in den Lernprozess ein und fördern selbstbestimmtes Lernen. Digitale und
207 KI-gestützte Lernbegleitung soll Schüler*innen dabei unterstützen, ihren
208 individuellen Lernprozess zu gestalten. Projektbasiertes, fächerübergreifendes
209 und forschendes Lernen muss zum Schulalltag gehören. Wir überarbeiten

210 Prüfungsvorgaben für mehr projektbasiertes Arbeiten und kompetenzorientierte
211 Bewertung.

212 **Schule als demokratischer Lebensraum in einer digitalen Gesellschaft**

213 Schule ist mehr als Unterricht. Sie ist ein Ort, an dem junge Menschen
214 Demokratie erleben und erlernen, Gemeinschaft gestalten und ihre Stimme finden.
215 In Zeiten von Desinformation und Hass braucht unsere Gesellschaft starke,
216 mündige junge Menschen, die Verantwortung übernehmen. Dazu kann Schule einen
217 wichtigen Beitrag leisten.

218 Die Demokratie- und Medienbildung haben wir bereits an den Schulen gestärkt. Wir
219 stärken und bauen die Demokratiebildung und politische Bildung über integrierte
220 und projektgebundene Formate aus. Schüler*innen sollen sich aktiv einbringen –
221 etwa bei Schulentwicklungsprozessen. Schüler*innenvertretungen und Eltern werden
222 beispielsweise beim Umbau von Schulen eingebunden. In Projekten mit Vereinen,
223 der Zivilgesellschaft und Unternehmen können Schüler*innen Verantwortung für ihr
224 Umfeld außerhalb der Schule übernehmen.

225 Medienbildung, Quellenkritik und kritisches Denken werden gezielt gefördert,
226 damit junge Menschen die Informationsflut einordnen und reflektieren können. Wir
227 haben das Pflichtfach „Informatik und Medienbildung“ an allen weiterführenden
228 Schulen zum Schuljahr 2025/2026 eingeführt. Wir werden Medien- und
229 Demokratiebildung in der Ausbildung von Lehrer*innen stärken,

230 Unsere Gesellschaft wird vielfältiger. Ein Zusammenhalt in gegenseitiger Achtung
231 und Wertschätzung für Verschiedenheit ist uns wichtig. Deshalb haben wir im
232 Bildungsplan 2016 die Leitperspektive „Bildung für Toleranz und Akzeptanz von
233 Vielfalt“ verankert, damit Schüler*innen sich ohne Angst vor Diskriminierung und
234 Vorurteilen in unserer Gesellschaft bewegen können. Ebenso haben wir haben die
235 Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) als fächerübergreifendes
236 Querschnittsthema in allen Schularten gestärkt. So erwerben Schüler*innen
237 Kompetenzen, um globale Herausforderungen aktiv mitzugestalten.

238 Wir stärken die Erinnerungskultur und stellen uns Antisemitismus und
239 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in jeder Form klar entgegen. Jede*r
240 Schüler*in soll im Laufe der Schullaufbahn mindestens eine Gedenkstätte zu
241 nationalsozialistischen Gewaltverbrechen besuchen.

242 Formate wie Jugendforen oder Demokratiewerkshops machen Mitbestimmung erlebbar
243 und fördern die Bereitschaft, Verantwortung für das demokratische Miteinander zu
244 übernehmen.

245 **Ganztag ausbauen – für Kinder und Familien**

246 Ganztagschulen stärken Bildungsgerechtigkeit und eröffnen Kindern neue
247 Möglichkeiten zur individuellen Förderung und kreativen Entfaltung. Sie
248 entlasten Familien, wenn Kinder ihre Schulaufgaben bereits in der Schule
249 erledigen können und am Nachmittag ohne zusätzlichen Druck nach Hause kommen.
250 Unser Ziel ist es, verlässliche Ganztagsangebote zu schaffen, die über den
251 Unterricht hinausgehen: Schulen sollen zu echten Lebensräumen werden, in denen
252 Lernen, Spiel und Gemeinschaft selbstverständlich zusammengehören.

253 Ab September 2029 haben alle Grundschulkinder einen Rechtsanspruch auf
 254 ganztägige Betreuung. Wir unterstützen die Kommunen weiterhin bei investiven
 255 Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Strukturen. Ein rhythmisiertes,
 256 verbindliches Ganztagschulmodell kann am besten zur Bildungsgerechtigkeit
 257 beitragen, verringert die zu Hause zu erledigenden Schularbeiten und ist für die
 258 Eltern kostenfrei. Daher fördern wir die Umsetzung dieses Qualitätsrahmens.
 259 Unsere Schulen müssen so ausgestattet sein, dass sie ein attraktiver Lern- und
 260 Lebensort sein können. Dazu gehört ein warmes und gesundes Mittagessen. Wir
 261 fördern die Kooperation mit außerschulischen Partnern in der kommunalen
 262 Bildungslandschaft.

263 **Die Zukunftsschule - moderner Wohlfühlort**

264 Bildung braucht Räume, die zum Lernen und Entdecken einladen. Unsere Schulen
 265 müssen baulich so aufgestellt sein, dass sie moderne Pädagogik ermöglichen – mit
 266 ausreichend Platz, guter Ausstattung und digitaler Infrastruktur. Schulgebäude
 267 müssen funktional, sicher, gesund und klimafest sein. Wir wollen, dass Schulen
 268 Orte sind, an denen sich Kinder wohl und sicher fühlen.

269 Wir unterstützen Schulen in der Umsetzung von Konzepten gegen Mobbing und Gewalt
 270 und bei Programmen, die proaktiv zur Stressbewältigung und mentalen Gesundheit
 271 der Schülerinnen und Schüler beitragen. Um Lehrkräften Sicherheit im Umgang mit
 272 psychisch belasteten Schüler*innen zu geben, bauen wir das Fortbildungsangebot
 273 im Bereich mentale Gesundheit aus. Die Schulsozialarbeit gehört dabei für uns
 274 selbstverständlich mit zum Schulleben. Unter Jugendlichen haben psychische
 275 Probleme auch durch das Aufkommen sozialer Medien zugenommen.

276 Mit der flächendeckenden Medienbildung an allen Schulen haben wir einen
 277 wichtigen Schritt unternommen, um Jugendliche selbstbewusst und kritisch auf dem
 278 Weg zur digitalen Mündigkeit zu begleiten. Die Verantwortung für eine
 279 jugendgerechte digitale Lernumgebung endet aber nicht am Schulausgang. Darum
 280 wollen wir gemeinsam mit anderen Ländern darauf hinwirken, politisch den Rahmen
 281 für eine wirksame Social-Media-Altersgrenze zu schaffen, etwa mit europäischen
 282 Regeln für die Plattformen und einem digitalen Identitätsnachweis.

283 Als verllässlicher Partner der Kommunen unterstützen wir die Sanierung und
 284 Modernisierung von Schulen auch in Zukunft – mit Fokus auf Raumkonzepten, die
 285 kooperatives Lernen, Rückzug und Kreativität ermöglichen. Hierfür führen wir im
 286 Schulbauförderprogramm des Landes eine „Innovationskomponente“ ein. Die bauliche
 287 Infrastruktur soll Lernfreude und Begegnung ermöglichen. Den Bau von Schulsport-
 288 und Schwimmstätten werden wir im Schulbauförderprogramm stärker unterstützen.

289 Wir fördern mit dem Digitalpakt 2.0 des Bundes und eigenen Landesmitteln den
 290 Ausbau der digitalen Infrastruktur: Schulen benötigen stabile WLAN-Netze,
 291 moderne Endgeräte und pädagogisch einsetzbare Plattformen. Gemeinsam mit den
 292 zuständigen Schulträgern wollen wir Wege finden, um dauerhaft mehr IT-Fachkräfte
 293 an die Schulen zu bringen, die nicht nur reparieren, sondern begleiten.

294 **Gute Schulen braucht starke Lehrer*innen**

295 Gute Bildung braucht gute Bedingungen – für alle, die sie gestalten. Viele
 296 Lehrkräfte in Baden-Württemberg leisten Tag für Tag Großartiges. Sie begleiten
 297 Kinder und Jugendliche auf ihrem Bildungsweg, wecken Neugier und fördern
 298 Talente. Sie vermitteln nicht nur Wissen, sondern auch Werte wie Respekt,
 299 Verantwortung und Zusammenhalt. Sie geben den Schüler*innen die nötige
 300 Perspektive, um in der Welt ihren Platz finden zu können. ´

301 Ob in der Grundschule, in weiterführenden Schulen oder in der beruflichen
 302 Bildung – Lehrkräfte sind weit mehr als bloße Wissensvermittler*innen: Sie sind
 303 Begleiter*innen, Vorbilder und oft auch Vertrauenspersonen. Ihre Aufgaben sind
 304 in den vergangenen Jahren gewachsen, es wird viel von ihnen verlangt. Das darf
 305 nicht zu Überforderung führen. Gerade in Zeiten von gesellschaftlichem Wandel,
 306 Digitalisierung und Fachkräftemangel stemmen sie zusätzliche Aufgaben über den
 307 Unterricht hinaus. Wir lassen die Lehrer*innen mit diesen Herausforderungen
 308 nicht allein. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Lehrkräfte die
 309 Ausbildung, Ausstattung und Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um den
 310 Kindern und Jugendlichen Lust auf eine erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft
 311 zu machen.

312 Die Grundschule ist der Ort, an dem die entscheidende Basis für den weiteren
 313 Bildungsweg aller Kinder gelegt wird. Deshalb werten wir die Arbeit der
 314 Grundschullehrkräfte auf und bezahlen sie künftig nach A13. Darüber hinaus
 315 stärken wir die Professionalisierung durch kontinuierliche Fortbildungsangebote,
 316 die allen Lehrkräften offenstehen. Uns ist bewusst, wie wichtig es ist, den
 317 Lehrer*innenberuf attraktiv zu gestalten – nicht nur für den Einstieg, sondern
 318 auch für eine lange und erfüllte Laufbahn. Deshalb halten wir flexible
 319 Arbeitsmodelle wie Teilzeitmöglichkeiten offen, um Lehrkräften die Vereinbarkeit
 320 von Beruf, Familie und persönlichen Bedürfnissen zu erleichtern.

321 Im Lehramtsstudium passen wir die Kapazitäten flexibel an den Bedarf an, stärken
 322 Praxisanteile und entwickeln das neu eingeführte duale Masterstudium weiter. Wir
 323 wollen mehr Studierende für die Schularten der Sekundarstufe I gewinnen.

324 Für einen erfolgreichen Schulalltag sind unterschiedliche Berufsgruppen
 325 unverzichtbar. Deshalb weiten wir den begonnenen Ausbau multiprofessioneller
 326 Teams auf weitere Schulen aus. Dazu gehören insbesondere Schulsozialarbeit,
 327 Schul- und Unterrichtsbegleitung, Ressourcen für die Ganztagschule sowie
 328 administrative Unterstützung der Schulleitung.

329 Die Rolle der Schulleitung umfasst viel mehr als rein pädagogische Aufgaben. Wir
 330 stärken sie durch zielgerichtete Fortbildungen und entlasten sie von
 331 Verwaltungsaufgaben durch mehr administratives Fachpersonal.

332 **Zukunftsschule gemeinsam gestalten - im Dialog mit der Gesellschaft**

333 Mit den Bildungsreformen zum Schuljahr 2025/2026 haben wir zentrale Schritte
 334 unternommen, um die weiterführenden Schulen weiterzuentwickeln. Daran werden wir
 335 anknüpfen und mit einer Enquete-Kommission einen breiten Dialog zur
 336 Weiterentwicklung unserer Schulen führen. Wir wollen dazu Schüler*innen, Eltern,
 337 Wissenschaftler*innen, Lehrkräfte und Vertreter*innen der Wirtschaft und
 338 Zivilgesellschaft einbinden.

339 Wir Grüne wissen: Lehrkräfte leisten im ganzen Land an Schulen aller Schularten
340 tagtäglich wertvolle Arbeit. Diese Arbeit verdient Anerkennung und die richtigen
341 Rahmenbedingungen. Deshalb schaffen wir faire und transparente
342 Ressourcenzuweisungen – orientiert am Sozialindex und dem Aufgabenprofil der
343 jeweiligen Schulen. Durch eine unbürokratische Monetarisierung freier Stellen
344 ermöglichen wir flexible Personalstrategien vor Ort: Budgets nicht besetzter
345 Stellen eröffnen Gestaltungsspielraum für Schulleitungen.

346 Wir haben 2012 die Gemeinschaftsschule auf den Weg gebracht. Hier werden die
347 individuelle Förderung und das Von- und Miteinanderlernen der Schüler*innen
348 besonders realisiert. Davon profitieren die Leistungsstarken ebenso wie die
349 Schwächeren. Wir werden durch Modelle wie Oberstufen-Verbünde oder Schulversuche
350 zur digital-hybriden Oberstufe ein möglichst flächendeckendes Angebot von
351 gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen schaffen.

352 **Kapitel 2.3: Chancen erweitern: durch gute berufliche Bildung & bessere** 353 **Studienbedingungen für alle**

354 Bildung ist mehr als Wissensvermittlung – sie ist ein Versprechen: auf sozialen
355 Aufstieg, auf Teilhabe, auf ein selbstbestimmtes Leben. Damit dieses Versprechen
356 für alle jungen Menschen eingelöst wird, braucht es eine starke berufliche
357 Bildung. Denn ein berufsqualifizierender Abschluss ist in aller Regel der
358 entscheidende Schritt in ein eigenständiges Leben mit Perspektive.

359 Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass kein*e Jugendliche*r ohne Abschluss und
360 ohne Zukunft bleibt.

361 Jeder junge Mensch verdient eine Perspektive – unabhängig von Herkunft,
362 Geschlecht oder der bisherigen Schulbiografie. Deshalb schaffen wir Angebote,
363 die auffangen, begleiten und neue Wege eröffnen.

364 Deshalb haben wir die Berufsorientierung an Schulen ausgebaut, Betriebspraktika
365 gestärkt und Projekte wie Ausbildungsbotschafter*innen, die an Schulen von ihrer
366 Ausbildung berichten, unterstützt. Mit dem Programm „Ausbildungsvorbereitung
367 dual“ („AVdual“) und einem „Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt
368 Erwerb von Deutschkenntnissen“ („VABO“) und mit „Vorbereitungsklassen“ („VKL“)
369 unterstützen wir Jugendliche mit Unterstützungsbedarf und mangelnden
370 Sprachkenntnissen im Übergang ins Berufsleben.

371 Das Handwerk ist ein wichtiger Partner, beispielsweise bei der Umsetzung der
372 Energiewende. In Folge des demografischen Wandels gibt es jedoch immer weniger
373 junge Menschen, die sich für eine Ausbildung im Handwerk entscheiden. Wir Grüne
374 wollen eine Ausbildung im Handwerk wieder attraktiver machen. Deshalb setzen wir
375 uns dafür ein, dass junge Menschen an allen Schulen mit dem Handwerk in Kontakt
376 kommen. Außerdem sorgen wir dafür, dass auch die Berufsschulen bestens und auf
377 der Höhe der Zeit ausgestattet sind. Mit dem Projekt „Frauen im Handwerk“
378 motivieren wir beispielsweise Frauen für eine Ausbildung im Handwerk und
379 unterstützen junge Handwerkerinnen. Mit der Meisterprämie für Absolvent*innen
380 einer Meisterprüfung und der Meistergründungsprämie für Jungmeister*innen, die
381 sich selbstständig machen, haben wir die Attraktivität des Handwerks erhöht.

382 Wir setzen uns für ein Studium ein, das überall höchste Qualität bietet und den
383 Absolvent*innen echte Chancen für ihren beruflichen Weg eröffnet. Gerade in
384 Zeiten steigender Lebenshaltungskosten, die ein Studium für viele erschweren,
385 müssen wir jetzt die Weichen stellen für eine Bildung, die allen offensteht.
386 Weil Studieren bezahlbar sein muss, bauen wir Wohnheimplätze. Aktuell entstehen
387 bereits 1.300 neue Wohneinheiten.

388 Die Studienplätze, zum Beispiel in Medizin, Psychotherapie, den
389 Gesundheitsfachberufen, Lehramt und IT haben wir spürbar erhöht. In den letzten
390 Jahren haben wir als erstes Bundesland die Hebammenausbildung so umgestellt,
391 dass sie kostenfrei an Hochschulen stattfindet. Mit Erfolg, denn bereits heute
392 gibt es deutlich mehr ausgebildete Hebammen in Baden-Württemberg. Der
393 Hebammenberuf steht allen Geschlechtern offen und der Bedarf an Fachkräften ist
394 hoch. Mit einer landesweiten Kampagne wollen wir deshalb gezielt auch Männer für
395 diesen besonderen Beruf begeistern.

396 **Mit beruflicher Bildung zu echter Chancengleichheit**

397 Das Aufstiegsversprechen beinhaltet, durch eigene Leistung und Qualifizierung
398 den nächsten Schritt gehen zu können. Wer Chancengleichheit dabei ernst meint,
399 muss die berufliche Bildung stärken.

400 Damit dabei kein Talent verloren geht, sichern wir das Programm „AVdual“ ab, mit
401 dem an Berufsschulen Jugendliche mit Förderbedarf beim Übergang in eine
402 Ausbildung unterstützt werden. Programme zur individuellen Begleitung bei
403 Berufsfindung und Berufseinstieg etablieren wir auch an allgemeinbildenden
404 Schulen.

405 Baden-Württemberg hat bei der datengestützten Schulpolitik viele wichtige
406 Schritte gemacht. Mit der Bildungs-ID nehmen wir die Breite der Bildungskarriere
407 in den Blick – ein wichtiger Baustein für eine zielgenaue Förderung und mehr
408 Bildungsgerechtigkeit. Auch für Aus- und Weiterbildung können Daten der
409 Bildungs-ID Grundlage für zielgenaue Bildungsangebote in der Erwerbsbiografie
410 sein, die die beruflichen Aufstiegschancen sichert.

411 Bei Schüler*innen ohne berufliche Anschlussperspektive, können diese Daten mit
412 den zuständigen Jobcentern geteilt werden, um den Übergang in berufsbildende
413 Maßnahmen zu erleichtern.

414 Wir dehnen die Berufsschulpflicht aus. Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis
415 sollen bis zur Vollendung des zwölften Schulbesuchsjahr berufsschulpflichtig
416 werden. Wer in einem Ausbildungsverhältnis steht, ist bis zum Ende des
417 Schuljahres berufsschulpflichtig, in dem das 21. Lebensjahr vollendet wird.

418 Um für Jugendliche, die erst im Jugendalter nach Deutschland kommen, passende
419 Bildungsentscheidungen zu treffen und Förderangebote zu machen, testen wir ihren
420 Sprachstand, ihre Fachkenntnisse und Potenziale. Wir bauen die „VABO“- und
421 „VKL“-Klassen mit qualifizierten Ressourcen aus, um Kinder und Jugendliche mit
422 nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen den Übergang in
423 den Regelunterricht zu erleichtern.

424 Insbesondere für zugewanderte Jugendliche, die bislang keine formelle
425 Schulbildung erhalten haben, wollen wir mit Lernwerkstätten ein passendes
426 Angebot schaffen. In diesen wird intensive Sprachförderung,
427 handlungsorientiertes Lernen in praktischen und handwerklichen Projekten mit
428 individueller Betreuung kombiniert.

429 Wir setzen die Stärkung der Berufsorientierung fort und entwickeln sie mit
430 Vertreter*innen aus Schule und Wirtschaft weiter. Speziell für Berufe mit großem
431 Fachkräftemangel intensivieren wir Ausbildungsstellen- und Vorstellungsprogramme
432 in Schulen. Wir wollen insbesondere bessere Einblicke in Handwerk und Industrie
433 ermöglichen und fördern daher Projektschulen, die eng mit dem Handwerk
434 kooperieren.

435 Um die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung zu stärken,
436 müssen Ausbildungsbedingungen in Baden-Württemberg verbessert werden. Unser
437 Impulsprogramm „Wohnen für Azubis, Studis und Freiwilligendienstler“ hilft
438 jungen Leuten, selbstbestimmt zu leben. Wir wollen die Zahl der Wohnheimplätze
439 deutlich erhöhen und dabei für eine entsprechende Bezahlbarkeit sorgen.

440 **Hoch hinaus im Handwerk**

441 Ausbildungsangebote im Handwerk bilden die Grundlage für viele lebenswichtige
442 Dienstleistungen und Produkte der Zukunft. Handwerksberufe sichern unsere
443 wirtschaftliche Stabilität, unterstützen die Umsetzung der Energiewende und
444 bieten jungen Menschen vielfältige Karrierechancen. Zudem sorgt eine starke
445 handwerkliche Ausbildung dafür, dass traditionelle Fertigkeiten und Wissen nicht
446 verloren gehen.

447 Überbetriebliche Bildungsstätten im Handwerk sind wichtige Partner für die duale
448 Berufsausbildung, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Wir wollen
449 überbetriebliche Bildungsstätten deshalb stärken und weiterentwickeln. Dafür
450 investieren wir gezielt in ihre Sanierung und Modernisierung, um eine
451 zukunftsfähige Ausbildung im Handwerk zu sichern.

452 Um die Attraktivität handwerklicher Ausbildungswege zu stärken, setzen wir uns
453 für eine gezielte Förderung ein. Die Meisterprämie soll so erhöht werden, dass
454 die Meisterausbildung kostenlos ist. Künftig sollen Gründer*innen die
455 Meistergründungsprämie innerhalb von 48 statt bisher 24 Monaten nach ihrer
456 Meisterprüfung beantragen können. Damit schaffen wir mehr Flexibilität, geben
457 echte Planungssicherheit und machen den Schritt in die Selbstständigkeit
458 attraktiver.

459 Zusätzlich wollen wir das bestehende Pilotprojekt „Freiwilliges
460 Berufsorientierungsjahr“ gemeinsam mit den Handwerkskammern und
461 Kreishandwerkerschaften landesweit ausrollen. Die Maßnahme bietet jungen
462 Menschen nach der Schule die Möglichkeit, verschiedene Handwerksberufe
463 kennenzulernen und durch praktische Erfahrungen eine fundierte Berufswahl zu
464 treffen.

465 Wir wollen die Kooperation zwischen Universitäten und dem Handwerk gezielt
466 ausbauen, um Innovationen und Zukunftsthemen wie ökologisches Bauen stärker zu

467 verankern. Erfolgreiche Projekte wie „Walz 4.0“, bei denen Handwerker*innen in
 468 der Ausbildung und Hochschulstudierende praxisnah zusammenarbeiten, sollen als
 469 Vorbild dienen und landesweit unterstützt werden. Zudem setzen wir uns dafür
 470 ein, dass Lehrkräfte im Rahmen ihrer Weiterbildung Stationen im Handwerk
 471 durchlaufen, um ein besseres Verständnis für handwerkliche Ausbildungswege und
 472 deren Bedeutung zu gewinnen. Wir wollen insbesondere bessere Einblicke in
 473 Handwerk und Industrie ermöglichen und fördern daher Projektschulen, die eng mit
 474 dem Handwerk kooperieren.

475 **Ein Studium, das nicht am Geldbeutel scheitert**

476 Wir wollen für ein bezahlbares Studium sorgen. Studierende spüren die in den
 477 letzten Jahren gestiegenen Lebenshaltungskosten besonders. Hier setzen wir an!
 478 Deshalb erhöhen wir die Landeszuschüsse an die Studierendenwerke. Dies
 479 ermöglicht den Studierendenwerken, preiswerten Wohnraum, Mensamahlzeiten und
 480 Angebote für studentisches Leben bereitzuhalten, sowie die psychologischen
 481 Betreuungsangebote für Studierende auszubauen.

482

483 Demokratische Teilhabe bedeutet: Mitentscheiden in den eigenen Angelegenheiten.
 484 Wir bekennen uns zur Mitbestimmung der Studierenden über die Verfasste
 485 Studierendenschaft. Als rechtsfähige Interessenvertretung aller immatrikulierten
 486 Studierenden bringt sie ihre Stimme wirksam in hochschulpolitische Gremien ein
 487 und stärkt die demokratische Selbstverwaltung an den Hochschulen.

488 In den Mensen wollen wir eine möglichst regionale, gesunde und bezahlbare
 489 Ernährung ermöglichen. Wir Grüne haben das "Jugendticket BW" eingeführt und
 490 setzen uns dafür ein, es auf alle Studierenden und Auszubildenden auszuweiten.
 491 Die BAföG-Bearbeitungszeiten verkürzen wir durch Digitalisierung und
 492 Bürokratieabbau – für entsprechende Neuregelungen, die deutliche Vereinfachungen
 493 und Zeitersparnisse einbringen können, setzen wir uns gegenüber dem Bund ein.

494 Wir wollen gezielt Menschen durch auf sie zugeschnittene Beratungsprogramme
 495 unterstützen, die als erstes in ihrer Familie studieren. Denn gerade sie
 496 brauchen besonderen Rückhalt, um ihre Potenziale voll entfalten und neue
 497 Bildungswege für sich eröffnen zu können. Außerdem wollen wir noch mehr Frauen
 498 für MINT-Studiengänge begeistern, denn genau dort bringen wir den ökologischen
 499 und technologischen Wandel voran.

500 Unsere Universitäten leisten mit der Ausbildung von Medizinstudierenden einen
 501 wichtigen Beitrag zur ärztlichen Versorgung.

502 **Kapitel 2.4: Chancen ausbauen: Weiterbildung fördern und Arbeitsplätze sichern**

503 Unsere Arbeitswelt ist im stetigen Wandel. Künstliche Intelligenz,
 504 Digitalisierung und die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft
 505 verändern Arbeitsplätze und die Erwartungen an Fähigkeiten der
 506 Arbeitnehmer*innen. Wir wollen allen Menschen berufliche Weiterbildungs- und
 507 Qualifizierungsangebote ermöglichen. Damit schaffen wir Perspektiven für die
 508 Menschen im Land, die sich weiterentwickeln wollen. Wir eröffnen so
 509 Unternehmer*innen die Möglichkeit, ihre Beschäftigten weiter zu qualifizieren, um
 510 gemeinsam mit ihnen wachsen können.

511 Mit „WEITER.mit.BILDUNG@BW“ haben wir eine Weiterbildungsoffensive gestartet,
512 die Menschen neue Chancen eröffnet: Sie fördert Qualifizierungen und macht das
513 Nachholen von Berufsabschlüssen möglich. Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit
514 zu steigern, Fachkräfte zu binden und die Vernetzung zwischen Wirtschaft und
515 Weiterbildungspartnern zu stärken.

516 Diese Offensive wollen wir fortführen und zugleich weiterentwickeln, auch
517 gezielt für ältere Erwerbstätige. Programme zur Zweitausbildung haben wir
518 aufgebaut, sie sollen verstetigt werden. Zudem setzen wir auf ein
519 Qualifizierungseinkommen, das Menschen im Erwerbsleben eine Auszeit für
520 Weiterbildung ermöglicht.

521 Wir stärken Fortbildungsangebote etwa im Handwerk oder in der Landwirtschaft.
522 Außerdem wollen wir Lehrer*innen die Möglichkeit geben, Stationen in Betrieben –
523 etwa im Handwerk – zu durchlaufen, damit sie Praxisnähe direkt in ihren
524 Unterricht einbringen können. So verbinden wir Weiterbildung, Arbeitswelt und
525 Bildungssystem enger miteinander.

526 Die berufliche Weiterbildung an Hochschulen haben wir gestärkt. Denn auch
527 Hochschulen können zu führenden Partnern von Arbeitnehmer*innen und
528 Arbeitgeber*innen für lebenslanges Lernen werden.

Kapitel 3: Zuhause mit Zukunft: Unsere Lebensgrundlagen schützen



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2025
Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Wir wollen unsere Heimat bewahren, sie hat so viel zu bieten. Orchideenwiesen,
- 2 Buchenwälder, Lerchen, Bläulinge, Trockenmauern, Moore, Getreidefelder,
- 3 Hopfenplantagen: Baden-Württemberg ist das Land ökologischer Vielfalt. Doch
- 4 Natur und Landwirtschaft sind durch die Biodiversitäts- und Klimakrise bedroht –
- 5 Hitze, Dürre, Hochwasser und Artensterben fordern uns und unsere Ökosysteme.
- 6 Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft dafür ein, unsere Lebensgrundlagen und
- 7 unser schönes Baden-Württemberg zu schützen.
- 8 Wir investieren erfolgreich in den Klimaschutz, helfen den Kommunen und der
- 9 Landwirtschaft aber auch bei der Anpassung an die schon stattfindenden
- 10 Veränderungen. Zukunft gelingt nur zusammen. Wir wollen deshalb erreichen, dass
- 11 alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, beim Erhalt und Schutz unserer Heimat
- 12 mitzumachen und ganz individuell davon zu profitieren.
- 13 Für den Schutz und Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen müssen wir auf
- 14 modernste Methoden zurückgreifen. Dazu gehört für uns auch der Einsatz von High-
- 15 Tech, künstlicher Intelligenz und technischen Innovationen, um die
- 16 Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen. Erfindergeist, Gestaltungswille und
- 17 Kreativität sind auch hier die Basis für erfolgreiche Geschäftsmodelle.
- 18 **Kapitel 3.1 Klimaschutz mit Zukunft: Wir erhalten, was uns erhält**
- 19 Wir arbeiten für ein Baden-Württemberg, das klimaneutral ist und unseren Kindern
- 20 und Enkel*innen ein sicheres, lebenswertes Morgen bietet.
- 21 Wir haben es seit der Regierungsübernahme 2011 geschafft, als Vorreiter ein
- 22 verbindliches Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz sowie Sektorziele zu
- 23 verankern. Wir setzen Klimaschutz aber nicht nur auf dem Papier um – sondern er
- 24 wirkt draußen im ganzen Land: Gemeinsam mit den Baden-Württemberger*innen haben
- 25 wir den Anteil der erneuerbaren Energien in der Bruttostromerzeugung verdoppelt
- 26 und den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt. Wir sind
- 27 Spitzenreiter in der kommunalen Wärmeplanung und haben Geothermie, Abwärme,
- 28 Biogasanlagen und Flusswärmepumpen vorangebracht. In enger Zusammenarbeit mit
- 29 Unternehmer*innen und Verbänden haben wir die Weichen auf erfolgreiches,
- 30 zukunftsgerichtetes Wirtschaften gestellt, internationale Partnerschaften und
- 31 Spitzenforschung zu den klimabezogenen Technologien entwickelt und vieles mehr.
- 32 Die Erfahrung hat gezeigt, dass es ernsthaften Klimaschutz nur mit uns Grünen
- 33 gibt. Während andere nach wie vor die Zukunft verspielen wollen, nehmen wir
- 34 Klimaschutz ernst und gestalten ihn aktiv – mit Verantwortung und mit Erfolg!
- 35 Seit 2011 konnten wir die Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg massiv
- 36 reduzieren. Erste Etappenziele im Kampf gegen die Klimakrise haben wir erreicht,

jetzt gehen wir den Weg konsequent weiter, denn die Klimakrise macht keine Pause.

Wir stellen heute entschlossen die Weichen dafür, dass Baden-Württemberg im Jahr 2040 klimaneutral ist. Wir werden diesen Weg entschlossen weitergehen mit dem verbindlichen Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz und der Festlegung von Sektorzielen für das Jahr 2035 und das Jahr 2040. Damit sind alle Ministerien verpflichtet, für ihren Bereich Maßnahmen festzulegen. Mit dem CO₂-Schattenpreis beim Bau und bei Beschaffungen, der PV-Pflicht für Neubauten und Dachsanierungen und der Strategie für eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2030 ist Baden-Württemberg Vorreiter.

Wir nutzen wissenschaftliche Expertise und haben dafür einen unabhängigen Klimaschutzverständigenrat installiert. Dieser berät die Landesregierung und spricht Empfehlungen aus, wie wir die Klimaziele erreichen können. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass es richtig war, diese unabhängige Erfolgskontrolle einzurichten. Wir Grüne nehmen die Empfehlungen des Sachverständigenrats ernst und wollen sicherstellen, dass die Landesregierung mit ihren Entscheidungen auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Sachverständigenrats reagiert.

Zudem haben wir einen Klimavorbehalt für Landesprogramme geschaffen. Indem wir diesen konsequent bei Investitionen anwenden, schützen wir unser Klima.

Klimaschutz geht nicht ohne unsere Kommunen. Die Kommunen sind Schlüsselakteure der Transformation. Im Land setzen wir den Rahmen für das Erreichen unserer Klimaziele, die tatsächliche Umsetzung findet jedoch auf kommunaler Ebene statt. Wir geben den Kommunen die Mittel, um diese Verantwortung auch beim Klimaschutz wirkungsvoll wahrzunehmen.

Die grün geführte Landesregierung hat den Klimaschutzpakt zwischen Land und den Kommunalen Landesverbänden zum vierten Mal fortgeschrieben und mit weiteren finanziellen Mitteln verstärkt, um der Umsetzung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene eine Grundlage zu bieten – beispielsweise mit der Förderung von Personalstellen für die klimaneutrale Kommunalverwaltung. Wir haben regionale Energieagenturen finanziell gestärkt und mit den Koordinator*innen für Mobilität und Klimaschutz kreisweite Informationsstellen gesetzlich verankert.

Es bleibt aber keine Zeit, sich auf diesen Erfolge auszuruhen. Die voranschreitende Klimakrise ist auch in Baden-Württemberg deutlich spürbar, mit steigenden Temperaturen und zunehmenden Extremwetterereignissen. Wir sorgen jetzt mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, der Verkehrs- und Wärmewende und dem Erhalt natürlicher Kohlestoffsinken dafür, dass Baden-Württemberg Klimaschutzland Nr. 1 bleibt. Mit einer aktiven Beteiligung von Bürger*innen und bezahlbarer Energie für alle – Unternehmen und Bürger*innen – sorgen wir dafür, dass der Klimaschutz zum gesamtgesellschaftlichen Projekt wird.

Baden-Württemberg bleibt Vorreiter im Klimaschutz

Wir stehen weiterhin zu unseren Klimaschutzzielen. Dabei steht für uns fest, dass es keine Abschwächung der Klimaziele und der Sektorziele geben darf.

79 Für den Schutz unseres Klimas setzen wir vor allem auf die Einsparung von
80 Treibhausgas-Emissionen. Mit voller Kraft treiben wir die Energie- und
81 Wärmewende und die Dekarbonisierung der Industrie voran. In einigen wenigen
82 Branchen der Industrie wird es aber auch in Zukunft Emissionen geben, die nach
83 heutigem Stand der Technologie nicht zu vermeiden sind, etwa in der
84 Zementindustrie oder der industriellen Abfallverbrennung. Ausschließlich bei
85 diesen unvermeidbaren Emissionen und als letztes Mittel nutzen wir *Carbon*
86 *Capture and Usage* sowie *Carbon Capture and Storage*.

87 Um den Klimaschutz voranzubringen, wollen wir ihn als Querschnittsthema im
88 Landesentwicklungsplan verankern. Unsere natürlichen Kohlenstoffsenken – Moore,
89 Auen, Feuchtwiesen – werden wir konsequent erhalten und ausbauen.

90 Moderne Landesgebäude wie Polizeiposten, Amtsgerichte und Schulen sind nicht nur
91 wichtig für einen funktionierenden Staat, sondern sie leisten einen Beitrag zu
92 unserem Ziel „Klimaneutrale Landesverwaltung 2030“. Wir haben mit dem Energie-
93 und Klimaschutzkonzept für Landesgebäude den Weg bereitet, unsere Landesgebäude
94 energetisch so zu sanieren, umzubauen und effizient zu nutzen, dass sie ihren
95 Beitrag leisten werden. Dafür verdoppeln wir die Mittel für energetische
96 Sanierungen, treiben die Umsetzung des Energie- und Klimaschutzkonzepts sowie
97 den Ausbau von Photovoltaikanlagen für landeseigene Gebäude konsequent voran.

98 **Kommunen stärken. Verantwortung für unser Klima teilen.**

99 Die Aufgaben der Kommunen beim Klimaschutz und bei der Klimawandelanpassung
100 wachsen stetig. In der kommenden Legislaturperiode schaffen wir verlässliche
101 Finanzierungsmöglichkeiten für die Umsetzung kommunaler Klimaschutz- und
102 Klimaanpassungskonzepte. Dazu verankern wir im Land die Klimamilliarde. Über die
103 nächsten Zehn Jahre erhalten die Stadt- und Landkreise jedes Jahr Mittel aus dem
104 Landeshaushalt, die zweckgebunden für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu
105 verwenden sind.

106 Außerdem werden wir die Gemeindeordnung ändern und den kommunalen Kreditrahmen
107 für Investitionen in eine klimafreundliche, sichere und bezahlbare Energie- und
108 Wärmewende erweitern. Kommunen sollen zudem die Möglichkeit für vergünstigte
109 Kredite bei Investitionen in eine nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung
110 bekommen. Den CO₂-Schattenpreis werden wir auch für Kommunen festschreiben. Mit
111 einer Stärkung des „Kompetenzzentrums Klimawandel“ bei der LUBW wollen wir auch
112 für Kommunen eine bessere Datengrundlage hinsichtlich der Auswirkungen der
113 Klimakrise und konkreter Anpassungsmaßnahmen schaffen. Zudem wollen wir diese
114 Beratungsstrukturen weiter ausbauen.

115 Die Stadtwerke sind mit ihrer großen Glaubwürdigkeit, mit ihrer Nähe zu den
116 Endverbraucher*innen, wichtige Verbündete bei der klimaneutralen Transformation
117 des Energiesektors. Damit sie ihr Potenzial als Treiber der Energiewende
118 entfalten können, wollen wir sie bestmöglich unterstützen.

119 **Kapitel 3.2. Für die Zukunft wappnen: Wir schützen Baden-Württemberg vor Hitze** 120 **und Starkregen**

121 Wir haben in den letzten Jahren erlebt, was es bedeutet, dass unser Klima aus
122 dem Gleichgewicht geworfen wird. So nehmen Starkregenereignisse, Hitzetage und
123 Dürreereignisse dramatisch zu. Unsere Lebensgrundlagen sind dadurch ernsthaft
124 gefährdet. Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um unser Klima zu schützen. Trotz
125 unserer Anstrengungen beim Klimaschutz müssen wir uns auf ein verändertes Klima
126 einstellen und Vorkehrungen treffen, um Baden-Württemberg und seine Bürger*innen
127 vor den Auswirkungen der Klimakrise zu schützen. Wir fördern den
128 klimaresilienten Umbau unserer Dörfer und Städte, damit sie mit Hitze und
129 Wassermangel zurechtkommen.

130 Klimaanpassung wird zur selbstverständlichen Voraussetzung guter
131 Stadtentwicklung. Bisherige Maßnahmen zeigen, was möglich ist: Die
132 Klimawandelanpassungsstrategie des Landes stellt die Risiken der Klimakrise dar
133 und leitet Anpassungsstrategien für alle relevanten Handlungsfelder ab. Die
134 Wasserversorgung und -entsorgung, das Management von Starkregen und der
135 Hochwasserschutz stellen die Kommunen in Zeiten der Klimakrise vor große
136 Herausforderungen. Mit der Wassermangelstrategie, dem urbanen
137 Wasserressourcenmanagement und dem Masterplan Wasserversorgung haben wir
138 konkrete Werkzeuge für eine zuverlässige Wasserversorgung geschaffen. Doch wir
139 wollen mehr: Mit der Klimamilliarde bringen wir die Klimawandelanpassung in den
140 Kommunen entscheidend voran.

141 Wir setzen neue Standards für Klimaanpassung in der Stadtentwicklung und beim
142 Bauen, von der Verschattung bis zum Regenwasserrückhalt. Die klimaresiliente
143 Stadtentwicklung stärken wir, um unsere Kommunen vor Starkregen und Hitze zu
144 schützen. Wir setzen uns für die Förderung von Stadtbäumen, Begrünung und eine
145 Entsiegelungsprämie ein, um die Klimaresilienz in unseren Städten und Gemeinden
146 zu stärken. Damit schaffen wir gleichzeitig mehr Lebensqualität in unseren
147 Städten und leisten so einen Beitrag für die Gesundheit ihrer Bewohner*innen.
148 Die Eigenvorsorge von Bürger*innen wollen wir stärken durch Beratung und
149 gezielte Förderung.

150 Moore und Feuchtwiesen erhalten und erweitern wir als natürliche Wasserspeicher.
151 Wir gehen aber weiter: Wir entwickeln eine „Wasserversorgungsstrategie 2050“
152 gemeinsam mit allen Stakeholdern. Damit soll künftig Trinkwasser sicher und in
153 guter Qualität zur Verfügung stehen. Hierzu werden wir die Kommunen und
154 Wasserversorger bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen unterstützen. Zudem
155 wollen wir stärkere Anreize über einen gestaffelten Wasserpreis für einen
156 sparsamen Umgang mit Wasser setzen. Wir wollen unser Grundwasser wirksam vor
157 Belastungen schützen und naturnahe Hochwasserrückhalteräume ausbauen. Unser Ziel
158 ist eine Landschaft, die Wasser speichert, nicht ableitet. Ebenso werden wir den
159 technischen und ökologischen Hochwasserschutz im Land sowie das
160 Starkregenrisikomanagement weiter stärken. Durch die Förderung von Maßnahmen wie
161 der Schaffung von Schwammstädten und Schwammlandschaften können
162 Hochwasserspitzen vermieden und kann in Trockenperioden mehr Wasser
163 bereitgestellt werden.

164 Durch die Renaturierung von Flussläufen stärken wir nicht nur den
165 Hochwasserschutz, sondern schaffen auch neuen Lebensraum für seltene Tier- und

166 Pflanzenarten. Unsere Flüsse sollen perspektivisch so sauber werden, dass man
167 wieder in ihnen schwimmen kann. Den Katastrophenschutz und die Feuerwehren, die
168 die Klimakrise durch Zunahme von Extremwetterereignissen an seine Grenzen bringt,
169 werden wir stärken.

170 **Kapitel 3.3: Klimaschutz mit Zukunft: klimaneutral, dezentral und gerecht**

171 Klimaschutz ist eine gemeinsame Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn er von
172 allen Bürgern*innen mitgetragen wird. Deswegen denken wir Klimaschutz und
173 soziale Gerechtigkeit zusammen.

174 Im Gegensatz zu konventionellen Kraftwerken sind Bürgerenergieanlagen dezentral.
175 Bürgerenergieanlagen tragen damit zu einer resilienten Energieversorgung vor Ort
176 und der Unabhängigkeit von fossilen Energielieferungen bei. Mit der
177 Unterstützung von Bürgerprojekten können wir außerdem die regionale
178 Wertschöpfung fördern, weil Gewinne aus der Energieerzeugung in der Region
179 bleiben. Mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten, bei der Gründung von
180 Energiegenossenschaften, haben wir bereits in der Vergangenheit dafür gesorgt,
181 dass alle Bürger*innen auch ohne große finanzielle Kapazitäten am Klimaschutz
182 teilhaben und finanziell profitieren können.

183 **Energie in der Hand von Bürger*innen**

184 Viele Bürger*innen wollen selbst einen Beitrag zu einer nachhaltigen
185 Energieversorgung leisten: Sie lassen Photovoltaik-Anlagen auf ihren Hausdächern
186 anbringen, installieren ein Steckersolargerät auf dem Balkon oder schließen sich
187 in Bürgerenergiegenossenschaften zusammen, um in ihrer Kommune ein Windrad zu
188 errichten. Wir unterstützen konsequent Energieprojekte in Bürger*innenhand.
189 Baden-Württemberg ist heute das Flächenland mit der höchsten Dichte an
190 Energiegenossenschaften.

191 Wir wollen die Bürger*innen Baden-Württembergs noch stärker als bisher zu den
192 Profiteuren des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen. Hierfür wollen wir ein
193 Bürgerenergiegesetz unter Berücksichtigung der Standortbedingungen auf den Weg
194 bringen, um den Kommunen zusätzliche Einnahmen durch den Ausbau von Windkraft zu
195 ermöglichen. Mit der Einführung einer Startfinanzierung für
196 Bürgerenergiegenossenschaften schaffen wir neue Spielräume.

197

198 Wir wollen Modell-Projekte für bidirektionales Laden schaffen, damit
199 Elektroautos integraler Bestandteil eines modernen Stromnetzes in Baden-
200 Württemberg werden. Denn wer mit dem Verkaufen von Strom aus dem eigenen Auto
201 Geld verdienen kann, dem macht die Elektromobilität noch mehr Spaß.
202 Wir fördern Modellprojekte für bidirektionales Laden – damit Elektroautos nicht
203 nur fahren, sondern auch Strom zurück ins Netz speisen können. Wer mit dem
204 eigenen Auto Strom verkauft, erlebt Energiewende ganz praktisch – und profitiert
205 davon.

206 **Unsere klimasoziale Politik für Baden-Württemberg**

207

208 Beides sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich – und müssen deshalb
209 gemeinsam gedacht werden. Wir wollen deshalb mit Investitionen in den

210 Klimaschutz auch die soziale Gerechtigkeit im Land stärken. Wir wollen ein
 211 Förderprogramm für die energetische Sanierung von sozialem Wohnraum und großen
 212 Mietshäusern auflegen, damit die Nebenkostenabrechnung für Mieter*innen, die
 213 besonders unter hohen Kosten leiden, spürbar sinkt. Gerecht ist auch, wenn
 214 diejenigen, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, besonders
 215 geschützt werden. Hitzeschutzmaßnahmen wie Fassadenbegrünungen oder
 216 Trinkwasserbrunnen schützen vulnerable Gruppen und schaffen mehr
 217 Aufenthaltsqualität – gerade für Familien und Menschen mit kleinerem Geldbeutel,
 218 die sich keinen eigenen Garten leisten können.

219 **Kapitel 3.4.: Zukunft voller Leben – Natur und Tiere schützen und die Vielfalt** 220 **der Arten bewahren**

221 Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern Lebensgrundlage – für uns und unsere
 222 Kinder. Diese Lebensgrundlage müssen wir erhalten, um auch morgen gut leben zu
 223 können. Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, in dem Menschen die Natur
 224 erleben und schützen. Naturbildung und Erlebnisse in der Umwelt schaffen
 225 Verbundenheit und Verantwortung. Wir wollen Natur für alle Menschen in Baden-
 226 Württemberg zugänglich machen. Schon heute sind der Nationalpark,
 227 Biosphäregebiete, Naturparks und Lehrpfade starke Anker für Umweltbildung.

228 Ein Baden-Württemberg voller summender Wiesen, lebendiger Wälder und
 229 artenreicher Landschaften – das ist unsere Vorstellung von einer lebenswerten
 230 ökologischen Zukunft. Mit dem ersten Biodiversitätsstärkungsgesetz im
 231 Bundesgebiet hat Baden-Württemberg Geschichte geschrieben. Wichtige
 232 Zwischenziele zur Stärkung der Artenvielfalt haben wir bereits erreicht. Ein
 233 landesweiter Biotopverbund wurde auf zehn Prozent der Landesfläche aufgebaut.
 234 Mit unserer Artenschutzoffensive mit Programmen für Feldvögel, Amphibien und
 235 Insekten ist es beispielsweise gelungen, den Bestandsrückgang bei Rebhühnern,
 236 Kiebitzen, Wildbienen und Schmetterlingen zu stoppen. Die Erweiterung des
 237 Nationalparks Schwarzwald ist ein großer Erfolg für den Artenschutz und die
 238 Biodiversität in Baden-Württemberg, auf den wir stolz sind. Die Verbindung der
 239 beiden bisher getrennten Gebiete des Nationalparks ermöglicht eine ungestörte
 240 Entwicklung von Flora und Fauna. Mit dem Biosphäregebiet Südschwarzwald und der
 241 Erweiterung des Biosphäregebiets Schwäbische Alb setzen wir starke Zeichen für
 242 eine lebendige Kulturlandschaft. Unsere naturnahen Wälder, FFH-Mähwiesen und
 243 Streuobstwiesen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für das Klima und die
 244 Artenvielfalt.

245 **Vielfalt bewahren – Naturschutz und Biodiversität als Lebensversicherung**

246 Wir setzen diese Arbeit zum Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und zur
 247 Stärkung des Naturschutzes fort. Wir werden für einen Aufwuchs der
 248 Naturschutzmittel sorgen, führen den Dialog zwischen Naturschutz und
 249 Landwirtschaft fort und bauen die Biodiversitätsberatung im Land aus. Wir setzen
 250 auf einen naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien, beispielsweise
 251 mit Agri-Photovoltaik, mit Biodiversitäts-Solarparks und KI-unterstützten
 252 Abschaltvorrichtungen zum Vogelschutz. Darüber hinaus bauen wir den
 253 Biotopverbund auf 15 Prozent bis 2030 weiter aus. Bis 2030 werden wir die
 254 gesetzten Ziele zum Biotopverbund, zur Ausweisung von Flächen als Lebens- und

255 Rückzugsräume für Tier- und Pflanzenarten des Offenlandes, zur Reduktion von
 256 Pestiziden und zum Ökolandbau erreicht haben. Wir stärken die
 257 Artenhilfsprogramme für windkraftsensiblen Arten und das Sonderprogramm zur
 258 Stärkung der biologischen Vielfalt. Wir setzen uns für eine Reduktion des
 259 landesweiten Flächenverbrauchs ein und wollen die sogenannte Netto-Null
 260 erreichen. Geschädigte Lebensräume werden wir wieder aufbauen und die EU-
 261 Wiederherstellungsverordnung im Land umsetzen.

262 Schutzgebiete nach Naturschutzrecht stellen wir in die Zuständigkeit des
 263 Naturschutzes. Bis 2030 werden wir über 4.000 Hektar Moorböden wiedervernässen.
 264 Die Ackernutzungen auf Moorböden wollen wir konsequent auf Nachhaltigkeit
 265 umstellen. Hierfür setzen wir auf attraktive Förderungen für Landwirt*innen für
 266 eine moorerhaltende Bewirtschaftung. Wir passen das Instrument der
 267 Flurneuordnung an, vereinfachen den Flächenankauf und aktivieren auch privates
 268 Kapital, um Moorschutzprojekte schneller umsetzen zu können. Projekte wie die
 269 der Klimaschutzstiftung Baden-Württemberg dienen dabei als Vorbild.

270 **Natur erleben - Zugang und Bildung für alle**

271 Wir wollen Umweltbildung in allen Lebensbereichen stärken – in Schulen, in der
 272 außerschulischen Bildung und in kommunalen Angeboten. Bildungsarbeit für
 273 Biodiversität und Klimaschutz sehen wir als Grundpfeiler einer aufgeklärten
 274 Gesellschaft. Das Freiwillige Ökologische Jahr soll wachsen und vielfältiger
 275 werden. Schutzgebiete machen wir zugänglich und erlebbar. Gleichzeitig wollen
 276 wir mehr Natur in den Alltag der Städte bringen – durch grüne Schulhöfe,
 277 renaturierte Stadträume und wohnortnahe Erholungsräume.

278 **Kapitel 3.5. Zukunft sichern: Landwirtschaft und Ernährung stärken, Wald und** 279 **Tiere schützen**

280 Unsere Landwirtschaft prägt einzigartige Kulturlandschaften vom Bodensee bis zum
 281 Odenwald, eine bäuerliche und handwerklich geprägte Kultur ist allgegenwärtig.
 282 Landwirtschaft ist die Grundlage unserer Ernährung, ein prägendes Element
 283 unserer Landschaften und Teil unserer kulturellen Identität. In Zeiten
 284 steigender Kosten, wachsender Unsicherheiten und internationaler Krisen braucht
 285 es eine Landwirtschaftspolitik, die regional verwurzelt, fair und zukunftssicher
 286 ist – für gesunde Lebensmittel und starke Höfe im ganzen Land.

287 Mit der Kantinenrichtlinie haben wir es bereits geschafft, dass in
 288 Landeskantinen verbindlich regional-ökologisches Essen angeboten wird. Um das
 289 Thema nachhaltiges Lebensmittelangebot auch vor Ort besser zu verankern, fördern
 290 wir weiterhin Ernährungsräte, die beispielsweise Bürger*innen über
 291 Veranstaltungen und Schulungen vor Ort über gesunde und nachhaltige Ernährung
 292 aus regionaler Erzeugung informieren. Zudem unterstützen wir vielfältige
 293 Maßnahmen und Aktionen zur Verringerung der Lebensmittelverschwendung, unter
 294 anderem zeigt sich dabei eine messbare Verringerung in Modellkantinen.

295 Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg sind kleinstrukturiert, aber hoch
 296 innovativ. Fläche in Zukunft doppelt nutzen, beispielsweise mit Agri-PV über
 297 Obst und Gemüse, und dabei noch Pflanzenschutz einsparen, das ist Baden-
 298 Württemberg. Robotik einsetzen, um Bodenbrüter wie die Feldlerche zu schützen,

299 das ist ebenfalls Baden-Württemberg. Hightech und Tradition, bestes Essen und
300 wunderschöne Landschaften, das macht unser Bundesland aus.

301 Um das Ziel einer zukunftssicheren Landwirtschaft zu erreichen, müssen die Ideen
302 und Perspektiven aller relevanten Akteur*innen berücksichtigt werden. Wir haben
303 den Strategiedialog Landwirtschaft geschaffen, um beispielsweise Handel,
304 Landwirtschaft Naturschutz und Verbraucherschutz an einen Tisch zu bringen und
305 gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, um die kleinstrukturierte, bäuerliche
306 Landwirtschaft zu erhalten und die biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft
307 zu stärken. Die Landesregierung unterstützt diese Maßnahmen mit mehr als hundert
308 Millionen Euro. Wir haben in Baden-Württemberg den Ökolandbau seit 2011
309 verdoppelt und den Pflanzenschutzmitteleinsatz kontinuierlich verringert.
310 Insbesondere im Weinbau sind wir durch die Förderung von Pheromon-Verfahren
311 einen großen Schritt weitergekommen. Ein Teil der landwirtschaftlichen Betriebe
312 in Landesbesitz sowie ein Teil der verpachteten Landesflächen wurden inzwischen
313 auf Ökolandbau umgestellt. Die Agrarförderung wurde an Natur- und
314 Klimaschutzanforderungen ausgerichtet.

315 Tierschutz ist Staatsziel und unser besonderes Anliegen. Wir wollen Tierhaltung
316 so gestalten, dass Tiere als empfindsame Lebewesen in ihren Bedürfnissen
317 respektiert werden. Dafür müssen Tiere besser geschützt werden. Unsere Vision
318 ist ein Baden-Württemberg, in dem auch Wildtiere einen Lebensraum haben und das
319 ökologische Gleichgewicht gewahrt bleibt. Wir machen uns stark für unsere
320 heimische Artenvielfalt und aktiven Natur- und Artenschutz, der durch modernes
321 Wildtiermanagement ermöglicht wird.

322 In Baden-Württemberg haben wir mit unserem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz
323 (JWMG) das ökologischste Jagdgesetz in ganz Deutschland, das sich bewährt hat.

324 Baden-Württemberg ist ein Land, in dem Wälder nicht nur Holz liefern, sondern
325 Rückzugsorte, CO₂-Speicher, Wasserquellen und Heimat für Tiere und Pflanzen
326 sind. Unsere Wälder müssen angesichts der Klimakrise widerstandsfähiger und
327 vielfältiger werden. Im Landeswaldgesetz haben wir mehr Ökologie für den
328 Staatswald verankert. Der Staatswald wurde FSC-zertifiziert und erfüllt damit
329 internationale Kriterien einer ökologischen und sozialen Bewirtschaftung ohne
330 Pflanzenschutzmittel. Unsere Wälder sind die Grundlage für unseren wichtigsten
331 Rohstoff für nachhaltiges Bauen: Holz. Bei den Landesgebäuden haben wir eine
332 Holzbauquote von über 50 Prozent! Unsere Holzbauinitiative bringt Wertschöpfung
333 für die ländlichen Räume und unterstützt das Erreichen von Klimaschutzzielen für
334 Baden-Württemberg.

335 **Landwirtschaft, die trägt - heute und morgen**

336 Baden-Württemberg hat mit dem Strategiedialog Landwirtschaft einen bundesweit
337 einzigartigen Weg eingeschlagen. Mit allen Beteiligten wurde ein
338 Gesellschaftsvertrag geschlossen, der klar macht: Landwirtschaft ist eine
339 gemeinsame Aufgabe – von Politik, Gesellschaft, dem Handel und den Betrieben
340 selbst. Unsere Landwirt*innen stehen vor großen Herausforderungen: steigende
341 Betriebskosten, Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der Landwirtschaft,
342 geringe Planungssicherheit und unattraktive Bedingungen für eine Hofnachfolge.

343 Dafür hat der Strategiedialog in fünf Arbeitsgruppen sowie in einem Bürgerforum
344 Lösungsansätze gefunden.

345 Wir unterstützen die Umsetzung der Ergebnisse des Strategiedialogs.
346 Landwirtschaftliche Betriebe können dadurch langfristig robuster auf Klimakrise,
347 gesellschaftliche Anforderungen und Krisen reagieren und die Betriebsnachfolge
348 sichern. Für Junglandwirt*innen braucht es eine individuelle Unterstützung, die
349 sich am jeweiligen Betriebskonzept orientiert. Wir arbeiten unter
350 Berücksichtigung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse an Konzepten, um
351 Insekten, Pilzen und Bakterien, die unsere Ernten und die Wirtschaftlichkeit der
352 Höfe klimabedingt bedrohen, schnell und vor allem nachhaltig begegnen zu können
353 – damit aus Familienhöfen wieder Zukunftshöfe werden.

354 Aber auch Natur- und Klimaschutz müssen sich für die Landwirt*innen stärker
355 lohnen. Wertschöpfung aus unseren landwirtschaftlich genutzten
356 naturschutzfachlich wertvollen Flächen wollen wir unterstützen. Wir setzen uns
357 deshalb für eine einkommenswirksame Komponente bei den Agrarumweltmaßnahmen ein
358 und wollen dort ein Probejahr einführen, in dem geförderte landwirtschaftliche
359 Unternehmen die Maßnahmen ohne mehrjährige Verpflichtung umsetzen und
360 anschließend bewerten können. Mit der Förderung von Grünland und Weidewirtschaft
361 leisten wir auch einen Beitrag zum Erhalt unserer wertvollen Kulturlandschaften.
362 Auch beim Thema Moorschutz setzen wir auf einen integrativen Ansatz:
363 Landwirtschaft und Naturschutz gehen hier gemeinsam neue Wege – beispielsweise
364 über eine moorerhaltende Bewirtschaftung der Flächen, bei der wir neue
365 attraktive Einkommensmöglichkeiten für Landwirt*innen schaffen. Nachhaltige
366 Biogaszeugung bleibt ein wichtiger Baustein der Energiewende. Für bessere
367 Rahmenbedingungen zur Umrüstung der Anlagen hin zu Reststoffen wie Bioabfällen
368 und Wärmenutzung setzen wir uns auf europäischer Ebene und beim Bund ein.

369 Die Fischerei – beruflich wie als Hobby – leistet einen wichtigen Beitrag zum
370 Schutz der Gewässer und der Uferbereiche, hier wollen wir weiterhin unterstützen
371 – gerade bei Maßnahmen wie der Beschattung von Gewässern, die dem Schutz von
372 Fischen und Gewässern vor den Auswirkungen der Klimakrise dienen. Die Schäferei
373 und die Ziegenhaltung leisten durch die naturnahe und überwiegend extensive
374 Wirtschaftsweise einen wichtigen Beitrag zur Pflege und Erhaltung des Grünlands
375 und besonders wertvoller Kulturlandschaften. Wir wollen sie im Rahmen der
376 Agrarumweltmaßnahmen und der Tierprämien weiter finanziell unterstützen.
377 Gemeinsam mit den Verbänden erarbeiten wir Ideen, wie wir die Nachwuchsgewinnung
378 und -sicherung in Schäferei und Ziegenhaltung voranbringen können.

379 **Für einen starken Verbraucherschutz im Land**

380 Faire Verträge und einklagbare Verbraucherrechte – darauf müssen sich
381 Verbraucher*innen in Baden-Württemberg verlassen können. Gerade in Zeiten
382 steigender Lebenshaltungskosten kann und muss Verbraucherschutz dazu beitragen,
383 das Leben einfacher zu machen und Menschen vor unfairen Preisen, Intransparenz
384 und Betrug zu schützen.

385 Wir sorgen für eine gute Finanzierung der Verbraucherzentrale (Baden-
386 Württemberg) und wollen auch die Arbeit des Zentrums für europäischen

387 Verbraucherschutz in Kehl finanziell stärker unterstützen. Die Möglichkeit der
 388 Sammelklagen durch die Verbraucherzentrale werden wir von Seiten des Landes
 389 stärken.

390 Verbraucherbildung hat für uns eine zentrale Bedeutung im Verbraucherschutz. Wir
 391 werden alle im Verbraucherschutz Beteiligten einbinden und eine neue Konzeption
 392 für Verbraucherbildung erstellen – dabei muss das für Verbraucherschutz
 393 zuständige Ministerium die Federführung haben. Zentral ist für uns die
 394 Gewährleistung einer von Wirtschaftsinteressen unabhängigen Verbraucherbildung.

395 Digitaler Verbraucherschutz ist wichtiger denn je. Der digitale Fairnesscheck
 396 der EU-Kommission ergab erhebliche rechtliche Lücken, die geschlossen werden
 397 müssen. Wir starten eine Bundesratsinitiative zur Umsetzung der zentralen
 398 Ergebnisse des digitalen Fairnesschecks. Dazu gehört auch die
 399 verbraucherfreundliche Regulierung von Online-Märkten wie TEMU oder SHEIN.

400 Wir werden an die Erfolge der aufsuchenden Verbraucherarbeit anknüpfen, bei der
 401 durch niedrigschwellige Angebote im direkten Wohnumfeld
 402 Verbraucherschutzinformationen an die Hand gegeben werden. Alle Menschen in
 403 Baden-Württemberg sollen besseren Zugang zu Dienstleistungen der
 404 Verbraucherzentrale und weiterer beratender Einrichtungen haben. Wir prüfen, wie
 405 wir die aufsuchende Verbraucherarbeit in das Stadtentwicklungsprogramm „Quartier
 406 2030“ einbinden können.

407

408 Wir setzen uns mit einer Bundesratsinitiative für transparente Spritpreise nach
 409 österreichischem Vorbild ein. Indem Benzinpreise nur noch einmal täglich erhöht
 410 werden dürfen, sorgen wir für klarere Preisstrukturen. Verbraucher*innen sollen
 411 nicht mehr durch falsche Lockangebote getäuscht werden.

412 **Wertschöpfung im Land behalten & Qualität von Lebensmitteln stärken**

413 Wir stellen uns ein Baden-Württemberg vor, in dem Landwirtschaft und
 414 Verarbeitung Hand in Hand gehen – vom Acker bis in die Bäckerei, vom Apfelbaum
 415 bis in die Schulmensa.

416 Gesunde, regionale Lebensmittel liegen im Trend – doch viele heimische
 417 Erzeuger*innen kämpfen mit Verdrängung durch Billigimporte, schwacher
 418 Marktstellung und fehlender Verarbeitungsinfrastruktur. Gleichzeitig steigt das
 419 Bedürfnis nach mehr Transparenz, Regionalität und Qualität.

420 Zur Sicherung der Wertschöpfungsketten, des Ökolandbaus und der
 421 Qualitätsstrategie des Landes setzen wir uns für den Schutz der gentechnikfreien
 422 Land- und Lebensmittelwirtschaft und damit für Wahlfreiheit für
 423 Verbraucher*innen und Landwirt*innen ein. Information, Transparenz und
 424 Kennzeichnung sind elementar für einen funktionierenden Verbraucherschutz. Die
 425 baden-württembergischen Qualitätszeichen für Lebensmittel bleiben gentechnikfrei
 426 sowohl im Anbau als auch beim Tierfutter. Bis 2040 wollen wir in den
 427 Landeskantinen 70 Prozent regionales Essen, frisch, lecker und klimagerecht,
 428 anbieten. Auch die Uni-Mensen und Kantinen der Uni-Kliniken wollen wir
 429 einbeziehen. Außerdem wollen wir die Kantinenrichtlinie in einer Modellregion
 430 auf alle öffentlichen Träger ausdehnen. Das stärkt unsere Landwirt*innen, die

431 regionale Esskultur und Identität. Sie ist auch ein wichtiger Baustein zur
432 Ernährungssicherung.

433 Gesundheitsvorsorge durch gesunde Ernährung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir
434 werden die Ernährungsstrategie des Landes überprüfen und weiterentwickeln sowie
435 Prävention und Aufklärung gemeinsam mit den Akteur*innen des Gesundheitssektors
436 voranbringen. Unser Ziel ist es, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg in
437 Zukunft gesund und nachhaltig ernähren können. Deshalb wollen wir die
438 Ernährungsstrategie des Landes weiterentwickeln – gemeinsam mit
439 Gesundheitsexpert*innen, Landwirtschaft und Bildung. In Schulen, Kitas und
440 Hochschulen sollen gesunde und regionale Angebote Standard werden. Wir setzen
441 auf mehr Bildungsangebote zur Ernährung, von der Kita bis zur Berufsschule. So
442 sichern wir nicht nur den Absatz unserer landwirtschaftlichen Produkte – wir
443 legen auch das Fundament für eine bewusste, gesunde und faire Ernährung im
444 ganzen Land.

445 Um die Verfügbarkeit der regionalen Lebensmittel zu erhöhen, ist eine weitere
446 Bündelung der Erzeuger*innen in Erzeugergemeinschaften nötig. Das werden wir
447 unterstützen! Die Marktstellung der Landwirt*innen innerhalb der
448 Wertschöpfungskette werden wir auch in den Qualitätszeichen des Landes
449 nachhaltig stärken.

450 Baden-Württemberg soll als einzigartige Region überall auf der Welt erkennbar
451 sein. Seien es unsere wunderbaren Landschaften und Kulturdenkmäler oder unsere
452 regionalen Spezialitäten – Baden-Württemberg muss EINE Marke werden. Wir werden
453 die bisher getrennt laufenden Teilbereiche der Landesvermarktung, nämlich das
454 Tourismusmarketing, das Lebensmittelmarketing und das Landesmarketing unter
455 einem Dach zusammenführen. Das ist Baden-Württemberg.

456 **Vielfalt und Nachhaltigkeit unserer Landwirtschaft stärken**

457 Baden-Württembergs Landwirtschaft ist bunt und vielfältig und geprägt von
458 Erfahrung, Handwerk und Verantwortung. Unsere Kulturlandschaften – mit
459 Streuobstwiesen, Weinbau und Weidewirtschaft – sind nicht nur schön, sondern
460 Teil der kulturellen Identität Baden-Württembergs. Doch wirtschaftlicher Druck
461 und Flächenkonkurrenz setzen den Betrieben zu.

462 Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene und im Bund für
463 Umverteilungsprämien und Erschwerungszulagen zugunsten unserer vielfältigen
464 kleinstrukturierten Landwirtschaft ein. Um die Vielfalt und den besonderen
465 Charakter unserer Landwirtschaft zu erhalten, werden wir das Streuobstland
466 Baden-Württemberg stärken und unsere Streuobstkonzepktion konsequent umsetzen.
467 Dazu schmieden wir mit den Kommunen eine Allianz, um unsere Streuobstwiesen in
468 gemeinsamer Anstrengung zu erhalten. Wir werden Streuobstmodellregionen in
469 großen Streuobsthotspots in Baden und Württemberg gemeinsam mit engagierten
470 Kommunen gründen und sehen dafür einen Streuobstfonds vor. Wir stärken die
471 ökologische Landwirtschaft. Dafür wollen wir landesweit vier
472 Wertschöpfungskettenmanager*innen einstellen, die den Ausbau des Ökolandbaus
473 entlang der gesamten Kette überregional begleiten.

474 Wir wollen unsere kulturhistorisch einmaligen und touristisch attraktiven
 475 Weinbaulandschaften erhalten. Dies gilt insbesondere für Kernlagen und
 476 ökologisch wertvolle Steillagen. Das Weinbaugebiet Baden-Württemberg muss sich neu
 477 erfinden. Mit dem Zukunftsforum Weingewirtschaften reformieren wir das
 478 Genossenschaftsmodell hin zu mehr robusten Rebsorten und einem zentral
 479 organisierten Pflanzenschutz als Turbo für den Bio-Weinbau.

480 **Tiere konsequent schützen - in der Landwirtschaft und zuhause**

481 Unsere Landwirtschaft trägt Verantwortung – nicht nur für unsere Lebensmittel,
 482 sondern auch für Tiere und Umwelt. Wir wollen dabei unterstützen, die
 483 Haltungsbedingungen für Nutztiere weiter zu verbessern. Das bedeutet auch, die
 484 Züchtung stärker auf Tiergesundheit und Züchtungsrassen, die nicht einseitig
 485 auf ein Leistungsmerkmal ausgerichtet sind, zu setzen und das Wohlbefinden der
 486 Tiere auch bei Transport und Schlachtung zu gewährleisten. Wir werden das
 487 unabhängige Amt der Landesbeauftragten für Tierschutz fortführen.

488 **Wildtiere schützen und heimische Artenvielfalt erhalten**

489 Wir setzen uns auch in Zukunft für ein ganzheitliches und tierschutzgerechtes
 490 Wildtiermanagement ein, das alle wildlebenden Tiere in den Blick nimmt, den
 491 Erhalt überlebensfähiger Wildtierpopulationen in unserer Kulturlandschaft
 492 gewährleistet und gleichzeitig Zielkonflikte zwischen Naturschutz und
 493 Landwirtschaft entschärft. Konkret werden wir ein landesweites
 494 wissenschaftsbasiertes und tierschutzgerechtes Rotwildmanagement mit
 495 entsprechendem Monitoring und Fachberatung etablieren. Unseren
 496 Generalwildwegeplan werden wir aktualisieren und umsetzen. Er ermöglicht die
 497 Vernetzung von Populationen und damit genetischen Austausch. Invasive Arten und
 498 Neozoen gefährden zunehmend die heimische Biodiversität. Deshalb werden wir
 499 außerdem einen „Maßnahmenplan Neozoenmanagement“ etablieren und umsetzen.

500 Unser Jagd- und Wildtiermanagementgesetz werden wir entlang der aktuellen
 501 wildbiologischen Erkenntnisse, den Erfordernissen des Waldumbaus, des Tier- und
 502 Naturschutzes sowie zur effektiven Eindämmung invasiver Arten weiterentwickeln.

503 **Wälder schützen - Zukunft sichern**

504 Die Auswirkungen der Klimakrise treffen unsere Wälder mit voller Wucht:
 505 Trockenheit, Stürme und Schädlinge lassen große Flächen absterben. Viele
 506 Bürger*innen erleben das hautnah – beim Spaziergang durch lückige Wälder, bei
 507 Hitzewellen ohne Schatten oder durch steigende Holzpreise. Gleichzeitig steigt
 508 der Bedarf an dem nachhaltigem Baustoff Holz, und die Bedeutung des Waldes als
 509 CO₂-Senke nimmt zu. Doch mit den Schäden wachsen auch die Herausforderungen für
 510 die Waldbesitzer*innen, die Forstverwaltung und die Politik. Besonders im
 511 Privatwald fehlt es häufig an Ressourcen für Pflege und Umbau.

512 Deshalb führen wir den Waldumbau aktiv fort. Wir machen unsere Wälder fit für
 513 die Zukunft – klimaresilient, artenreich und multifunktional. Mit arten- und
 514 strukturreichen Mischwäldern sichern wir die Speicherfunktion für CO₂ und
 515 schaffen Lebensräume für bedrohte Arten. Der öffentliche Wald hat dabei
 516 Vorbildfunktion: Wir setzen das Landeswaldgesetz konsequent ökologisch um, bauen

517 die Waldstrategie und das Konzept für Waldnaturschutz aus und fördern gezielt
518 die Wiedervernässung von Waldmooren. In Verantwortung für unsere öffentlichen
519 Wälder wollen wir gemeinsam mit den Kommunen Waldnaturschutz und Klimaschutz im
520 Wald weiter voranbringen. Zugleich stärken wir den Waldumbau im Privatwald: Wir
521 unterstützen durch Beratung und Förderung.

Kapitel 4: Baden-Württemberg bietet Perspektive: Überall gut leben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2025
Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Baden-Württemberg ist ein vielfältiges Land, das zusammen stark ist. Von
- 2 Metropolen wie Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe bis zu Dörfern mit wenigen
- 3 hundert Einwohner*innen gibt es alles. Jede Gemeinde, jeder Ort, jede Landschaft
- 4 eröffnet ihre ganz eigene Perspektive. Gerade die Mischung aus pulsierenden
- 5 Städten und vielfältigen ländlichen Räumen macht unser Land einzigartig und
- 6 stark.
- 7 Aber ganz unabhängig davon, wo jemand lebt – als Land mit Perspektive ist es
- 8 unser Anspruch, dass Menschen überall in Baden-Württemberg gut und sicher leben
- 9 und sich wohlfühlen kann. Und dabei geht es uns insbesondere darum, dass der
- 10 Alltag gelingt, wenn die Lern- und Arbeitsverhältnisse attraktiv sind. Dafür
- 11 machen wir Politik. Ganz konkret heißt das:
- 12 Mobilität muss alltagstauglich, klimafreundlich und bezahlbar und sein – ob auf
- 13 dem Land oder in der Stadt und ob für Pendler*innen in Auto, Bus oder Bahn oder
- 14 beim Transport von Wirtschaftsgütern. Wir investieren daher in Sanierung und
- 15 Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, in Brücken und Straßen, und in einen
- 16 zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehr. Und gleichzeitig steigen wir die
- 17 Lebensqualität vielerorts: Wir binden ländliche Räume mit Bus und Bahn ein und
- 18 ermöglichen einen dichteren Takt im Nahverkehr, fördern sichere Fuß- und Radwege
- 19 und bauen barrierefreie Mobilitätsangebote aus.
- 20 Ein gutes Leben darf keine Frage der Postleitzahl sein. Bezahlbares Wohnen und
- 21 Orte mit lebendigen sozialen Beziehungen sind dafür in der Großstadt wie auf dem
- 22 Land Voraussetzung. Mit der Wohnraumförderung des Landes, dem Quartiersprogramm
- 23 und der Landesförderung für den ländlichen Raum kümmern wir uns darum, dass
- 24 Menschen überall in Baden-Württemberg so wohnen können, wie es zu ihren
- 25 Bedürfnissen passt.
- 26 Fast in jeder Familie kommt es irgendwann dazu, dass jemand gepflegt werden
- 27 muss. Wer Angehörige pflegt, braucht Unterstützung: Wir wollen Familien
- 28 entlasten und setzen auf wohnortnahe Pflege, niederschwellige
- 29 Unterstützungsangebote und bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte. Und
- 30 zu einem guten Leben überall im Land gehört für uns selbstverständlich eine
- 31 qualitativ hochwertige und gut erreichbare Gesundheitsversorgung dazu.
- 32 Wie vielfältig unser Land ist, zeigt sich in Kunst und Kultur. Von der
- 33 Blaskapelle bis zum Club, vom Heimatmuseum bis zur freien Szene – im
- 34 Stadtviertel wie im Dorf. Kunst und Kultur ist von unschätzbarem Wert für den
- 35 Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, indem sie Menschen zusammenbringt und
- 36 Identität stiftet. Diesen Stellenwert von Kultur erhalten wir, indem Kunst,
- 37 Musik und Kultur Kindern von Anfang zugänglich und erfahrbar machen und wir

38 beispielsweise Jugendmusik- und Jugendkunstschulen im ganzen Land fördern.
 39 Kultur und Vereine bringen unterschiedlichste Menschen zusammen. Auch das macht
 40 unsere Heimat so reich.

41 **Kapitel 4.1. Mobilität mit Perspektive: Zuverlässig unterwegs im ganzen Land**

42 Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe an unserer Gesellschaft.
 43 Sie verbindet Menschen mit Orten, mit Chancen, mit Alltag. Doch die Realität ist
 44 manchmal noch anders: Zugverspätungen, Stau, unzuverlässige Verbindungen,
 45 Barrieren und hohe Kosten erschweren den Zugang. Unsere Vision bleibt ein Baden-
 46 Württemberg, in dem Mobilität für alle funktioniert – zuverlässig, barrierefrei,
 47 bezahlbar, klimafreundlich. Und das überall im Land, in Stadt und Land, am
 48 Lenker und am Steuer, in Bussen und Bahnen. Dafür haben wir viel erreicht, und
 49 in den nächsten fünf Jahren noch mehr vor.

50 In den vergangenen 15 Jahren haben wir den Bus- und Bahnverkehr ausgebaut,
 51 deutlich günstiger und einfacher gemacht. Das ist täglich spürbar. Die Städte
 52 sind attraktiver geworden und die ländlichen Räume deutlich besser angebunden.
 53 Auch das Angebot und die Taktung im Busverkehr haben sich wesentlich verbessert.
 54 Mit dem „BW-Tarif“, dem „Deutschlandticket“ und dem „D-Ticket JugendBW“ ist das
 55 Bahn- und Busfahren so günstig und einfach wie nie zuvor.

56 Wir Grüne kämpfen dafür, dass auch in Zukunft Tarife und für alle bezahlbar
 57 bleiben. Denn ein gut ausgebauter, zuverlässiger und bezahlbarer Bus- und
 58 Bahnverkehr führt nicht nur zu mehr Klimaschutz und weniger Verkehr auf den
 59 Straßen, sondern ist eine Basis für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.
 60 Vielerorts hat die Aufwertung und Begrünung der Ortsmitten durch Unterstützung
 61 der grün-geführten Landesregierung die Lebensqualität deutlich verbessert. Durch
 62 eine aktive Fußverkehrsförderung sind für viele Menschen alltägliche Wege
 63 leichter und sicherer zu Fuß möglich als zuvor. Zugleich haben Rahmenbedingungen
 64 für den Hochlauf der Elektromobilität geschaffen und dafür gesorgt, dass das
 65 Laden von E-Fahrzeugen im ganzen Land einfach möglich ist.

66 Unsere Vision sind Mobilitätsangebote, die mit intelligenten, klimaneutralen
 67 Fahrzeugen, digital vernetzten Verkehrssystemen und modernen Mobilitätsstationen
 68 Maßstäbe setzen. So sichern wir unsere Lebensqualität im Land und bleiben
 69 Innovationsmotor für die Welt.

70 **Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, modern und stark**

71 Damit der Straßenverkehr umweltfreundlicher wird, haben wir Voraussetzungen für
 72 eine zunehmende Elektrifizierung des Autoverkehrs geschaffen – systematisch,
 73 flächendeckend und verlässlich. Mit dem Ausbau des Ladenetzes für Pkw und der
 74 Erweiterung auf Lkw geben wir dem Umstieg auf klimafreundliche Antriebe den
 75 nötigen Booster. Mit Programmen wie „SAFE“ oder „Charge@BW“ sorgen wir dafür,
 76 dass das Laden eines E-Autos oder E-Lkws im ganzen Land einfach möglich ist und
 77 erleichtern den Umstieg auf klimafreundliche Antriebe. Wir fördern Ladepunkte im
 78 privaten und halböffentlichen Bereich wie in Firmen, damit das Laden eines E-
 79 Autos im ganzen Land einfach möglich ist. 2015 gab es ca. 240 Ladepunkte, heute
 80 sind es weit über 27.000 in ganz Baden-Württemberg, ein dynamisches Signal für
 81 die Zukunft der Mobilität in Baden-Württemberg. Mit dem weiteren Ausbau des

82 Ladenetzes für Pkw und der Erweiterung auf Lkw geben wir dem Umstieg auf
83 klimafreundliche Antriebe den nötigen Booster. Dazu gehört darüber hinaus
84 günstiger Ladestrom für Elektrofahrzeuge.

85 Auch bei der Straßeninfrastruktur haben wir den Kurs auf Nachhaltigkeit
86 gestellt. Wir setzen den Schwerpunkt auf Erhalt und Modernisierung bestehender
87 Brücken und Straßen vor Aus- und Neubauprojekten. Wir haben die Mittel für die
88 Sanierung der Brücken und Straßen in Baden-Württemberg mehr als verdoppelt.
89 Marode Brücken sollen zügig modernisiert, Ausschreibungen gebündelt und
90 Planungsprozesse beschleunigt werden. Dies ist nicht zuletzt nötig, um die
91 Infrastruktur angesichts der Klimafolgen resilienter zu machen, insbesondere
92 gegen Extremwetterereignisse. Neue Straßenbauprojekte wie zum Beispiel
93 Ortsumfahrungen werden nach transparenten und nachvollziehbaren Kriterien
94 priorisiert. Gleichzeitig schützen und erhalten wir unsere Natur durch die
95 Wiedervernetzung von Lebensräumen und mit naturnaher Begrünung der
96 Straßenränder. Und wir nutzen die Infrastruktur auch für den Klimaschutz. Mit
97 Photovoltaik an Straßen und Tunneln treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energien
98 im Land weiter voran.

99 Die Verbesserung der Lebensqualität ist nicht nur spürbar, sie ist auch messbar.
100 Baden-Württemberg hat 2011 die EU-Luftqualitätsstandards flächendeckend nicht
101 eingehalten – heute werden sie überall eingehalten. Durch unsere
102 Lärmschutzpolitik mit zahlreichen Lärmaktionsplänen haben wir erreicht, dass
103 viele Menschen nicht mehr unter gesundheitsschädlichen Lärm leiden. Im Interesse
104 der Gesundheit müssen Lärmbelastung und Luftverschmutzung auch in Zukunft
105 reduziert werden. Saubere Luft und keine gesundheitsschädlichen Lärmpegel durch
106 Verkehr sind unsere Leitlinien für die kommenden Jahre.

107 In zahlreichen Kommunen wurde der Ortsmittelpunkt begrünt, neue Begegnungsorte
108 geschaffen und Straßenräume zurückgewonnen. Projekte aus der Städtebauförderung,
109 dem Programm „Lebendige Zentren“ oder die Förderung klimaangepasster
110 Infrastruktur haben hier neue Maßstäbe gesetzt. Moderne, renovierte Bahnhöfe
111 haben mit Photovoltaik überdachten Parkplätzen, überdachte Radabstellanlagen und
112 Anschlüsse an Leihräder und Carsharing-Fahrzeuge stark an Qualität gewonnen.

113 Mit dem Ausbau der Radinfrastruktur durch Projekte wie „RadNETZ“, „RadSTRATEGIE“
114 und „RadKULTUR“ ist die Alltagsmobilität auf zwei Rädern leichter, aktiver und
115 gesünder geworden. Wir haben den Bau von Radschnellwege in Zusammenarbeit mit
116 den Kommunen trotz vieler Hindernisse auf den Weg gebracht, gefördert und
117 beschleunigt. Um Pendler*innen attraktive und schnelle Radverbindungen zu
118 bieten, werden wir bis 2030 mindestens 20 dieser Radschnellwege fertigstellen.

119 **Bus und Bahn - zuverlässig, flächendeckend und bezahlbar**

120 Ein moderner Bus- und Bahnverkehr macht den Um- und Einstieg leicht: Dichte
121 Takte, zunehmend barrierefreie Bahnhöfe, komfortable Fahrzeuge und einfache
122 Tarife sorgen für ein neues Mobilitätserlebnis. So wird Bus- und Bahnfahren zur
123 echten Alternative – nicht nur in den Städten. Zum Beispiel fahren unsere Züge
124 im Regionalverkehr jetzt häufiger und mehr Kilometer pro Jahr als jemals zuvor
125 in der Geschichte unseres Landes. Mit inzwischen über 50 gut getakteten

126 Regiobus-Linien haben wir in großem Umfang die Lücken im Schienennetz in Baden-
127 Württemberg geschlossen.

128 Ehrgeizige Ziele und Innovationen treiben uns weiter an: Mit der intelligenten
129 und digitalen Vernetzung der Verkehrsträger und dem Ausbau umweltfreundlicher
130 Mobilitätsangebote wollen wir bis 2030 die Fahrgastzahlen im öffentlichen
131 Verkehr im Vergleich zum Jahr 2011 verdoppeln. Wir wollen, dass Baden-
132 Württemberg seine Rolle als Bahnland weiter ausbaut!

133 Dazu haben wir gute Chancen. Die Dauerbaustelle Stuttgart 21 mit zahllosen
134 Störungen im System kommt zum Ende. Stuttgart 21 war und bleibt eine teure
135 Fehlentscheidung. Das Ergebnis des Volksentscheids war für uns der Auftrag,
136 Stuttgart 21 besser zu machen: beispielsweise durch den Ausbau und die
137 Verbesserung der Zuläufe zum Tiefbahnhof, wie den Ausbau der Wendlinger Kurve
138 und die bessere Anbindung des Flughafens (Umsteigebahnhof Vaihingen und
139 Pfaffensteigtunnel). Die wichtigste Verbesserung besteht in der kompletten
140 Digitalisierung des Schienenknotens, wodurch die Kapazität auf der Infrastruktur
141 deutlich erhöht sein wird. Bei Stuttgart 21 setzen wir uns aktiv für weitere
142 Ergänzungen ein, die die Kapazitäten von Regionalverkehr und S-Bahn
143 einschließlich verbesserter Robustheit bei Störfällen erweitern.

144 Auch in Zukunft wollen wir Grüne den Ausbau der Schieneninfrastruktur und die
145 Modernisierung der Zugflotte mit neuen längeren Fahrzeugen für mehr Fahrgäste
146 vorantreiben. Wir stärken das Vertrauen in den öffentlichen Nahverkehr durch
147 höhere Zuverlässigkeit und aufeinander abgestimmte Verkehrsangebote im ganzen
148 Land. Wir arbeiten an einem Zukunftsfahrplan 2040 mit dichtem Takt und hoher
149 Zuverlässigkeit.

150 Dafür wollen wir möglichst viele stillgelegte Schienenstrecken wieder in Betrieb
151 nehmen. Unsere Reaktivierungsstrategie werden wir weiterentwickeln, die
152 Projektträger gezielt bei der Planung und Umsetzung unterstützen und den
153 späteren Betrieb sichern. Um Lücken zu schließen, wollen wir gemeinsam mit den
154 Kommunen das Netz an Regiobuslinien weiter ausbauen. Auch in bisher nicht
155 angebundenen Orten hält dann jede Stunde ein Bus – von früh bis spät. Regiobusse
156 sind direkt zum nächsten Bahnhof oder größeren Ort unterwegs, warten am Bahnhof
157 auf verspätete Züge, haben kostenloses WLAN und USB-Steckdosen an Bord.
158 Perspektivisch soll dieses Angebot analog zum Schienenpersonennahverkehr in die
159 Aufgabenträgerschaft des Landes übergehen.

160 Menschen mit geringem Einkommen oder ohne Führerschein spüren bisher noch viele
161 alltägliche Hürden, die wir weiter abbauen wollen. Wir haben den BW-Tarif
162 geschaffen, der Verbundgrenzen überwindet und das Deutschlandticket auf den Weg
163 gebracht. Gerade das „D-Ticket JugendBW“ hat eine einmalig preisgünstige
164 Mobilität für Jugendliche geschaffen und Familien entlastet. So machen wir
165 Schluss mit dem Tarifdschungel und Bus- und Bahnfahren für die Fahrgäste noch
166 einfacher.

167 Mit dem Mobilitätspass hat die grün-geführte Landesregierung den Kommunen und
168 Städten ein Finanzierungsinstrument für mehr Bus- und Bahnverkehr an die Hand
169 gegeben. Er gibt den Kommunen die Möglichkeit, zusätzliche Einnahmen für den

170 Ausbau von Bus und Bahn zu generieren. Vereinfacht gesagt: Wenn eine Stadt oder
171 Region den Mobilitätspass einführt, kann sie eine Abgabe erheben, die direkt in
172 besseren öffentlichen Personennahverkehr fließt. Daher ermöglicht der
173 Mobilitätspass den Kommunen eine faire Finanzierung des Angebots und stärkt den
174 Ausbau insbesondere im ländlichen Raum. Mit den Einnahmen kann der öffentliche
175 Personennahverkehr auch in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte stabilisiert
176 und ausgebaut werden. Nun unterstützen wir die Einführung der Mobilitätspass mit
177 aller Kraft.

178 Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen den Schienenpersonennahverkehr in der
179 Fläche systematisch ausbauen. Bestehende eingleisige Strecken wie zum Beispiel
180 die Bodenseegürtelbahn, die Brenzbahn, die Hochrheinbahn und die Donautalbahn
181 wollen wir erweitern und elektrifizieren. Mit der Regionalstadtbahn Neckar-Alb,
182 der S-Bahn Donau-Iller oder der grenzüberschreitenden Bahnstrecke Freiburg-
183 Colmar wollen wir neue Verbindungen schaffen. Wo sich eine Oberleitung nicht
184 rechnet, übernehmen batterieelektrische Züge statt Dieselfahrzeuge den Betrieb
185 und gestalten ihn klimafreundlich und leise. Der neue Bahnhof in Merklingen auf
186 der Schwäbischen Alb an der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm zeigt vorbildhaft: Das
187 Land kann große Infrastrukturprojekte gemeinsam mit Kommunen und der Deutschen
188 Bahn auch gut zügig umsetzen.

189 Mit dem Erhalt der Stuttgarter Panoramabahn wollen wir ein Projekt im
190 „Nahverkehrsdreieck“ voranbringen, mit dem wir den Engpass Stuttgart 21 zu einem
191 leistungsfähigen und resilienten Schienenknoten Stuttgart weiterentwickeln. Der
192 Ausbau der Gäubahn und des Nordzulaufes sowie des Schienenknotens Mannheim sind
193 für den bundesweiten Taktfahrplan (Deutschlandtakt) und die Leistungsfähigkeit
194 von größter Bedeutung. Für bessere innerdeutsche Verbindungen, der Umsetzung des
195 Deutschlandtakts sowie bei der Erhöhung der Regionalisierungsmittel nehmen wir
196 die Bundesregierung in die Pflicht, das Verkehrsangebot mitzufinanzieren.

197
198 Wir sichern den Finanzierungsanteil des Landes an der regionalen
199 Schieneninfrastruktur in Baden-Württemberg planbar und bedarfsgerecht ab. Das
200 Land bleibt verlässlicher Partner für die Kommunen.

201 Die Mobilitätsgarantie im ÖPNV in Baden-Württemberg ist ein zentrales Ziel der
202 grün-geführten Landesregierung. Damit haben wir einen Paradigmenwechsel
203 eingeleitet: Bis 2030 soll in ländlichen Räumen mindestens alle 30 Minuten ein
204 öffentliches Verkehrsmittel fahren – sei es Linienverkehr oder flexibler On-
205 Demand-Verkehr, in Ballungsräumen soll der 15-Minuten-Takt gelten. Wie etwa in
206 der Schweiz oder in der Region Vorarlberg gilt dann die Garantie für die
207 Bürger*innen, dass sie ganztägig per Bus, Shuttle oder Bahn mobil und erreichbar
208 sein können.

209 Ein neuer Baustein für die Mobilität sind insbesondere On-Demand-Verkehre mit
210 autonomen Shuttle-Bussen. Wir wollen das führende Flächenland im autonomen
211 Fahren im ÖPNV werden. In Zukunft können hunderte autonom fahrende Shuttles im
212 On-Demand-Verkehr Ortschaften miteinander verbinden, die keinen Schienen- oder
213 regelmäßigen Busverkehr haben. So lassen wir die Mobilitätsgarantie Wirklichkeit

214 werden, begegnen dem Fachkräftemangel und bringen auch Innovationen *made in*
215 *Baden-Württemberg* auf die Straße.

216 **Nahtloser Umstieg und lebendige Ortsmitten**

217 Soziale und ökologische Verkehrsplanung schafft mehr Lebensqualität innerorts,
218 verbindet Generationen untereinander und schafft echte Freiheit bei der Wahl des
219 passenden Verkehrsmittels. Wir Grüne setzen seit Jahren erfolgreich auf eine
220 Mobilität, die soziale Teilhabe, Klimaschutz und eine moderne Infrastruktur vor
221 Ort verbindet. Damit haben wir Baden-Württemberg vielerorts fit für die Zukunft
222 gemacht – und bauen diesen Erfolg weiter aus.

223 Wir fördern Mobilitätsstationen, die Bus, Bahn, Sharing und Ladeinfrastruktur
224 bündeln und den Umstieg erleichtern. Bahnhöfe mit PV-überdachten Parkplätzen,
225 überdachten Radabstellanlagen und Car-Sharing sind Beispiele dafür, wie unsere
226 Verkehrspolitik den Alltag der Menschen konkret verbessert. Lebendige Ortsmitten
227 sind das Herz jeder Gemeinde – hier begegnen sich Menschen, hier spielt sich der
228 Alltag ab, hier entsteht Gemeinschaft. Das gilt nicht nur in Innenstädten,
229 sondern auch an Hauptstraßen, in Stadtteilen und Teilorten. Wir unterstützen den
230 Umbau zu lebendigen und verkehrsberuhigten Ortsmitten und entschleunigen den
231 Autoverkehr. Auch zugeparkte Wohngebiete, die unter Schleichverkehr leiden,
232 können durch Parkplatzmanagement und Fußverkehrsförderung aufatmen. Moderne
233 Stadtgestaltung ermöglicht grüne Plätze, sichere Wege und belebte Ortsmitten.

234 Viele wünschen sich mehr Grün, mehr Platz zum Verweilen, sicherere Wege für
235 Kinder und Raum für Begegnung. Wir unterstützen die Kommunen dabei, diese
236 Wünsche Wirklichkeit werden zu lassen. Mit gezielten Angeboten fördern wir die
237 Umgestaltung von Ortszentren zu lebendigen, lebenswerten Räumen: mit breiten
238 Gehwegen, komfortablen Radwegen, schattenspendendem Grün, Spielplätzen und
239 Sitzgelegenheiten. Statt immer breiterer Straßen schaffen wir Platz für das, was
240 das Miteinander stärkt. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Tagen mit
241 extremer Hitzebelastung machen grüngestaltete Ortsmitten den Unterschied – für
242 ein gutes Leben direkt vor der Haustür.

243 **Sicher zu Fuß und mit dem Rad – in Stadt und Land**

244 Ob zum Bäcker, zur Schule, zur Arbeit oder zum Sportverein: Gehen und Radfahren
245 sind Teil des Bewegungsalltags. Breite, sichere Gehwege, beschattete Plätze und
246 durchgängige Radnetze verbessern die Nahmobilität für alle Generationen. Davon
247 profitiert die Gesundheit des Einzelnen – und unser Stadtklima. Wir wollen den
248 Verkehr gleichzeitig noch sicherer machen: Niemand soll im Straßenverkehr
249 sterben, die Zahl der Verletzten wollen wir deutlich reduzieren. Was in Helsinki
250 geht, muss auch in Baden-Württemberg möglich sein: keine Verkehrstoten dank
251 geringerer Geschwindigkeit, sicherer Überwege, fußgängerfreundlicher
252 Ampelschaltungen.

253 Fahrrad und Pedelecs sind inzwischen für viele alltägliches Verkehrsmittel. Eine
254 positive Radkultur bringt ein positives Image und fördert eine gesunde
255 Bewegungskultur im Alltag. Der Ausbau der Radwege und Radschnellwege läuft auf
256 Hochtouren dank unserer umfassenden Radstrategie. Bis 2030 wollen wir ein
257 Radnetz mit ca. 8.000 km, guter Qualität und mindestens 20 Radschnellwege

258 fertigstellen, damit Radfahren auf möglichst vielen eigenständigen Radwegen
259 sicherer und noch attraktiver wird.

260 Dennoch fühlen sich viele Menschen unterwegs nicht immer sicher. Für uns ist ein
261 Radweg dann gut, wenn Eltern ihre Kinder allein dort fahren lassen. Dies gelingt
262 auf sicheren Schulwegen, ergänzt durch Schulstraßen und Schulzonen. Wo immer es
263 möglich ist, soll der Radverkehr eine eigene Trasse haben. Wir setzen uns für
264 größere Entscheidungsfreiheiten der Kommunen ein, um beispielsweise
265 entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen umsetzen zu können. Mit gezielten
266 Investitionen in Fuß- und Radwege machen wir Zu-Fuß-Gehen und Radfahren sicher
267 und attraktiv – überall im Land.

268 Wir machen die Umgestaltung von Kreuzungen, sichere Querungen mit besserer
269 Beleuchtung zur Priorität. Falsch geparkte Autos sind nicht nur ein Ärgernis,
270 sondern oft auch ein Sichthindernis und damit eine Gefahr, insbesondere für
271 Kinder. Wir ermutigen die Kommunen, entschieden gegen gefährdendes Falschparken
272 vorzugehen. Durch Schulstraßen und Schulzonen sollen als erstes die Kleinsten
273 mehr Bewegungsraum bekommen.

274 **Das neue Auto-Land – nachhaltig und digital**

275 Ein Baden-Württemberg, in dem Busse leise rollen, Autos keine Schadstoffe mehr
276 ausstoßen und der Lkw-Verkehr elektrisch fährt – das ist längst keine ferne
277 Vision mehr, sondern ein erreichbares Ziel.

278 Die Transformation der Automobilwirtschaft ist in vollem Gange und eine große
279 Herausforderung. Wenn es nach uns geht, ist Baden-Württemberg in Zukunft nicht
280 nur dafür berühmt, die besten Dieselaautos der Welt produziert zu haben, sondern
281 für die Entwicklung der besten klimaneutralen, digitalen Fahrzeuge der Welt,
282 damit bestehende und neue Arbeitsplätze sicher und zukunftsorientiert sind.
283 Autos sind mit anderen Fahrzeugen und einer smarten Infrastruktur vernetzt und
284 werden gemeinsam genutzt.

285 Deshalb treiben wir den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur weiter voran – mit E-
286 Quartiershubs, Schnellladeachsen für E-Lkw und verlässlichen Netzkapazitäten.
287 Förderprojekte für elektrifizierten Gütertransport und multimodalen Logistik-
288 Hubs ermöglichen saubere City-Logistik und eine klimafreundliche Versorgung.
289 Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass Baden-Württemberg zum Standort
290 modernster Fahrzeugtechnologien wird und zur Region, in der saubere Mobilität im
291 Alltag nicht nur funktioniert, sondern zukunftsweisend gestaltet wird.

292 Die Digitalisierung des Verkehrssektors ist in den letzten Jahren weit
293 fortgeschritten. Sie schafft neue Möglichkeiten, Verkehrs- und
294 Mobilitätsprobleme mit Hilfe von Software zu lösen. Die vorhandene Infrastruktur
295 kann intelligenter genutzt werden. Wir wollen die Datenplattform „MobiDataBW“
296 weiter ausbauen. Unser Ziel ist eine effiziente und intelligente Verkehrsplanung
297 und -steuerung. Die offene Plattform soll zudem neue Mobilitätsinformationen und
298 Dienstleistungen für nachhaltige Mobilität ermöglichen.

299 **Güter klimafreundlich transportieren: per Bahn, Straße und Schiff**

300 Der Güterverkehr, insbesondere auf der Straße aber auch auf der Schiene, weiter
301 steigen wird. Unsere Wirtschaft ist auf eine zuverlässige und klimafreundliche
302 Logistik angewiesen.

303 Auf der Straße spielt die Erneuerung der Antriebstechnologie die zentrale Rolle.
304 Die Diskussion um alternative Antriebe im Schwerlastverkehr ist entschieden. Der
305 batterieelektrische Lkw hat sich als Schlüsseltechnologie für den
306 klimafreundlichen Güterverkehr durchgesetzt. Das Laden von E-Lkws ist auf Grund
307 der erforderlichen Stromstärken eine Herausforderung, die wir angehen müssen.
308 Deshalb treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur gezielt weiter voran,
309 investieren in Betriebshöfe und schaffen ein Basisladenetz mit öffentlicher
310 Ladeinfrastruktur für Lkw. Projekte wie die Förderung von multimodalen Logistik-
311 Hubs ermöglichen saubere City-Logistik und klimafreundliche Versorgung. Damit
312 schaffen wir die Voraussetzung, dass Baden-Württemberg zum Standort modernster
313 Fahrzeugtechnologien wird und zur Region, in der saubere Mobilität im Alltag
314 nicht einfach nur funktioniert, sondern zukunftsweisend gestaltet wird. Ergänzt
315 wird die Elektromobilität durch Wasserstoffantriebe für spezielle Einsatzfelder
316 mit hohen Anforderungen.

317 Im kombinierten Verkehr liegt der Schlüssel für den Transport der Zukunft: Die
318 langen Transportstrecken werden wirtschaftlich über Schiene und Schiff
319 abgewickelt, der Zulauf und die Feinverteilung findet über Straßen statt. Damit
320 in Zukunft deutlich mehr Güter klimafreundlich auf Schienen transportiert werden
321 können, braucht es einen umfassenden Ausbau der Infrastruktur. Modernisierte
322 Strecken und leistungsfähige Umschlagsplätze sind die Grundlage für die
323 Verkehrswende im Güterverkehr. Für geschlossene und schnelle intermodale
324 Transportketten wollen wir deshalb das Netz an Umschlagsterminals erhalten und
325 weiter ausbauen.

326 Dabei geht es auch darum, den Schiffsverkehr attraktiv zu halten. Denn im
327 Vergleich zur Schiene und Straße hat die Wasserstraße reichlich Kapazitäten, um
328 neue Güter aufzunehmen. Und: Das Binnenschiff hat eine hervorragende Klimabilanz
329 und ist hoch personaleffizient. Der notwendige Ausbau der Schleusen braucht
330 Zeit. Umso wichtiger ist es, dass ihre Instandhaltung zuverlässig geschieht. Wir
331 Grüne machen weiter Druck für den Ausbau und die Modernisierung der
332 Neckarschleusen.

333 **Kapitel 4.2. Wohnen mit Aussicht: Sicher und bezahlbar**

334 Ein bezahlbares und sicheres Zuhause darf kein Luxus sein. Ein sicheres Zuhause
335 ist die Basis für ein gutes und zufriedenes Leben. Zu viele Menschen in Baden-
336 Württemberg finden keinen bezahlbaren Wohnraum. Die Mieten und die Baukosten
337 steigen weiter an. Zusätzlich angestiegene Lebenshaltungskosten bringen viele
338 Baden-Württemberger*innen an ihre Grenzen. Daher setzen wir in Baden-Württemberg
339 auf eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen, die schnell neuen Wohnraum schaffen,
340 die Mieten stabilisieren und Wohneigentum leichter möglich machen – bezahlbar
341 und langfristig.

342 Bauen ist zuletzt immer teuer geworden und Umbauen ist häufig kompliziert. Die
 343 Wohnraumsuche ist für viele ein Kraftakt – für Familien, für Ältere, für junge
 344 Menschen, für Menschen mit wenig Einkommen, für dringend benötigte Fachkräfte.

345 Wir stärken eine Wohnraumpolitik, die nicht nur auf Neubau setzt, sondern auf
 346 einen wirksamen Mieterschutz, auf die kluge Umnutzung bestehender Gebäude,
 347 bezahlbare Standards beim Bau, auf gemeinschaftliche und inklusive Wohnformen.
 348 Mit gezielter Unterstützung für Menschen, die sonst durchs Raster fallen. Mit
 349 digitalisierten Bauverfahren, die Planungen beschleunigen. Mit einer Bauordnung,
 350 die Umbauen leichter macht und Ressourcen schont. Und mit einer öffentlichen
 351 Hand, die selbst baut, mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft.

352 Mit dem Ziel einer gemeinwohlorientierten Wohnraumpolitik wollen wir Wohnraum in
 353 die öffentliche Hand zurückholen: Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll
 354 gezielt Großbestände von privaten Wohnungsunternehmen wie Vonovia zurückkaufen,
 355 während ein landesweites Förderprogramm den Kommunen den Erwerb von Wohnraum
 356 ermöglicht.

357 Mit der aktualisierten Landesbauordnung und dem Strategiedialog „Bezahlbares
 358 Wohnen und innovatives Bauen“ haben wir bereits bessere Grundlagen für mehr
 359 Wohnraum geschaffen. Unsere weiterentwickelte Wohnraumförderung hat seit 2021
 360 den Bau von über 18.000 neuen Wohnungen ermöglicht, mit besseren
 361 Förderbedingungen und gezielter Beratung. Durch die Wiedervermietungsprämie
 362 kamen hunderte Wohnungen zurück auf den Markt. Mit der Städtebauförderung haben
 363 wir über 250 Ortsmitten modernisiert und an die Klimakrise angepasst.
 364 Flächenmanager*innen identifizieren überall im Land ungenutzte Flächen, um
 365 Wohnraum zu schaffen oder Gewerbe anzusiedeln, ohne dabei neue Flächen auf der
 366 grünen Wiese zu versiegeln. Die tägliche Neuinanspruchnahme von Flächen wurde
 367 durch die grün-geführten Landesregierung seit 2011 halbiert, bei gleichzeitig
 368 wirtschaftlichem Wachstum. Digitale Verfahren wie das virtuelle Bauamt entlasten
 369 heute die Bürger*innen genau so wie Unternehmen und Bauherr*innen bei der
 370 Bearbeitung von Bauanträgen. Mit dem Denkmalnetz Baden-Württemberg beleben wir
 371 unseren baukulturellen Schatz und machen ihn bewohnbar. Mit dem Lehmbau-
 372 Innovationspreis und der Holzbauoffensive fördern wir heute schon nachhaltiges
 373 Bauen. Mietpreisbremse, qualifizierte Mietspiegel und klare Regelungen gegen
 374 Zweckentfremdung geben Kommunen wirksame Instrumente für mehr bezahlbaren
 375 Wohnraum und Leerstand an die Hand.

376 Dennoch bleibt Wohnen eine riesige soziale, ökologische und wirtschaftliche
 377 Zukunftsaufgabe. Wir Grüne haben den Mut zur Veränderung und sind bereit dafür
 378 die richtigen politischen Entscheidungen zu treffen.

379 **Faire und transparente Mieten**

380 Das Mietrecht gilt – überall. Trotzdem ist es für Wohnungssuchende und
 381 Mieter*innen zu schwer, sich gegen hohe Mieten zu wehren. Wir schaffen
 382 Transparenz und stärken damit auch die sehr große Mehrzahl der fairen
 383 Vermietungen. Wir machen uns im Bund für eine Ausweitung und stärkeres
 384 Monitoring der Mietpreisbremse stark und gegen Umgehungsmöglichkeiten wie

385 Kurzzeitmieten, Indexmieten ohne Kappungsgrenzen und Möblierungszuschläge ein.
386 Mieter*innen sollen ihre Rechte durchsetzen können.

387 Im nächsten Schritt wollen wir in ganz Baden-Württemberg den Mietenmonitor für
388 Kommunen mit festgestelltem Wohnraumangel einführen und damit Kommunen und den
389 Menschen vor Ort in angespannten Wohnungsmärkten ein wirksames Instrument zur
390 Kontrolle von Mietpreisen an die Hand geben. In einem Erfahrungsnetzwerk
391 unterstützen wir Städte und Gemeinden beim Aufbau eigener Mietenmonitore:
392 Öffentliche Mietangebote sollen automatisiert ausgewertet und auf Einhaltung der
393 gesetzlichen Miethöhe gemäß Mietpreisbremse überprüft werden. So erhalten
394 Kommunen eine valide Grundlage, um überhöhte Mieten zu identifizieren und
395 Missstände zu beheben. Damit stärken wir die Mietpreisbremse im Alltag zugunsten
396 der Bürger*innen – rechtssicher und praxisnah.

397 Wir werden das Zweckentfremdungsverbot gezielter zur Wirkung bringen und
398 unterstützen Städte und Gemeinden besonders dort, wo der Wohnungsmarkt
399 angespannt ist und es viel Leerstand gibt - etwa mit neuen Hebeln zu gemischten
400 Quartieren von Wohnen und Gewerbe, mit praxisnaher Beratung und digitalen
401 Werkzeugen. Ziel ist es, Wohnraum, der zweckentfremdet ist oder leer steht,
402 wieder für Menschen nutzbar zu machen – denn in Zeiten von Wohnraumangel zählt
403 jede Wohnung und jedes Haus.

404 **Wohnen bezahlbar machen**

405 Wir wollen die soziale Wohnraumförderung des Landes einfacher und gerechter
406 machen, die Mittel dafür deutlich erhöhen. Künftig sollen geförderte Wohnungen
407 länger zu günstigen Preisen vermietet werden. Dafür fördern wir längere
408 Bindungsdauern.

409 Mit unserem Impulsprogramm „Dein erstes Zuhause“ ermöglichen wir jungen Menschen
410 ein selbstbestimmtes Leben. Dazu wollen wir ein zielgerichtetes und
411 bedarfsgerechtes Förderprogramm für junge Menschen entwickeln.
412 Das Programm „Junges Wohnen“ das sich an Wohnraum für Azubis, Studis und
413 Freiwilligendienstler richtet, wollen wir verstetigen und mit dem Bau von deutlich
414 mehr Wohnheimplätzen versehen. Wir senken die Hürden: Statt langer Mietverträge
415 reichen in Zukunft drei Monate Mindestmietdauer, für einen Mietvertrag reicht
416 ein Ausbildungsnachweis. So erleichtern wir den Einzug und geben jungen Menschen
417 die Freiheit, flexibel zu wohnen – genau dort, wo das Leben sie gerade hinführt.
418 Wir wollen neue Wohnformen fördern, um gemeinschaftliches Wohnen in der Fläche
419 zu verankern.

420 Gemeinschaftliches und inklusives barrierefreies Wohnen wird ein zentraler
421 Baustein der Wohnraumförderung. Wohnraum mit gemeinschaftlich genutzten Flächen,
422 wie etwa Clusterwohnungen, ermöglichen kostensparendes Bauen und zugleich ein
423 neues Miteinander. Wir schaffen Raum für innovative Wohnformen – vom
424 studentischen Wohnprojekt bis zur Alters-WG. So entstehen neue Wohnperspektiven
425 für alle Generationen – bezahlbar und verbunden.

426 Daher stärken wir gemeinwohlorientierte Bauträger, Initiativen und
427 Genossenschaften durch gezielte Landesbürgschaften. Damit ermöglichen wir
428 kleineren Akteuren auf dem Wohnungsmarkt, sozial gebundenen Wohnraum zu

429 schaffen. Die Absicherung mit einer Bürgschaft durch das Land wirkt als Hebel:
430 für zusätzliches Engagement, mehr soziale Durchmischung und vielfältige, lokal
431 verankerte Wohnprojekte.

432 Bezahlbares Wohnen ist auch ein entscheidender Faktor für erfolgreiches
433 Wirtschaften: Das Förderprogramm „Mitarbeiterwohnen“ wollen wir ausbauen. Die
434 Schaffung von Wohnraum kann zum echten Standortvorteil für die
435 Fachkräftegewinnung und damit für die Zukunft einer Region werden. Deshalb
436 fördern wir Unternehmen, die Wohnraum für ihre Mitarbeitenden schaffen oder
437 erwerben wollen – insbesondere im ländlichen Raum. Wir bringen
438 Unternehmer*innen, kommunale Wohnbaugesellschaften und die Bauträger zusammen,
439 um Lösungen zu finden, gemeinsam Wohnraum zu schaffen.

440 **Ein Traum wird wahr: Häusle bauen und umbauen mit unserer Unterstützung**

441 Der Traum vom eigenen Häusle oder der eigenen Wohnung lebt – aber für viele ist
442 er in weite Ferne gerückt. Wir wollen das ändern. Denn die eigenen vier Wände
443 sind mehr als ein Dach über dem Kopf: Sie stehen für Sicherheit, und
444 Unabhängigkeit. Deshalb machen wir das Bauen, Umbauen und die Umnutzung deutlich
445 leichter. Mit weniger Hürden und reduzierten Kosten.

446 Wir wollen den Weg ins Eigenheim spürbar erleichtern – besonders für Menschen,
447 die zum ersten Mal kaufen und die Immobilie selbst nutzen wollen. Deshalb senken
448 wir gezielt die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie. Dabei achten
449 wir auf eine sozial gerechte Ausgestaltung, damit gerade die profitieren, die
450 den Schritt in die eigenen vier Wände wagen wollen, aber bislang an den Kosten
451 gescheitert sind.

452 Wir setzen auf einen neuen Baden-Württemberg-Standard für bezahlbares Bauen und
453 Umbauen. Dafür prüfen wir sämtliche Vorgaben für Bau und Umbau konsequent auf
454 ihre Notwendigkeit und orientieren uns an erfolgreichen Modellen anderer
455 Bundesländer wie am „Hamburg-Standard“. Nach diesen erfolgreichen Vorbildern
456 können wir auch in Baden-Württemberg bedarfsgerechtere Standards, effizientere
457 Planungs- und Managementprozesse sowie schnellere Genehmigungen einführen. Im
458 Wohnungsneubau sind Einsparungen bis zu 2.000 Euro brutto pro Quadratmeter
459 möglich. So wird bezahlbarer Wohnraum und auch privates Eigentum ermöglicht.

460 Wir bieten privaten Bauherr*innen mehr Sicherheit mithilfe von Musterverträgen,
461 damit sie in ihren Verträgen die Haftung nicht mehr auf übergesetzliche
462 Standards beziehen. Und Musterverträge wenden wir auch an, wenn das Land selbst
463 baut und Wohnungsbau fördert. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für ein Update
464 des Baugesetzbuchs ein, unsere Kommunen unterstützen wir bei der schnellen
465 Anpassung ihrer Bauleitplanung – damit auch das Planungsrecht dem Umbauen nicht
466 länger im Weg steht.

467 **NextGeneration Bau – Das Morgen beginnt heute**

468 Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler*innen, Denker*innen, Handwerker*innen
469 und Schaffer*innen – und diesen Erfindergeist bringen wir auch auf den Bau. So
470 entsteht in Baden-Württemberg die Baukultur von morgen: nachhaltig, digital und
471 bezahlbar. Wir machen Innovationen sichtbar, holen sie aus den Werkstätten und

472 Laboren in die Praxis und sorgen dafür, dass sie schnell den Markt erreichen.
 473 Denn durch innovative Produkte und High-Tech-Ideen kann Bauen und Sanieren
 474 einfacher, schneller und vor allem bezahlbarer werden.

475 Modellprojekte für energieeffizientes Bauen machen deutlich: Klimaschutz und
 476 Komfort müssen kein Widerspruch sein. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem
 477 zirkulären Bauen: Ressourcen können im Produktkreislauf bleiben statt verloren
 478 zu gehen. Dafür wollen wir ein Start-up-Zentrum für nachhaltiges Bauen aufbauen
 479 sowie temporäre Rohstoffzentren, in denen wiederverwendbare Baumaterialien
 480 gesammelt, aufbereitet und in neue Projekte eingebracht werden können. Das
 481 bringt Nachhaltigkeit auf die Baustelle und spart auf Dauer nicht nur
 482 Ressourcen, sondern auch bares Geld.

483 Mit der Einführung unseres Innovationsprogramm „Nachhaltig und flexibel Bauen“
 484 unterstützen wir Unternehmen gezielt bei der Entwicklung und Markteinführung
 485 neuer Baustoffe, Recycling-Baustoffe, Verfahren und Wohnkonzepte.

486 **Platz für morgen - Flächenversiegelung vermeiden**

487 Versiegelte Böden tragen zur Klimakrise und dem Artensterben bei, weil sie zur
 488 Überhitzung von Städten und zum Verlust von Biodiversität führen. Unser Ziel
 489 bleibt daher, Neuversiegelung zu vermeiden. Denn Flächenversiegelung verdrängt
 490 Landwirtschaft oder zerstört natürliche Böden. Mit der Förderung von
 491 Innenentwicklungsprojekten wurden bereits wertvolle Flächen im Land gespart. Die
 492 von uns eingesetzten Flächenmanager*innen sorgen dafür, dass Brachflächen oder
 493 untergenutzte Flächen neu genutzt werden. Mit der neuen Landesbauordnung und der
 494 Digitalisierung der Verfahren haben wir auch das Umbauen deutlich erleichtert.

495 Denn grundsätzlich gilt für uns weiterhin: Innenentwicklung vor
 496 Außenentwicklung. Eine moderne Umbaukultur, Innenraumverdichtungen und die
 497 Steigerung der Flächeneffizienz haben Vorrang vor Flächenversiegelung.

498 Um unsere heimischen Landschaften zu erhalten und gewachsene Strukturen zu
 499 nutzen, hat Innenentwicklung in Gemeinden und Städten zunächst Vorrang – denn
 500 sie spart Fläche, reduziert Kosten und stärkt das Miteinander. Bevor neue
 501 Baugebiete am Ortsrand entstehen, wollen wir, dass Leerstand aktiviert,
 502 innerörtlich brachliegende Flächen genutzt und der Bestand mobilisiert wird. Mit
 503 der Ermöglichung zur Erhebung der Grundsteuer C haben wir dafür gesorgt, dass
 504 Kommunen der Spekulation mit Baugrund entgegenwirken und für einen Anreiz zur
 505 Mobilisierung von baureifen Grundstücken sorgen können. Auch in Zukunft setzen
 506 wir grundsätzlich darauf, dass prioritär baureife, aber unbebaute Grundstücke in
 507 der Innenstadt entwickelt werden.

508 Damit das gelingt, schaffen wir zunächst mehr Transparenz und Beteiligung: Mit
 509 einer digitalen Brachflächenübersicht geben wir Kommunen und Bürger*innen einen
 510 Überblick über ungenutzte Potenziale. Wer leerstehende Gebäude wieder in
 511 Wohnraum verwandelt, soll dafür zweckmäßige finanzielle Unterstützung erhalten.

512 **Für Nachbarschaften und Quartiere, die zusammenhalten!**

513 Ein gutes, nachbarschaftliches Quartier besteht aus mehr als aus Wohneinheiten
 514 und Beton. Ein lebendiges Quartier ist ein Ort der Begegnung, des Vertrauens und

515 der Teilhabe für alle Generationen. In attraktiven Nachbarschaften lebt man
516 nicht nebeneinander, sondern miteinander. Gerade in Zeiten von Krisen und
517 Einsamkeit ist nachbarschaftliches Zusammenleben unser Anker.

518 Ein gutes Quartier zeichnet sich auch durch Nutzungsmischung, kurze Wege und
519 klimaangepasste Strukturen aus. Deshalb wollen wir Ortsmitten und
520 Quartierszentren so gestalten, dass sie für alle Menschen von jung bis alt
521 funktionieren, kurze Wege entstehen, Erholung im Grünen möglich ist und
522 Begegnungsräume und Nachbarschaftshilfe erreichbar sind. Das erfordert
523 einerseits eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, aber auch eine
524 gut geplante soziale Infrastruktur.

525 Unsere Stadtplanung soll verbinden statt ausgrenzen – diskriminierende Maßnahmen
526 wie „*anti homeless architecture*“ lehnen wir ab. Stattdessen fördern wir Orte, an
527 denen Gemeinschaft entstehen kann – generationenübergreifend und inklusiv.

528 Damit unsere Städte und Gemeinden auch in Zeiten von Hitze und Starkregen
529 lebenswert bleiben, stärken wir die klimaresiliente Stadtentwicklung. Begrünte
530 Plätze, schattige Wege, Frischluftschneisen und Regenwassermanagement werden in
531 Zukunft zum Standard. So machen wir unsere Kommunen nicht nur schöner, sondern
532 auch widerstandsfähiger – für alle, die dort leben.

533 Gleichzeitig bauen wir Barrieren ab – für ein altersgerechtes und
534 selbstbestimmtes Leben in der gewohnten Umgebung. Deshalb schaffen wir mehr
535 barrierearmen Wohnraum und bringen mit neuen Instrumenten wie der Umzugsprämie
536 Bewegung in den Wohnungsmarkt. Sie erleichtert den Schritt in eine kleinere,
537 komfortable Wohnung im eigenen Quartier – und kann zugleich Raum für Familien
538 mit Kindern schaffen.

539 Wir entwickeln unsere Städte und Gemeinden gezielt weiter zu altersgerechten
540 Lebensräumen. Dafür haben wir die Strategie „Quartier 2030 –
541 Gemeinsam.Gestalten“ auf den Weg gebracht. Diese Quartierstrategie enthält
542 Maßnahmen, die Kommunen, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteure dabei
543 unterstützt, alters- und generationengerechte Quartiere aufzubauen und dauerhaft
544 zu entwickeln. Das Land unterstützt Dörfer und Städte durch Beratung, Förderung
545 und Qualifizierung dabei, Quartiere und Stadtteile so zu entwickeln, dass sie
546 generationengerecht, gesundheitsfördernd und inklusiv sind – mit barrierefreien
547 Wegen, wohnortnaher Versorgung, sozialen Treffpunkten und guter Erreichbarkeit
548 von medizinischer und pflegerischer Infrastruktur. Dabei werden auch die Folgen
549 der Klimakrise mit bedacht: Das heißt konkret, wir unterstützen die Kommunen bei
550 der Umsetzung von Hitzeaktionsplänen, schaffen mehr schattige Aufenthaltsräume,
551 stellen mehr Trinkwasser bereit und stärken den Schutz älterer Menschen vor
552 Hitzebelastung. So entstehen Nachbarschaften, in denen ältere Menschen sicher,
553 selbstbestimmt und mit guter Lebensqualität alt werden können.

554 **Kapitel 4.3. Gesundheit in Bewegung – gut versorgt**

555 Gesundheit bedeutet für uns Lebensfreude, Wohlbefinden und Selbstbestimmung –
556 sie geht weit über das bloße Fehlen von Krankheiten hinaus. In einem gesunden
557 Baden-Württemberg leben Menschen, die sich sicher fühlen, weil sie auf eine gute
558 und moderne medizinische Versorgung zählen können. Unser Ziel ist es, Menschen

559 ein langes, gesundes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Wir denken
 560 Gesundheit in allen Politikfeldern (*Health in all Policies*) mit. Von sauberer
 561 Luft, über gute Bildung und faire Arbeitsbedingungen bis hin zur
 562 Vorsorgeuntersuchung bei der*em Hausärzt*in - all das gehört für uns
 563 selbstverständlich zusammen. Unser Leitmotiv in der Gesundheitspolitik heißt:
 564 digital und präventiv vor ambulant, ambulant vor stationär. Wir möchten, dass
 565 Menschen ihr eigenes Wohl fördern können und wollen ihnen die notwendigen
 566 Informationen und Fähigkeiten dazu an die Hand geben, damit sie ein möglichst
 567 langes, gesundes und aktives Leben führen können.

568 Das Leben ist voller Höhen und Tiefen und manchmal gehören auch Krankheiten und
 569 Unfälle dazu. Deshalb setzen wir auf ein starkes öffentliches Gesundheitssystem,
 570 das allen Patient*innen die richtige Hilfe zur richtigen Zeit am richtigen Ort
 571 bietet. Wir setzen uns bei der Bundesregierung für eine verlässliche
 572 Krankenhausfinanzierung ein, damit unsere Krankenhäuser gut ausgestattet sind
 573 und unsere Ärzt*innen und Pflegekräfte ihrer Arbeit optimal nachkommen können.

574 Wir wissen, dass die Gesundheit jeder*s Einzelnen von vielen Faktoren abhängt –
 575 von der sauberen Luft, die wir atmen, bis hin zur Qualität der Pflege, die wir
 576 erhalten. Deshalb ist uns eine gute Infrastruktur so wichtig – egal, ob in der
 577 Stadt oder auf dem Land. Die Corona-Pandemie hat uns schmerzhaft vor Augen
 578 geführt, dass wir stärker auf unsere Gesundheit achten und in unser
 579 Gesundheitswesen investieren müssen. In Zeiten des demografischen Wandels werden
 580 wir mehr in die Pflege unserer älteren Mitbürger*innen investieren müssen.
 581 Familien leisten hier Enormes. Der Großteil der Arbeit und Fürsorge wird von
 582 pflegenden Angehörigen übernommen. Insbesondere von Frauen, die sich um Eltern,
 583 Schwiegereltern und Kinder kümmern und noch einer Erwerbsarbeit nachgehen.

584 Mit dem „Innovationsprogramm Pflege“ unterstützen wir innovative Konzepte und
 585 Projekte, die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante
 586 Versorgung weiterentwickeln. Wir verbessern aber auch den Zugang und die
 587 Qualität niedrigschwelliger Betreuungs- und Entlastungsangebote. Die Ausbildung
 588 in der Pflegehilfe haben wir modernisiert und attraktiver gestaltet. Mit dem
 589 Ausbau der assistierten Ausbildung der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung wirken
 590 wir dem Fachkräftemangel entgegen.

591 Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist ein wichtiger Schritt in die
 592 Zukunft. Unsere Cloudplattform „MEDI:CUS“ ermöglicht einen sicheren
 593 Datenaustausch von Gesundheits- und Versorgungsdaten. Außerdem verbessert sie
 594 die Versorgung und Behandlung von Patient*innen, da sie individuellere und
 595 besser auf sie abgestimmten Therapien sowie Diagnosen erhalten. Ferner können
 596 Patient*innen die Plattform nutzen, um ärztliche Zweitmeinungen einzuholen oder
 597 Befunde auszutauschen. Jetzt geht es darum, den digitalen Wandel entschlossen
 598 voranzutreiben. Dazu fördern wir die Einführung und Nutzung telemedizinischer
 599 Versorgungsangebote. Wir ermöglichen dadurch eine standortunabhängige,
 600 interdisziplinäre Kommunikation zwischen Ärzt*innen unter Einbeziehung der
 601 Patient*innen und gewährleisten so die bestmögliche Behandlung. Insbesondere die
 602 medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird dadurch gestärkt. Technik ist

603 für uns dabei Mittel zum Zweck: für bessere Versorgung, kürzere Wege, sichere
604 Kommunikation – nie aber als Ersatz für Menschlichkeit.

605 Die Gesundheitsversorgung ist die vergangenen Jahre in Bewegung geraten. Wir
606 wollen Schritt halten und neue Maßstäbe setzen. Unser Ziel ist es, überall im
607 Land eine Versorgung nach bestem Forschungsstand und bester medizinischer Praxis
608 zu gewährleisten – für jeden Menschen, egal wo er oder sie lebt.

609 **Gesundheit ist Gemeinschaft**

610 Wir wissen, dass jeder Mensch seine Geschichte hat, jedes Leben einzigartig ist
611 und jede Person ihre eigenen Bedürfnisse und Herausforderungen hat. Deshalb
612 möchten wir, dass unsere Gemeinschaften zu Orten werden, an denen Menschen sich
613 willkommen fühlen, an denen sie gehört und verstanden werden. Deswegen stehen
614 wir für sogenannte *Caring Communities*. *Caring Communities* sind Gemeinschaften,
615 in denen man sich umeinander kümmert.

616 Wir stärken die Quartiersentwicklung. Wir wollen, dass Menschen auch im hohen
617 Alter in ihrem vertrauten Umfeld leben können – selbstbestimmt und gut versorgt.
618 Wohnortnahe Pflegeangebote, altersfreundliche Quartiere und ein echtes
619 Miteinander vor Ort machen das möglich

620 Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Menschen mit
621 Inklusionsbedarf oder ohne – alle gehören dazu. Ein Leben in Selbstbestimmung
622 für alle ist unser Ziel. Wir Grüne wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt
623 und das unsichtbare Band zwischen den Generationen festigen.

624 Mit der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten“ wurden bereits
625 viele Projekte auf den Weg gebracht, die soziale Teilhabe, Barrierefreiheit und
626 altersgerechtes Wohnen und Leben fördern. Ein wichtiger Aspekt der Strategie ist
627 die Förderung von Mehrgenerationenhäusern, die als Orte des
628 generationsübergreifenden Lebens und der Teilhabe dienen. Auch inklusive
629 Wohnformen und neue Unterstützungsnetzwerke wurden aufgebaut.

630 Wir entwickeln die Quartiersstrategie weiter und fördern altersfreundliche
631 Städte nach dem Vorbild der „*Age Friendly Cities*“ der
632 Weltgesundheitsorganisation. Ambulant betreute Wohngemeinschaften stärken wir
633 finanziell und rechtlich, damit mehr Menschen eine echte Wahl haben, wie sie im
634 Alter leben wollen.

635 Wir setzen uns mit aller Kraft gegen Einsamkeit ein, die so viele Menschen
636 betrifft und ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden gefährdet. Wir wollen eine
637 Strategie gegen Einsamkeit entwickelt und setzen auf eine zentrale Anlaufstelle,
638 die denen, die sich einsam fühlen, Hilfe und Unterstützung anbietet.

639 **Zeit für gute Pflege**

640 Mit steigender Lebenserwartung steigt auch die Zahl der Menschen, die einen
641 Pflege- und Unterstützungsbedarf haben. Der Großteil wird von pflegenden
642 Angehörigen übernommen. Vor allem Frauen übernehmen die Carearbeit und die
643 Verantwortung für die Eltern und Schwiegereltern, ziehen die eigenen Kinder groß

644 und gehen einer Erwerbsarbeit nach. Wir unterstützen pflegende Angehörige durch
645 niederschwellige Unterstützungsangebote und nutzen jede helfende Hand.

646 In einer immer älter werdenden Gesellschaft gewinnt die Pflege als Berufsbild
647 immer mehr an Bedeutung. Deshalb wollen wir Pflegekräfte entlasten, neue
648 Menschen für diesen Beruf gewinnen und gute Arbeitsbedingungen schaffen. Pflege
649 muss attraktiv sein – in Ausbildung, Alltag und Aufstieg.

650 Eine ganze Reihe von Verbesserungen, konnten schon umgesetzt werden: Mit dem
651 Innovationsprogramm Pflege unterstützen wir innovative Konzepte und Projekte,
652 die die Kurzzeitpflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die ambulante
653 Versorgung weiterentwickeln und verbessern- Die Ausbildung in der Pflegehilfe
654 wurde modernisiert und attraktiver gestaltet. Mit dem Ausbau der assistierten
655 Ausbildung der Pflegehilfe und Alltagsbetreuung wirken wir dem Fachkräftemangel
656 entgegen. Pflegefachkräfte unterstützen wir bei der Einwanderung nach Baden-
657 Württemberg durch die neue Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften.

658 Um die Pflege als Beruf attraktiver zu machen, bringen wir eine umfassende
659 „Fachkräftestrategie Pflege“ auf den Weg. Pflegekräfte brauchen Mitsprache –
660 deshalb wollen wir den Landespflegerat zu einer starken und professionellen
661 Vertretung der Pflege ausbauen und setzen uns für seine institutionelle
662 Förderung ein. Wir leben in einer Gesellschaft, die vielfältig und bunt ist. Die
663 kultursensible Pflege nehmen wir stärker in den Blick und fördern
664 interkulturelle Kompetenz.

665 Wir Grüne wollen einen „Pakt der Pflege für Baden-Württemberg“. Unser Ziel ist
666 es, damit die pflegerische Versorgung vor Ort zu stärken und pflegebedürftige
667 Menschen sowie deren Angehörige zu entlasten. Wir wollen, dass jeder Mensch in
668 unserem Land die Pflege erhält, die er braucht, und dass Pflegekräfte die
669 Anerkennung erhalten, die sie verdienen.

670 **Gut versorgt im ganzen Land**

671 Eine gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Wohnort abhängen. Unser Anspruch
672 ist, dass die Menschen überall in Baden-Württemberg Zugang zu einer qualitativ
673 hochwertigen medizinischen Versorgung haben. Dazu ist der Ausbau der
674 sektorenübergreifenden Versorgung unerlässlich, für den wir uns beim Bund weiterhin
675 einsetzen werden. Die Schaffung von Primärversorgungszentren und die
676 Finanzierung von Case-Management-Aufgaben durch nicht-ärztliche Fachkräfte muss
677 Teil der Regelversorgung werden, damit Patientinnen und Patienten die
678 bestmögliche Versorgung erhalten und die kostbare Ressource Arzt-Zeit effizient
679 eingesetzt wird.

680 Unsere Politik hat hier schon erfolgreich Lücken geschlossen: von gezielten
681 Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur bis hin zur Stärkung der
682 Hausarztversorgung. Gezielte Anreize, damit sich mehr Medizinstudierende für
683 dringend benötigte Fachrichtungen entscheiden, haben wir schon umgesetzt. Mit
684 Programmen wie dem „Landarzt-Track“ schaffen wir bereits jetzt attraktive
685 Ausbildungswege, die eine frühe Bindung an den Beruf und die Region ermöglichen.
686 Die Allgemeinmedizin wird dabei im Studienverlauf gezielt gestärkt.

687 Für eine flächendeckend gute Gesundheitsversorgung wollen wir eine Initiative
688 „Hausärztliche Versorgung“ auf den Weg bringen, die gezielt dort ansetzt, wo
689 Lücken entstehen oder sich abzeichnen. Die bestehende Landarztquote entwickeln
690 wir bedarfsgerecht weiter und ergänzen sie durch eine neue
691 „Kinderlandarztquote“, damit auch die kinderärztliche Versorgung in allen
692 Regionen des Landes gesichert bleibt. Um die Attraktivität des Landarztberufs
693 aufzuzeigen, ist es wichtig, dass angehende Ärzt*innen frühzeitig mit der
694 hausärztlichen Tätigkeit in ländlichen Regionen in Berührung kommen. Wir fördern
695 dafür zusätzliche Lehrpraxen auf dem Land und schaffen gezielte Stipendien für
696 Studierende, die ihr praktisches Jahr in einer ländlichen Region absolvieren.

697 Ein zentrales Element einer Initiative „Hausärztliche Versorgung“ ist die
698 Förderung von Quereinsteiger*innen: Wir wollen Stipendien und Programme
699 schaffen, die es Ärzt*innen aus anderen Bereichen erleichtern, in die
700 hausärztliche Versorgung zu wechseln. Gleichzeitig werden wir schon während des
701 Studiums frühe Praxiserfahrungen in ländlichen Regionen ermöglichen – denn wer
702 früh positive Einblicke bekommt, bleibt oft auch langfristig.

703 Zusätzlich richten wir einen kommunalen Ärztefonds ein. Aus diesem Fonds können
704 Praxisniederlassungen in unterversorgten Regionen gezielt unterstützt werden –
705 unbürokratisch und im engen Schulterschluss mit den Kommunen vor Ort. So sorgen
706 wir dafür, dass überall im Land eine verlässliche medizinische Grundversorgung
707 gewährleistet bleibt.

708 **Gesundheit von Anfang an – für starke Familien**

709 Familien sind so vielfältig wie unser Land – und jede einzelne verdient die
710 Freiheit, das eigene Leben selbst zu gestalten. Ob Kleinfamilie, Patchwork oder
711 Mehrgenerationenhaus, ob allein oder zu zweit: Familie ist dort, wo Menschen
712 füreinander da sind, wo Kinder groß werden und Werte über Generationen
713 weitergegeben werden.

714

715 Wir wollen, dass jedes Kind sicher und geborgen aufwachsen kann – in einer
716 Gesellschaft, die hinschaut und schützt. Familien brauchen Zeit füreinander,
717 Verlässlichkeit im Alltag und echte Unterstützung, wenn es schwierig wird. Wir
718 haben als Grüne deshalb den Kinderschutz in den letzten Jahren massiv gestärkt.

719 Der „Masterplan Kinderschutz“ wurde weiterentwickelt, Fortbildungen und
720 Schutzkonzepte eingeführt. Doch der Schutzauftrag braucht ständige
721 Aufmerksamkeit. Wir brauchen ein starkes Netz aus früher Hilfe, Beratung und
722 Schutz – analog wie digital. Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass
723 ihre Kinder vor Gewalt geschützt und in ihrer Entwicklung gestärkt werden. Unser
724 Ziel ist eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, in der Familien
725 Wertschätzung, Unterstützung und echte Entlastung erfahren.

726 Kinder brauchen Schutz – auch online. Deshalb setzen wir uns dafür ein, den
727 Kinderschutz konsequent in den digitalen Raum zu übertragen. Wir fördern
728 präventive Aufklärung, stärken die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und
729 Eltern und setzen uns für klare rechtliche Regelungen ein, die Risiken

730 frühzeitig begegnen. So schaffen wir Sicherheit in einer zunehmend digitalen
731 Lebenswelt – zu Hause, in der Schule und unterwegs.

732 Mit unserer Familienförderstrategie stärken wir gezielt die Verantwortung von
733 Institutionen für Familienbelange. Die darin enthaltenen Maßnahmen sorgen für
734 mehr Transparenz in der Familienpolitik und bieten frühzeitig Unterstützung,
735 damit Belastungen gar nicht erst entstehen. Unser Ziel ist klar: Familien sollen
736 sich auf ein starkes Netz aus verständlichen und erreichbaren Beratungs- und
737 Hilfsangeboten verlassen können – alltagsnah, unbürokratisch und in jeder
738 Lebenslage.

739 Ein Gesundheitssystem, das nicht erst auf Krankheit reagiert, sondern von Anfang
740 an schützt und stärkt – das ist unsere Vorstellung für Baden-Württemberg. Ein
741 Weg dorthin sind Schulgesundheitsfachkräfte, die wir an weiteren Schulen
742 erproben wollen, um die Gesundheit von Schüler*innen zu stärken, gesundheitliche
743 Chancengleichheit zu verbessern und Gesundheitskompetenz in frühen Jahren zu
744 vermitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für die Entwicklung einer landesweiten
745 Präventionsstrategie ein.

746 Mentale Gesundheit wird zu einem festen Bestandteil unserer
747 Gesundheitsstrategie. Mit mehr Schulpsycholog*innen, dem Ausbau von
748 Therapieplätzen für Kinder und Jugendliche, der Stärkung Psychosoziale Beratung
749 und einer gemeindepsychiatrisch organisierte Not- und Krisenversorgung packen
750 wir das Thema entschieden an.

751 Die Versorgung mit grundlegenden Medikamenten muss sichergestellt sein – Eltern
752 sollen nicht wegen Lieferschwierigkeiten auf dem Weltmarkt um den Fiebersaft für
753 ihre Kinder kämpfen müssen. Deshalb fördern wir die regionale Produktion von
754 Arzneimitteln und Medizinprodukten.

755 **Gemeinsam stark - Inklusion in Alltag und Struktur**

756 Egal ob jung oder alt, zugezogen oder hier geboren, Mensch mit Inklusionsbedarf
757 oder ohne – alle gehören dazu.

758 Mit dem Programm „Impulse Inklusion“ haben wir innovative Projekte und Maßnahmen
759 auf den Weg gebracht, die Modellcharakter haben und neue Wege des gemeinsamen
760 Miteinanders beschreiten. Wir haben den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-
761 Behindertenrechtskonvention weiterentwickelt und mit dem Förderprogramm
762 „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen“ ambulant betreute Wohngemeinschaften
763 für Menschen mit Behinderungen sowie Menschen mit Unterstützungs- und
764 Versorgungsbedarf gefördert. Mit der Einrichtung des Landeszentrums für
765 Barrierefreiheit haben wir eine Einrichtung geschaffen, die Unterstützung rund
766 um das Thema bietet.

767 Wir wollen ein Baden-Württemberg, in dem alle Menschen so leben können, wie es
768 zu ihren Bedürfnissen und Lebenslagen passt – auch im Alter, mit Behinderung
769 oder Unterstützungsbedarf. Selbstbestimmtes Wohnen ist für uns ein Grundrecht,
770 kein Privileg. Deshalb werden wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass
771 Menschen nicht mehr in standardisierte Strukturen gedrängt werden, sondern echte
772 Wahlmöglichkeiten haben: mit inklusiven Wohnformen, passgenauer Assistenz und

773 verlässlicher Begleitung im Alltag. Wir wollen bürokratische Hürden abbauen, die
774 personenzentrierte Unterstützung stärken und erneuern das Programm „Gemeinsam
775 unterstützt und versorgt wohnen“ erneuern, um ambulante Wohnformen weiter
776 auszubauen.

777 Unser Ziel: Überall im Land sollen Wohnangebote entstehen, die Teilhabe
778 ermöglichen, soziale Einbindung fördern und ein würdevolles, gesundes Leben im
779 eigenen Zuhause ermöglichen – im Quartier, mitten in der Gesellschaft. Wir
780 denken Pflege, Gesundheit und Wohnen gemeinsam, weil ein gutes Leben im Alter
781 und bei Unterstützungsbedarf mehr ist als Versorgung: Es ist das Recht auf Nähe,
782 Freiheit und Respekt.

783 **Kapitel 4.4. Land der Kultur: Orte der Verbindung**

784 Kunst und Kultur verbinden Menschen, fördern den Zusammenhalt und ermöglichen
785 Teilhabe. Baden-Württemberg ist ein vielfältiges und reiches Kulturland, an dem
786 sehr viele Menschen teilhaben – von der klassischen bis zur populären
787 Spitzenkunst über die Breitenkultur bis zur Soziokultur und Clubszene. Wir
788 sichern die Freiräume, die Kunst braucht, unterstützen all jene, die im Kultur-
789 und Kreativbereich arbeiten, und ermöglichen kulturelle Bildung für alle. Kunst-
790 und Kulturorte sind Orte der Begegnung, der Auseinandersetzung – und oft auch
791 des Aufbruchs. Wir wollen sie erhalten, weiterentwickeln und überall im Land
792 zugänglich machen. Insbesondere in Zeiten mit schwieriger Finanzlage bleiben wir
793 als Land verlässlicher Partner unserer Einrichtungen und damit oft auch unserer
794 Kommunen.

795 **Kultur zukunftsfähig absichern – in Stadt und Land**

796 Alle Menschen im Land sollen das kulturelle Leben mitgestalten und sich darin
797 wiederfinden können – ob Dorfkapelle, Chöre oder Musikvereine, Clubbetreiberin
798 oder Karneval, Fasnet, Fastnacht oder Fasching.

799 Mit gezielten Förderungen konnten Bühnen und Spielstätten im ländlichen Raum
800 erhalten werden. Baden-Württemberg hat die Pauschale für Ehrenamtliche erhöht.
801 Über das Zentrum für kulturelle Teilhabe wurden Einrichtungen dabei unterstützt,
802 neue Zielgruppen zu erreichen und mehr Teilhabe zu ermöglichen. Gleichzeitig war
803 das Land ein zuverlässiger Partner für große und kleine Kultureinrichtungen,
804 insbesondere in schwierigen Zeiten wie der Pandemie und der Energiepreiskrise.
805 Für die Förderung von Pop-, Live- und Clubkultur haben wir in der
806 Landesregierung unser komplett neues Programm „POPLÄND“ zur Förderung von
807 Popmusiker*innen und Festivals auf die Beine gestellt und zukunftsfest gemacht.

808 Aktuell gefährdet die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen das kulturelle
809 Angebot und die künstlerische Vielfalt. Aufgrund der deutschlandweit subsidiär
810 ausgerichteten Kulturförderung sind vor allem die Kommunen für das Kulturangebot
811 vor Ort verantwortlich. Gleichzeitig profitieren wir im Land alle von einer
812 Kulturlandschaft, in der große Institutionen mit internationaler Strahlkraft
813 genauso wichtig sind, wie ehrenamtlich getragene Vereine, kleine Bühnen,
814 Soziokulturelle Zentren, Tanz- und Literaturhäuser, Orchester und Clubs. Um
815 diesen Reichtum zu erhalten, setzen wir uns für ein weiterhin enges Miteinander
816 von Land und Kommunen ein und verändern, wo nötig, die aktuellen

817 Finanzierungsschlüssel. Denn nur ein kulturell reiches Land ist ein attraktiver
 818 Standort für Familien, Fachkräfte, Jugendliche und Senior*innen.

819 Inhabergeführte Buchhandlungen sind mehr als Verkaufsstellen – sie sind
 820 kulturelle Treffpunkte und Teil unserer Innenstadt- und Dorfkultur. Durch
 821 Strukturwandel, Onlinehandel und steigende Kosten geraten sie zunehmend unter
 822 Druck. Mit der Einführung eines jährlichen „Buchhandlungspreis Baden-
 823 Württemberg“ wollen wir Läden würdigen, die sich durch kulturelles Engagement,
 824 innovative Konzepte oder ein starkes Veranstaltungsprogramm auszeichnen. Es geht
 825 um Anerkennung, Sichtbarkeit und Wertschätzung für ihren Beitrag zur
 826 Gesellschaft. Der Preis stärkt die kulturelle Vielfalt vor Ort, fördert kreative
 827 Ideen und zeigt: Lesen, Literatur und lokale Kulturorte gehören zur Identität
 828 unseres Landes.

829 **Kultur lebt vom Miteinander – Ehrenamt stärken, Vielfalt feiern**

830 Baden-Württemberg als Land der Kultur ist getragen von Menschen, die sich mit
 831 Leidenschaft engagieren. Ob in Musikvereinen, Trachtengruppen oder
 832 Theaterinitiativen: Ehrenamt und gelebtes Brauchtum prägen unsere kulturelle
 833 Identität. Mit der Förderung unserer Breitenkultur erhalten wir diese Vielfalt.

834 Diese Vielfalt verdient Anerkennung und Unterstützung. Amateurmusik,
 835 Heimatpflege und regionale Ausdrucksformen sind Ausdruck von Gemeinschaft und
 836 gelebter Tradition. Sie verbinden Generationen, schaffen Begegnung und stärken
 837 den sozialen Zusammenhalt.

838 Und weil wir in Baden-Württemberg Weihnachtsmärkte, Vereinsfeste, Musik und
 839 Kultur lieben, wollen wir zukünftig Vereine noch gezielter und breiter bei der
 840 GEMA entlasten. So machen wir Veranstaltungen und Feiern unkomplizierter und
 841 sichern gleichzeitig eine angemessene Entlohnung der Künstler*innen.

842 **Kultur weiterentwickeln und Verantwortung übernehmen**

843 Wir unterstützen bereits unsere Kultureinrichtungen auf dem Weg zu mehr
 844 Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Diversität. Als Pionierland haben wir unser
 845 Wissen hierzu den anderen Bundesländern zur Verfügung gestellt und bundesweite
 846 Standards und Empfehlungen erarbeitet wie den CO2-Rechner für
 847 Kultureinrichtungen. Vorreiter sind wir auch für Provenienz und Restitution:
 848 Unrechtmäßig erworbenes Kulturgut restituieren wir, das heißt, wir geben es den
 849 rechtmäßigen Besitzer*innen bzw. Ländern zurück.

850 Film, Animation und Games sind ein Zukunftsthema. Das Land hat unter unserer
 851 Führung die Kulturförderung auf neue Trends und Themen angepasst. Baden-
 852 Württembergische Kulturförderung stärkt die Kreativwirtschaft, in der enormes
 853 Potenzial steckt: Von der Filmakademie über einschlägige Studiengänge an unseren
 854 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften bis hin zu einer starken Medien- und
 855 Filmfördergesellschaft, deren Engagement wir immer weiter ausgebaut haben.
 856 Diesen Weg wollen wir fortführen und die Kreativwirtschaft als zukunftsfähigen
 857 Wirtschaftszweig weiter vorantreiben.

858 **Kapitel 4.5. Kraft des Landes: Ländlicher Raum in Bewegung**

859 Zwischen den Regionen Baden-Württembergs gibt es Gemeinsamkeiten und
860 Unterschiede. Zentrale wichtige Lebensbereiche der Menschen in unserem Land
861 müssen überall gleichermaßen funktionieren. Dies betrifft zum Beispiel den
862 Zugang zu Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Bildung, Wohnraum, Kultur und
863 Gesundheitsversorgung. Mit unserer Politik sorgen wir seit 15 Jahren mit einer
864 aktiven Förderpolitik für starke und lebendige Regionen in den ländlichen
865 Gegenden unseres Landes. Denn wir Grüne wissen, in lebendige ländliche Räume
866 sind nicht nur die Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Baden-
867 Württemberg, sondern ein Garant für den Erfolg unseres Landes.

868 In Zeiten von Fachkräftemangel, Digitalisierung, Klimakatastrophe,
869 gesellschaftlicher Spaltung und steigenden Lebenshaltungskosten sind es gerade
870 die Regionen jenseits der Ballungsräume, die Antworten und attraktive
871 Möglichkeiten bieten. Wir wollen auch künftig den Zusammenhalt, die
872 wirtschaftliche Stärke und die hohe Lebensqualität in ländlichen Räumen sichern,
873 die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse
874 bewahren.

875 Das „Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum“ (ELR) ist dafür ein wirkungsvolles
876 Instrument, dessen Mittel wir in den vergangenen Jahren nicht nur verdreifacht
877 haben, sondern das auch konsequent auf Nachhaltigkeit, Innenentwicklung,
878 Entsiegelung und Bestandssanierung ausgerichtet wurde. Damit wurden Dorfläden,
879 Kulturzentren und multifunktionale Gemeindehäuser gefördert. Kommunen wurden
880 gezielt unterstützt, ihre Ortskerne lebendig zu halten und generationengerechte
881 Quartiersentwicklungen voranzubringen. Für die Schonung wertvoller Flächen, die
882 Belebung von Orten und die Schaffung von Wohnraum, insbesondere in den
883 ländlichen Räumen, setzen wir die Förderung von Umbau und Umnutzung
884 leerstehender Gebäude hin zu Wohnraum fort und vereinfachen sie, indem wir die
885 Umnutzung verfahrensfrei gestalten.

886 Neben dem ELR sind Naturparks, LEADER-Regionen und Biosphärengebiete
887 herausragende Instrumente der nachhaltigen Entwicklung unserer ländlichen Räume.
888 Ihre Unterstützung werden wir fortführen.

889 Ob jung oder alt, ob Familie oder Single – jeder Mensch verdient eine gute
890 Erreichbarkeit im Alltag. Wir wissen, dass gerade in ländlichen Regionen auch in
891 Zukunft nicht immer aufs Auto verzichtet werden kann. Deshalb wollen wir die
892 gemeinschaftliche Nutzung von Fahrzeugen fördern und die Ladeinfrastruktur für
893 E-Autos, auch in den ländlichen Räumen, ausbauen. Gleichzeitig arbeiten wir
894 weiter daran, dass die Mobilität in ländlichen Räumen nicht vom eigenen Auto
895 abhängig ist. Die Mobilitätsgarantie, die eine Erreichbarkeit von Orten in
896 ländlichen Regionen mit dem ÖPNV im 30-Minuten-Takt vorsieht, ist unser klares
897 Ziel für Baden-Württemberg. Wir setzen uns beim Bund für erhöhte
898 Regionalisierungsmittel ein, um eine verlässliche Zugsbindung der ländlichen
899 Regionen in Baden-Württemberg zu gewährleisten.

900 Die Digitalisierung bietet insbesondere in den ländlichen Räumen große
901 Entwicklungschancen. So können digitale Lösungen etwa den örtlichen Einzelhandel
902 sowie die Nahversorgung stärken und viele Wege überflüssig machen. Eine
903 flächendeckend gute digitale Infrastruktur ist außerdem Grundvoraussetzung für

904 den Erhalt der ländlichen Räume als attraktive Unternehmensstandorte. Deshalb
905 wollen wir Kommunen bei der Digitalisierung unterstützen. Mit der Förderung und
906 Einführung telemedizinischer Angebote unterstützen wir die medizinische
907 Versorgung in den ländlichen Räumen. Wir streben eine gesetzliche Änderung des
908 Ladenöffnungsgesetzes an, um automatisierten Mini-Supermärkten ohne Personal
909 auch am Sonntag zu ermöglichen zu öffnen, um die Nahversorgung zu stärken.

910 Die ländlichen Räume sind mit ihren fest verankerten mittelständischen
911 Unternehmen wirtschaftliches Kraftzentrum in Baden-Württemberg. Unsere
912 Weltmarktführer und Traditionsunternehmen in den ländlichen Räumen sind
913 wichtiger Innovationstreiber und Grundstein für die wirtschaftliche Dynamik im
914 ganzen Land. Mit einem dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien,
915 Stromerzeugung und Energiebereitstellung aus Biomasse, Wind, Sonne, Wasser oder
916 Erdwärme werden wir im ganzen Land Arbeitsplätze und zusätzliche Wertschöpfung
917 generieren. Das wirtschaftliche Potenzial in den ländlichen Regionen wollen wir
918 weiter heben, indem wir die Vernetzung zwischen Start-ups und Mittelstand
919 fördern.

920 Baden-Württemberg zeichnet sich durch eine tradierte Kultur des guten
921 Miteinanders aus. Diese besondere Kultur des Miteinanders und der Begegnung
922 zwischen den unterschiedlichsten Menschen wollen wir auch künftig pflegen. Kunst
923 und Kultur bringt im ganzen Land Menschen zusammen. Wir wollen das vielfältige
924 bestehende Kulturangebot auch im ländlichen Raum stärken und fördern gerade
925 kleine Bühnen und Spielstätten auf dem Land. Zusammenhalt wird gestärkt, wenn
926 sich alle Menschen im Ort willkommen und wohl fühlen. Deswegen ist es wichtig,
927 dass auch in kleineren Orten Baden-Württemberg Strukturen vorhanden sind, die
928 Toleranz fördern, vor Diskriminierung schützen und Begegnung unterschiedlichster
929 Menschen ermöglichen.

Kapitel 5: Zusammen stark: Unserer Heimat eine Zukunft in Sicherheit, Demokratie und Freiheit geben



LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2025
Tagesordnungspunkt: PRO Einbringung Landtagswahlprogramm 2026

- 1 Heimat ist mehr als ein Ort auf der Landkarte – Heimat bedeutet Vertrautheit und
- 2 Lebendigkeit. Heimat entsteht dort, wo Menschen Halt finden, frei und sicher
- 3 leben können. Heimat ist etwas, das wir gemeinsam teilen. Sie muss so gestaltet
- 4 sein, dass sich alle, die in unserem Land leben, auf sie verlassen können.
- 5 Auch unsere Demokratie ist Heimat. Sie lebt von Bürger*innen, die sich
- 6 einbringen und ihre gemeinsamen Belange gestalten können. Nur in der Demokratie
- 7 können wir alle frei leben. Für unsere Demokratie gibt es keine
- 8 Ewigkeitsgarantie. Sie ist nur so stark, wie wir sie stark machen. Jede
- 9 Generation muss sie neu absichern. Nun sind wir an der Reihe.
- 10 Dafür stehen wir ein, in einem „Neuen Wir“. Wir Baden-Württemberger*innen“ sind:
- 11 alle Geschlechter, Jung und Alt, Stadt und Land, Selbstständige und Angestellte,
- 12 eingewachsen oder dazugestoßen. Ein Land, in dem alle nach ihren eigenen
- 13 Lebensentwürfen lieben, glauben und hoffen dürfen – in Respekt und
- 14 Rücksichtnahme füreinander. Die Freiheit der*s Einzelnen endet dort, wo die
- 15 Freiheit von Anderen verletzt oder bedroht wird. Innere und äußere
- 16 Sicherheitsgarantien sind die Grundlage unserer Freiheit.
- 17 Demokratie garantiert die Rechte der Einzelnen, erfordert aber auch gemeinsame
- 18 Tugenden und wechselseitige Pflichten. Die stärkste Kraft sind unsere
- 19 Bürger*innen unseres Landes selbst, die sich für andere und für das Gemeinwesen
- 20 einsetzen. Im Sportverein, bei der freiwilligen Feuerwehr, im Musikverein, im
- 21 Gemeinderat oder in der Bürgerinitiative. Baden-Württemberg ist dabei führend.
- 22 Nirgendwo engagieren sich so viele Menschen ehrenamtlich wie bei uns. Das ist
- 23 der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.
- 24 Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie kommt nicht gratis als politische
- 25 Beigabe. Sie bedeutet Verantwortung und muss immer wieder erkämpft und
- 26 abgesichert werden – durch klare Kante gegen die Feind*innen unserer Freiheit im
- 27 Inneren und von außen.
- 28 Der Schutz unserer Freiheit erfordert einen neuen Anlauf beim Schutz unserer
- 29 öffentlichen Räume vor Kriminalität und Gewalt – damit wir uns dort gerne
- 30 begegnen, sich jede*r tags und nachts sicher fühlen kann. Nur an Orten, an denen
- 31 wir uns sicher fühlen, sind wir frei.
- 32 Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament unseres demokratischen Zusammenlebens. Sie
- 33 schützt die Freiheit des Einzelnen, verhindert Willkür und sichert Gleichheit
- 34 vor dem Gesetz. Nur ein starker Rechtsstaat garantiert Freiheit dauerhaft.

Baden-Württemberg ist ein starkes Einwanderungsland. Menschen aus aller Welt kommen zu uns, weil sie hier Chancen sehen und an einer gemeinsamen Zukunft mitwirken wollen. Sie bringen Wissen, Tatkraft und neue Perspektiven mit – und machen unser Land dadurch innovativer, vielfältiger und zukunftsorientierter. Unter den Flächenländern haben wir einen der höchsten Anteile an Menschen mit Migrationsgeschichte. Unsere exportstarke Wirtschaft ist auf Fachkräfte aus dem In- und Ausland angewiesen, denn ohne Zuwanderung leidet unser Wohlstand. Doch Integration passiert nicht von selbst. Sie braucht klare Regeln und eine gemeinsame Haltung. Vier Säulen sind entscheidend: Sprache, Arbeit, Teilhabe und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz. Es steht für Menschenwürde, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit. Wer bei uns lebt, soll sich sicher fühlen, mitgestalten können und sich als Teil einer solidarischen Gesellschaft verstehen. Wir stehen für ein weltoffenes Baden-Württemberg, in dem Herkunft kein Hindernis, sondern eine Chance ist.

Zugleich ist unsere Heimat Teil eines größeren Ganzen – nur in einem starken, vereinten Europa kann sie gedeihen und bestehen. Baden-Württemberg hat die Kraft, global Verantwortung zu übernehmen in einer Welt im Umbruch.

Kapitel 5.1 Gemeinschaft gibt Halt – Was uns beieinander hält

Wir gestalten ein Land, in dem das Gemeinsame in den Mittelpunkt gerückt wird, statt das Trennende zu betonen. Unser Land ist stark, weil es Gleichberechtigung, Toleranz und Engagement fördert, Vielfalt als Bereicherung schätzt und daraus neue Kraft zieht.

Baden-Württemberg ist Ehrenamtsland und soll es bleiben. Mit der Ehrenamtskarte, der Förderung von Fachberatungen für ehrenamtliches Engagement und einer erhöhten Landesförderung für das Freiwillige Soziale Jahr haben wir das Ehrenamt gestärkt. Wir wollen Vereinen und Initiativen künftig noch mehr Flexibilität und Freiräume geben und sie in ihrer Arbeit unterstützen.

Kommunalpolitik ist die Basis unserer Demokratie. Doch viele Menschen, die auf kommunaler Ebene politisch aktiv sind, werden beleidigt, bedroht oder sogar attackiert. Das nehmen wir nicht hin! Die beim Landeskriminalamt angesiedelte Zentrale Ansprechstelle für Amts- und Mandatsträger*innen (ZAMAT) steht haupt- und ehrenamtlichen Kommunalpolitiker*innen rund um die Uhr mit polizeilicher, juristischer und psychosozialer Unterstützung zur Seite. Dafür werden wir weiterhin die Finanzierungsgrundlage bereitstellen. Damit mehr Menschen kommunalpolitisch engagiert sein können, haben wir zudem die gesetzliche Grundlage für digitale Gemeinderatssitzungen geschaffen.

Mit der Gleichstellungsstrategie sind wir dabei, die umfassende Gleichstellung der Geschlechter in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Belangen voranzutreiben. Wir setzen die Istanbul-Konvention, mit der sich auch Deutschland dem Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet hat, um. Beim Ausbau der Zahl der Frauenhäuser in Baden-Württemberg sind wir vorangekommen – eine flächendeckende Versorgung bleibt aber

79 eine Herausforderung, die wir künftig kraftvoll angehen. Wir haben im ganzen
80 Land Beratungsstellen eingerichtet, die betroffene Frauen bei häuslicher oder
81 sexualisierter Gewalt unterstützen und beraten. Mit unserer Kampagne "nachtsam"
82 sensibilisieren wir in Clubs für die Gefahren für Frauen im Nachtleben. Die
83 Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit bietet Betroffenen
84 konkrete Hilfe. Wir haben die Beauftragten für Chancengleichheit in den Kommunen
85 und Landeseinrichtungen gestärkt.

86 Wir planen Integration mit Weitblick: Wir haben das Integrationsmanagement in
87 den Kommunen etabliert und verstetigt. Kernelement ist die Förderung von
88 Integrationsmanager*innen, die die Integration von Geflüchteten im Alltag
89 unterstützen. Mit der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften, die
90 Unternehmen bei der Einwanderung ausländischer Fachkräfte beispielsweise mit
91 einer beschleunigten beruflichen Anerkennung für die ausländischen Fachkräfte
92 unterstützt, haben wir eine zentrale Anlaufstelle geschaffen.

93 **Engagiert für das Ehrenamt - Ermöglichen, stärken, schützen**

94 Fast die Hälfte der Menschen in unserem Land engagiert sich ehrenamtlich. Ob im
95 Fußball- oder Musikverein, im Laientheater, bei der Freiwilligen Feuerwehr, in
96 Bürgerinitiativen, Gemeinderäten, Religionsgemeinschaften oder Gewerkschaften –
97 das ehrenamtliche Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

98 Wir wollen noch mehr Menschen ermöglichen, ehrenamtlich aktiv zu werden. Dafür
99 wollen wir eine Enquete-Kommission "Ziviles Engagement und Ehrenamt" einsetzen.
100 Sie soll unter breiter Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen Lösungen
101 dafür entwickeln, wie wir das Ehrenamt besser in Einklang mit einem fordernden
102 Berufs- und Familienleben bringen. Wir wollen die Ehrenamtsoffensive mit einem
103 besonderen Fokus auf die Generation der Babyboomer*innen fortführen. Diese
104 Generation, die aktuell in Rente geht, ist besonders aktiv und bereit, sich
105 ehrenamtlich zu engagieren – dieses wertvolle Engagement wollen wir durch
106 entsprechende Unterstützung aktivieren. Um das kommunalpolitische Ehrenamt noch
107 attraktiver machen, wollen wir Fortbildungen und Schulungen für das
108 kommunalpolitische Ehrenamt fördern. Wir unterstützen Maßnahmen zur
109 Gewaltprävention und zur Sensibilisierung für Gefahren im Ehrenamt in unseren
110 Vereinen.

111

112 **Sport als Bindeglied für Gesellschaft und Zusammenhalt**

113 Sport verbindet: Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft und mit
114 unterschiedlichen Erfahrungen.

115 Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft gelebt
116 und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält uns
117 fit und fördert unsere Gesundheit. Wir unterstützen den Sport im Land aus voller
118 Überzeugung.

119 Wir wollen für den Breitensport auch weiterhin ein verlässlicher Partner sein.
120 Sportvereine und Verbände leisten unverzichtbare Arbeit für den Zusammenhalt in
121 Baden-Württemberg.

122 Mit dem Solidarpakt Sport IV hat die grün-geführte Landesregierung trotz
123 schwieriger Haushaltslage klargemacht: Der Sport hat für uns eine hohe
124 Priorität. Diesen Weg setzen wir fort und verlängern den Solidarpakt Sport,
125 damit die Vereine auch in Zukunft die notwendige Unterstützung erhalten.

126 Vielerorts sind Sportstätten die einzigen Orte, an denen Menschen
127 unterschiedlichster Herkunft und Milieus zusammenkommen und gemeinsam ihre
128 Mannschaft unterstützen oder zusammen Sport treiben. Die Sporthalle, der
129 Bolzplatz oder die Laufbahn: Wir wollen diese Orte nachhaltig sichern und
130 verbessern. Mit einem landesweiten Programm „Sportstätten fit 2032“ wollen wir
131 Hallen, Bäder und Sportplätze modernisieren – energieeffizient, barrierefrei und
132 klimaresilient. Zum Sportland gehören auch leistungsfähige Bäder. Wir sichern
133 diese Infrastruktur und unterstützen Schulen und Vereine dabei, Schwimmen
134 verlässlich zu ermöglichen.

135 Der Sport lebt vom Ehrenamt. Menschen, die Können, Haltung und Werte vermitteln,
136 verdienen beste Rahmenbedingungen. In der Vergangenheit konnten wir die
137 Übungsleiterpauschale erhöhen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und werden eine
138 weitere Erhöhung in der kommenden Legislaturperiode anstreben. Außerdem wollen
139 wir die Ehrenamtlichen von unnötiger Bürokratie entlasten, die sie bei der
140 Ausübung oft behindert. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für
141 Vereinfachungen bei Änderungen des Vereinsregisters, für die Befreiung der GEMA-
142 Gebühren für Vereine sowie für die Befreiung bei der Umsatzsteuer ein.
143 Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass Verfahren im Land für die Beantragung
144 von Förderungen vereinfacht werden. Kinder und Jugendliche brauchen tägliche
145 Bewegung. Wir stärken bewegungsfreundliche Schulen, fördern feste
146 Bewegungszeiten und vertiefen im Ganzttag die Kooperation mit Vereinen, damit
147 verlässliche Wege in den organisierten Sport entstehen. So werden motorische
148 Entwicklung, Lernfähigkeit und Teamgeist gefördert und Talente früh entdeckt.
149 Die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie haben gezeigt: Sport als unverzichtbaren
150 gesellschaftlichen Bereich wollen wir besonders schützen.

151 Auch der Mountainbike-Sport erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Runde Tische
152 zwischen Sport, Naturschutz und Forst haben vielerorts Konflikte beigelegt und
153 legale, sichere Trails geschaffen. Diesen Weg unterstützen wir ausdrücklich und
154 sehen ihn als Erfolgsmodell für das ganze Land. Im Wald setzen wir uns für ein
155 gutes Miteinander ohne pauschale Verbote ein.

156

157 Große Sportereignisse begeistern – sie müssen zugleich Maßstäbe bei
158 Nachhaltigkeit setzen. Wir stehen Bewerbungen positiv gegenüber, knüpfen
159 Investitionen jedoch an klare soziale, wirtschaftliche und ökologische
160 Standards. Klimafreundliche Mobilität, Kreislaufwirtschaft, barrierefreie
161 Infrastruktur sowie die Förderung von Ehrenamt und Nachwuchs sind für uns
162 Leitplanken. Baden-Württemberg soll als Vorreiter für nachhaltige
163 Sportveranstaltungen sichtbar werden.

164 Stadionallianzen, mit denen wir die Intensivierung der Zusammenarbeit von Clubs,
165 Fanprojekten, städtischen Behörden und polizeilichen Sicherheitsbehörden bei der
166 Organisation und Durchführung von Fußballspielen vorantreiben sind ein baden-

167 württembergisches Erfolgsmodell, das von vielen anderen Bundesländern
168 mittlerweile übernommen wurde. Wir wollen sie beibehalten und weiterentwickeln.
169 Wir Grüne unterstützen darüber hinaus Fanbeauftragte sowie präventive Projekte
170 im Fan- und Amateursportbereich.

171 Mehr und mehr sportliche Großveranstaltungen ächzen unter schwierigen An- und
172 Abreisebedingungen: Staus überfüllte Bahnen und unkoordinierte Menschenmassen
173 führen dazu, dass ein Fußball- oder Basketballspiel für viele zur logistischen
174 Herausforderung wird.

175 Für solche Großveranstaltungen wollen wir in Zukunft Mobilitätskonzepte
176 entwickeln, die im Vorfeld alle Akteure zusammenbringt: Bahn, ÖPNV,
177 Verkehrsleitplanung und Veranstalter*innen, sodass An und Abreise für alle
178 einfacher werden.

179 Baden-Württemberg ist Spitzensportland. Wir fördern transparent und stellen
180 Athletinnen und Athleten in den Mittelpunkt. Duale Karrieren unterstützen wir
181 durch Beratung sowie Kooperationen mit Hochschulen und Betrieben, damit
182 sportliche und berufliche Perspektiven zusammengehen. Forschung und Bildung
183 treiben wir voran – mit Blick auf
184 Digitalisierung, Gesundheit und Nachhaltigkeit. In der Aus- und Fortbildung von
185 Trainerinnen, Trainern und Übungsleitenden verankern wir Inklusion, Prävention
186 und Nachhaltigkeit stärker und fördern qualitativ hochwertige Angebote.

187 Sport ist für alle da. Wir unterstützen integrative Projekte für Menschen mit
188 Behinderungen und benachteiligte Gruppen, fördern gezielte Angebote für Mädchen
189 und Frauen und stärken Vielfalt im Sport – auf und neben dem Platz. Wir stehen
190 neuen Formen des Sports offen gegenüber. Millionen Menschen begeistern sich für
191 E-Sport. Wir schaffen gute
192 Rahmenbedingungen, stellen sicher, dass pädagogische Leitlinien greifen, und
193 stärken gemeinnützige Strukturen. So verbinden wir Tradition und Innovation zu
194 einem starken, zukunftsfähigen Sportland.

195 **Informiert im Dialog: Beteiligung leben, Mitsprache erweitern**

196 Deutschland- und europaweit sind wir mit unserer „Politik des Gehörtwerdens“
197 führend. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land stärker an politischen
198 Diskussionen und Entscheidungen beteiligt sind und sich einbringen können.

199 Mit der neuen Servicestelle „Dialogische Bürgerbeteiligung“ haben wir für die
200 Behörden im Land eine zentrale Anlaufstelle geschaffen. Sie berät und
201 unterstützt Kommunen wie Landesbehörden bei der Durchführung von Debatten, um
202 tragfähige und gesellschaftlich akzeptierte Lösungen zu finden. Zusätzlich
203 vernetzt und befähigt die „Allianz für Beteiligung“ Gruppen überall im Land,
204 sich in ihrer Gemeinde, in ihrem Ortsteil oder in ihrem Quartier einzubringen –
205 etwa mit dem Beteiligungstaler: Dieses Programm wurde aufgestellt, um
206 Initiativen in der Umsetzung lokaler Beteiligungsprojekte gezielt durch die
207 Übernahme von Sachkosten zu unterstützen. Die Quoren für Bürgerbegehren und
208 Bürgerentscheide in Baden-Württemberg haben wir deutlich gesenkt. Auch das
209 Wahlrecht hat die grün geführte Landesregierung an die Anforderungen einer
210 aktiven Bürgergesellschaft angepasst. Zum Beispiel dürfen nun bei Landtags- und

211 Kommunalwahlen Menschen bereits ab 16 Jahren wählen. Bundesweit ist Baden-
212 Württemberg das erste Bundesland, bei dem 16-Jährige bei Kommunalwahlen auch
213 selbst kandidieren dürfen!

214 Demokratie braucht auch eine informierte Öffentlichkeit und unabhängige Medien,
215 die kritisch berichten, einordnen und informieren. Wir setzen uns für die
216 Stärkung des regionalen Journalismus in Baden-Württemberg ein und wollen die
217 bestehende TV-Förderung in eine Journalismusförderung überführen. Ein starker
218 Rundfunkdualismus, also das Nebeneinander von privaten und öffentlich-
219 rechtlichen Rundfunkanbietern, mit einer robusten Landesanstalt für
220 Kommunikation ist für uns ebenso zentral wie EU-weite Kulturplattformen wie
221 ARTE.

222 In einer digitalisierten Gesellschaft müssen Bürger*innen in der Lage sein,
223 echte von manipulierten Inhalten zu unterscheiden. Darum wollen wir die
224 Medienbildung aller Menschen fördern – nicht nur in Schulen. Wir setzen uns für
225 technische Standards zur Kennzeichnung digitaler Inhalte ein: Bilder, Videos und
226 Beiträge sollen durch sogenannte *Content Credentials*, verknüpfte und
227 manipulationssichere Metadateien, nachvollziehbar gekennzeichnet werden, um ihre
228 Herkunft und Integrität sichtbar zu machen. Damit stärken wir das Vertrauen in
229 digitale Inhalte und geben Orientierung in einer Zeit von *Fake News* und *Deep*
230 *Fakes*.

231 **Gleichberechtigung und Vielfalt leben: Freiheit und Sicherheit für alle**

232 Wir stehen für ein Baden-Württemberg ein, in dem alle Menschen frei und sicher
233 leben können – unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität oder sexueller
234 Orientierung. Wir stärken die Sichtbarkeit und den Schutz von queерem Leben im
235 ganzen Land. Mit dem Aktionsplan „Für Akzeptanz und gleiche Rechte Baden-
236 Württemberg“ haben wir im Land bundesweit einen Meilenstein in Sachen
237 Sichtbarkeit von Vielfalt erreicht. Damit verbunden war die Gründung des queeren
238 Landesnetzwerkes. Die über 100 Mitgliedsorganisationen sind ein starker
239 zivilgesellschaftlicher Ansprechpartner für die Politik. Diesen Weg wollen wir
240 Grüne weitergehen und die queere Netzwerkarbeit weiter stärken. Wir bieten
241 jungen queeren Personen mehr Unterstützung und verstärken unsere Ansätze zum
242 Schutz von queeren Personen, insbesondere im ländlichen Raum. Wir kämpfen weiter
243 dafür, dass geschlechtsbezogene Gewalt, Antifeminismus und strukturelle
244 Benachteiligung für queere Menschen aus Baden-Württemberg verschwinden.

245 Wir müssen Mädchen und Frauen besser vor Gewalt schützen. In Deutschland wird
246 fast jeden Tag eine Frau getötet, weil sie eine Frau ist. Wir sagen Femiziden
247 den Kampf an – mit gezielter Prävention und konsequenter Strafverfolgung. Wir
248 fordern vom Bund die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands für
249 Femizide. Und wir setzen auf den konsequenten Einsatz elektronischer Fußfesseln,
250 um gefährdete Frauen wirksamer zu schützen.

251

252 Außerdem werden wir das Gewalthilfegesetz des Bundes in Baden-Württemberg
253 konsequent umsetzen und den Ausbau der Frauen- und Kinderschutzhäuser und
254 Beratungsstellen vorantreiben. Im Kampf gegen digitale Gewalt gegen Frauen
255 wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen, daher setzen wir uns dafür ein,

256 Diskriminierung und Hatespeech im Netz gezielt zu verfolgen und Angriffe
257 insbesondere auch auf Personen des öffentlichen Lebens konsequent aufzudecken.
258 Wir stellen uns allen Formen von Antifeminismus entschieden entgegen und werden
259 die Fachstelle für Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ausbauen.

260 Wir wollen, dass Frauen selbst über ihren Körper und ihr Leben bestimmen können.
261 Eine selbstbestimmte Entscheidung unterstützen wir, indem wir uns entsprechend
262 der Zuständigkeiten und Möglichkeiten des Landes weiter dafür einsetzen, ein
263 ausreichendes plurales Angebot wohnortnaher Beratungsstellen sowie ambulanter
264 und stationärer Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche zu erreichen.

265 Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form von Diskriminierung: Wir setzen uns
266 für die Stärkung von Antidiskriminierungsprojekten im ganzen Land ein. Wir bauen
267 ein Präventionsnetzwerk gegen Hasskriminalität auf und sorgen für eine
268 verlässliche Finanzierung von Beratungsstellen und Projekten. Weil wir allen
269 Menschen Sicherheit im Umgang mit staatlichen Behörden geben wollen, setzen wir
270 uns für ein wirksames Gleichbehandlungsgesetz ein.

271 Zu einem Land, das seine Vielfalt schützt, gehört auch, dass Menschen ihre
272 Religion ungestört ausüben können. Religionsfreiheit umfasst für uns dabei auch
273 die Freiheit, sich zu keiner Religion oder Weltanschauung zu bekennen.

274
275 Für uns Grüne ist klar: Religionsfreiheit garantiert die freie Ausübung des
276 Glaubens. Daher bekämpfen wir jede Form von Antisemitismus und
277 Muslimfeindlichkeit und haben null Toleranz für religionsbedingte
278 Diskriminierung.

279
280 Wir fördern den interreligiösen und kulturellen Austausch zwischen Religionen.
281 Ob in der Kirchengemeinde, in der Synagoge oder in der muslimischen
282 Glaubensgemeinschaft - die vielen Ehrenamtlichen schaffen Orte der Begegnung und
283 stärken unseren sozialen Zusammenhalt.

284
285 Mit karitativen Einrichtungen, Sozialdiensten, der Unterstützung für Geflüchtete
286 oder in der Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden haben die christlichen Kirchen
287 traditionell eine starke Rolle in Baden-Württemberg.

288
289 Es ist unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung, jüdisches Leben
290 zu schützen und das Verständnis für jüdische Geschichte und Tradition in unserem
291 Land zu stärken. Dafür stehen wir mit den jüdischen Gemeinden im Land im Dialog.

292
293 Um die Zusammenarbeit mit den vielfältigen muslimischen Gemeinden im Land zu
294 strukturieren und zu festigen, wollen wir die Islamberatung Baden-Württemberg zu
295 einer zentralen Ansprechstelle für die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden
296 und Verbänden im Land ausbauen.

297 **Migration ordnen, Integration gestalten und Chancen schaffen**

298 Wir stehen für ein Baden-Württemberg, das aus seiner Vielfalt Kraft zieht. Ein
299 Land, in dem Menschen mit Migrationsgeschichte echte und gleiche Chancen auf
300 Teilhabe haben und ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft sind. Das

301 Ziel von Integration ist die vollständige gesellschaftliche Teilhabe
302 zugewanderter Menschen. Dazu müssen wir die Spielregeln in unserem Land klar
303 kommunizieren: Der Schlüssel dafür ist neben dem Erwerb von Sprache die
304 Vermittlung in Arbeit und Ausbildung.

305 Wir wollen, dass die Arbeitsmarktteilhabe von zugewanderten Frauen durch
306 spezifische Angebote noch gezielter und umfassender gefördert wird. Gleichzeitig
307 brauchen wir aber auch verlässliche Strukturen, um echte Chancen auf Teilhabe zu
308 ermöglichen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Fachkräfte, die Hürden
309 abbaut und Zugänge erleichtert. Auch zugewanderten Kindern, älteren Menschen und
310 solchen mit Erkrankungen und Behinderungen ermöglichen wir die gesellschaftliche
311 Teilhabe.

312 Sprache ist der Schlüssel zur Integration der Menschen, die nach Baden-
313 Württemberg kommen. Zugewanderte und geflüchtete Menschen können so ihre
314 persönlichen Chancen verbessern. Wir wollen Sprachkursangebote unter
315 Berücksichtigung besonderer Bedarfe von Alleinerziehenden oder im ländlichen
316 Raum ausbauen – bei dieser Aufgabe erwarten wir auch mehr Unterstützung aus dem
317 Bund. Menschen, die nach Baden-Württemberg kommen, brauchen von Anfang an Zugang
318 zu Sprachkursen. Die finanzielle Unterstützung von Modellprojekten zum
319 Spracherwerb im Job wollen wir deutlich ausbauen.

320 Die Einrichtung der Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften ist ein
321 großer Erfolg. Um Verfahren effektiv durchzuführen und zugewanderten Menschen
322 beispielsweise schnell Beschäftigung zu ermöglichen, müssen nun alle
323 Ausländerbehörden in den Großen Kreisstädten und Landkreisen neu aufgestellt
324 werden und effiziente Strukturen in der Fläche gewährleistet sein, etwa über KI-
325 gestützte Musterverfahren. Wir wollen dafür sorgen, dass wichtige Informationen
326 in Behörden und sozialen Einrichtungen auch mehrsprachig zu Verfügung stehen und
327 wollen dafür mit den kommunalen Verbänden nach Lösungen, zum Beispiel auch
328 technische Lösungen wie entsprechende Apps, suchen. Anerkennungsverfahren für
329 ausländische Qualifikationen wollen wir weiter beschleunigen.

330 Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl und bekennen uns zur Genfer
331 Flüchtlingskonvention und zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Menschen,
332 die keine Straftaten begangen haben, die deutsche Sprache sprechen und sich in
333 Ausbildung oder Arbeit befinden oder diese anstreben, brauchen eine Perspektive.
334 Wir haben deshalb in der letzten Legislaturperiode einen Bleiberechtserlass
335 beschlossen, mit dem gut-integrierte Menschen, die bisher nur geduldet sind,
336 langfristige Bleibereichtsperspektiven erhalten. Leider sind diese Möglichkeiten
337 sowohl für die Betroffenen als auch die Arbeitgeber*innen bisher wenig bekannt.
338 Wir wollen deshalb die Informationen für die Beratungsstellen im Land
339 verbessern, damit diese vor Ort aktiv auf diese Möglichkeit hinweisen. Dennoch
340 werden viele Menschen, die zu uns kommen, nicht bleiben können. Wer kein
341 Aufenthaltsrecht hat und bei wem keine Abschiebehindernisse bestehen, muss
342 wieder ausreisen. Dabei hat die freiwillige Rückkehr für uns Vorrang. Dort, wo
343 zwangsweise Rückführungen notwendig sind, legen wir einen besonderen Fokus auf
344 diejenigen, die schwere Straftaten begangen haben und die innere Sicherheit
345 unseres Landes gefährden. Die wichtige Arbeit der Härtefallkommission, die in

346 Fällen, in denen dringende humanitäre oder persönliche Gründe die weitere
347 Anwesenheit im Bundesgebiet rechtfertigen, aktiv wird, unterstützen wir
348 weiterhin.

349 Als Baustein zu einer geordneten Migration vereinfachen wir die
350 Identitätsklärung. Ein Grund, warum Rückführungen von Straftäter*innen und
351 Gefährder*innen nicht funktionieren, ist oftmals die ungeklärte Identität. Für
352 eine Identitätsklärung muss in Zukunft nicht mehr zwangsläufig ein Pass
353 vorhanden sein, sondern können auch andere Papiere wie Geburtsurkunden
354 herangezogen werden. Für die Menschen, die bereits hier sind, müssen wir die
355 Verfahren deutlich beschleunigen.

356 Wir wollen die Demokratiebildung in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen fest
357 verankern und stärken auch die Extremismus- und die allgemeine Präventionsarbeit
358 in Landeserstaufnahmestellen: Die von uns eingeführte Traumarehabilitation für
359 Geflüchtete werden wir stärken. Mit dem Projekt "Baden-Württemberg schützt"
360 haben wir erste wichtige Schritte unternommen, damit psychische Belastungen bei
361 Geflüchteten frühzeitig identifiziert und niedrigschwellige Hilfe geleistet
362 werden kann. Das Projekt wollen wir nun noch weiter in die Fläche bringen. Damit
363 Integration gelingt und zugewanderte Menschen schnellstmöglich ihr Leben
364 selbstständig organisieren können, wollen wir eine effiziente Zusammenarbeit
365 zwischen Integrationsmanager*innen und Behörden wie Ausländerbehörde, Jobcenter
366 und Sozialamt durch ein Kooperationsgebot regeln.

367 **Kapitel 5.2. Rechtsstaat gibt Halt! Freiheit sichern - Demokratie stärken -** 368 **Bedrohungen bekämpfen!**

369 Unsere Demokratie wird angegriffen – von innen und von außen. Uns wird gerade
370 nahezu täglich vor Augen geführt: Freiheit, Sicherheit und Offenheit sind nicht
371 selbstverständlich.

372 Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie. Als offene
373 Gesellschaft, als freiheitlicher Rechtsstaat und als wehrhafte Demokratie müssen
374 wir die reale Gefahr, die von ihm ausgeht, als zentrale Bedrohung verstehen und
375 entsprechend handeln. Die rechtsextreme Szene muss entwaffnet, rechtsextreme
376 Strukturen zerschlagen und rechtsextreme Propaganda klar benannt und unterbunden
377 werden – analog wie online. Um Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpfen zu
378 können, müssen wir seine Ursachen und seine Geschichte kennen, sowie seine
379 Strategien in der Ansprache junger Menschen verstehen. Dazu haben wir haben die
380 bundesweit erste Forschungsstelle für Rechtsextremismusforschung und eines der
381 größten Archive zu Rechtsextremismus geschaffen. Wir bekämpfen den politischen
382 Arm des Rechtsextremismus mit der Härte des Rechtsstaats. Deshalb setzen wir uns
383 auch für die Prüfung der Verfassungswidrigkeit der AfD durch das
384 Bundesverfassungsgericht ein.

385 Wir sind weltoffen, aber nicht naiv. Islamismus ist antidemokratisch,
386 antisemitisch, frauenverachtend und queerfeindlich. Islamist*innen wollen all
387 das bekämpfen, wofür unsere liberale Demokratie steht. Er bedroht uns alle –
388 auch Menschen muslimischen Glaubens, viele sind vor dem Terror dieser Ideologie
389 geflohen. Globale Entwicklungen können die Bedrohungslage rasch verschieben.

390 Daher ist es wichtig, dass unsere Sicherheitsbehörden immer auf dem neuesten
391 Stand sind und die Radikalisierungsprozesse und Anwerbestrategien im Blick haben
392 und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen
393 können. Unser Kampf gegen den Islamismus darf niemals zum Generalverdacht
394 gegenüber Muslim*innen führen. Die überwältigende Mehrheit der Muslim*innen in
395 Baden-Württemberg sind ein selbstverständlicher Teil unserer demokratischen
396 Gesellschaft. Gemeinsam stellen wir sicher, dass Islamismus in unserem Land
397 keinen Raum gewinnt.

398 Seit einigen Jahren sind wir zunehmend mit hybriden Bedrohungen konfrontiert:
399 Sabotage, Spionage, Desinformation und Angriffe auf kritische Infrastruktur
400 müssen schnell erkannt und früh gestoppt werden. Dafür braucht es technisch und
401 personell gut aufgestellte Sicherheitsbehörden, aber auch ein breit verankertes
402 Problembewusstsein. Unsere vernetzte, freie Welt braucht Schutz vor
403 Desinformation, Datenmissbrauch und digitalen Angriffen. Vertrauen in die
404 Demokratie braucht Vertrauen in staatliche Institutionen.

405 Ein Rechtsstaat mit einer gut ausgestatteten Justiz und einer leistungsfähigen
406 Verwaltung ist das Fundament unserer offenen Gesellschaft. Angriffen auf die
407 Unabhängigkeit der Justiz müssen deshalb schon im Ansatz entschieden
408 entgegengetreten werden. Unsere Politik hat die Sicherheitsstrukturen in den
409 letzten Jahren gezielt gestärkt. Wir haben massiv in Polizei, Justiz und
410 Cybersicherheit investiert. Baden-Württemberg hat heute eine der niedrigsten
411 Kriminalitätsraten bundesweit. Mit dem Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-
412 Zentrum, der Cybersicherheitsagentur und dem Opferschutzlotsen sorgen wir schon
413 heute dafür, dass unser Rechtsstaat auch auf neue Bedrohungen schnell und
414 wirksam reagieren kann.

415 **Entschlossen gegen Kriminalität – Hand in Hand für mehr Sicherheit**

416 Wir werden neue Kriminalitätsformen entschlossen bekämpfen und sorgen für
417 sichere öffentliche Räume für jede*n. Dabei ist ein besserer Schutz von Frauen
418 vor Gewalt für uns besonders wichtig.

419 Wir wollen Kommunen bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten für
420 Veranstaltungen unterstützen. Wir wollen neue personelle Ressourcen in der
421 Polizei und Justiz schaffen sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten, um
422 organisierte Kriminalität besser bekämpfen zu können. Wir wollen die
423 Finanzermittlungen im Zusammenhang mit Drogenkriminalität und Geldwäsche
424 verstärken. Um das volle Potenzial im Kampf gegen komplexe
425 Kriminalitätsstrukturen zu heben, setzen wir auf innovative Wege der
426 Personalgewinnung. Wir wollen Quereinstiege erleichtern und gezielt Expert*innen
427 aus der IT-Branche und dem Finanzwesen für die öffentliche Sicherheit gewinnen.
428 Ergänzend streben wir die Einrichtung einer zivilgesellschaftlich organisierten
429 Beobachtungsstelle für organisierte Kriminalität an – denn eine starke
430 Gesellschaft braucht wachsame Augen. Aufklärung über mafiöse Strukturen,
431 internationale Vernetzung und wissenschaftliche Forschung sind für uns zentrale
432 Bausteine im Kampf gegen Kriminalität im Schatten.

433 Nach Jahren des Rückgangs steigt die Jugendkriminalität wieder – eine
434 Entwicklung, die wir ernst nehmen. Jugendkriminalität bekämpfen wir an der
435 Wurzel und setzen auf gute Präventionsarbeit. Künftig wollen wir noch stärker
436 auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Polizist*innen,
437 Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen setzen und die mobile Jugendarbeit noch
438 weiter in die Fläche bringen. Die Häuser des Jugendrechts werden weiter
439 ausgebaut. Ziel muss weiter sein, in jedem Landgerichtsbezirk ein Haus des
440 Jugendrechts, in dem Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendliche unter einem
441 Dach zusammenarbeiten und straffällige Jugendliche in einem ganzheitlichen
442 Ansatz begleiten, zu haben.

443 Orte der Jugendkriminalität brauchen eine gezieltere Polizeipräsenz und
444 Sichtbarkeit des Staates. Jugendstrafen müssen auf den Fuß folgen. Die Standorte
445 der Jugendarrestanstalten in Rastatt und Göppingen werden wir erhalten, die
446 erzieherischen Ressourcen in der Jugendvollzugsanstalt in Adelsheim erheblich
447 besser ausstatten.

448 **Polizeiarbeit stärken und stützen: Sicherheit spürbar vor Ort**

449 Unsere Polizei leistet Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere
450 Sicherheit und unser Zusammenleben. Ihr Beruf ist anspruchsvoll, oft belastend
451 und in vielerlei Hinsicht besonders – denn Polizist*innen stehen ganz vorne,
452 wenn es darum geht, Menschen zu schützen, Konflikte zu entschärfen und unseren
453 Rechtsstaat zu verteidigen. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere
454 Anerkennung und die bestmögliche Unterstützung. Wir Grüne setzen uns dafür ein,
455 dass die Polizei gut ausgebildet, modern ausgestattet und personell stark
456 aufgestellt ist – denn gerade in Zeiten wie diesen brauchen wir eine
457 handlungsfähige, vertrauenswürdige und gut arbeitende Polizei. Besonders stolz
458 sind wir darauf, dass unsere Polizei ein sehr hohes Vertrauen in unserer
459 Bevölkerung genießt. Das soll auch so bleiben.

460

461 Wir setzen auf eine Polizei, die noch stärker präsent ist, wo sie gebraucht
462 wird: im Alltag der Menschen, auf den Straßen, in den Stadtteilen. Dafür stärken
463 wir gezielt die Polizeipräsenz vor Ort. Wir entlasten Beamt*innen bei der
464 Büroarbeit, damit mehr Zeit bleibt für den Einsatz an den Orten, wo Sicherheit
465 konkret spürbar wird. An Kriminalitätsschwerpunkten setzen wir auf ein starkes
466 Quartiersmanagement – sowohl vor Ort als auch digital, etwa in sozialen
467 Netzwerken, um beispielsweise der Radikalisierung von Jugendlichen frühzeitig
468 entgegenzuwirken. Wir schaffen die Finanzierungsgrundlage für Einsatz- und
469 Ermittlungsassistenzen für die Schutz- und Kriminalpolizei. Mit einem
470 Rotationssystem für sogenannte “Brennpunktreviere” wollen wir Beamt*innen vor
471 Überlastungen schützen.

472 Wir investieren weiter konsequent in den Personalbestand, die Struktur und
473 moderne Ausstattung der Polizei. Gleichzeitig arbeiten wir daran, den
474 Polizeiberuf attraktiver zu machen: mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, einem
475 modernen Gesundheitsmanagement und einer deutlich erhöhten Polizeizulage. Analog
476 zur Bundeszulage wollen wir die Polizeizulage in Baden-Württemberg auf
477 mindestens 228 € monatlich bei voller Ruhegehaltsfähigkeit anheben.

478 Wir wollen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei in Baden-
479 Württemberg endlich abschließen. Aufstieg und Verantwortung sollen sich an
480 Leistung, Erfahrung und Kompetenz orientieren – nicht an formalen
481 Zugangsvoraussetzungen. Wer Tag und Nacht für die Sicherheit im Land sorgt,
482 verdient echte Wertschätzung, auch in der Besoldung. Mit einer zweigeteilten
483 Laufbahn schaffen wir moderne, durchlässige Strukturen, stärken Motivation und
484 Bindung innerhalb der Polizei und machen den Beruf attraktiver. Damit setzen wir
485 fort, was wir begonnen haben: eine Personalpolitik, die auf Vertrauen, Fairness
486 und Anerkennung baut. Nach dem erfolgreichen 4-Säulen Modell wollen wir weitere
487 Perspektiven für die Oberkommissar*innen und Aufstiegsmöglichkeiten anbieten.
488 Auch die Infrastruktur muss stimmen: Bauprojekte wie der Neubau des
489 Landeskriminalamts samt kriminaltechnischem Institut werden wir zügig umsetzen.

490 Eine starke Polizei braucht auch eine klare Haltung. Polizist*in zu sein ist
491 kein Beruf wie jeder andere. Polizist*in sein heißt, das staatliche
492 Gewaltmonopol auszuüben. Damit geht eine sehr große Verantwortung einher. Nicht
493 jeder kann diesen Beruf ausüben. Nicht jeder sollte diesen Beruf ausüben. Es ist
494 unsere Pflicht, hohe Anforderungen an diejenigen zu stellen, die im Auftrag des
495 Staates Waffen tragen – auch im Hinblick auf die Werte, die sie vertreten.
496 Jede*r muss sich ohne Angst an die Polizei wenden können. Polizeiliches
497 Fehlverhalten muss lückenlos aufgeklärt und konsequent aufgearbeitet werden. Das
498 Amt der*s Polizeibeauftragten werden wir stärken und seine Rechte erweitern.
499 Unser Ziel ist, dass die Polizei die Vielfalt unseres Landes widerspiegelt –
500 insbesondere auch in Führungspositionen.

501

502 Gerade im Bereich der Sicherheitsbehörden erfordert die geopolitische Gesamtlage
503 eine zunehmende europäische Eigenständigkeit. Wir Grüne streben auch für IT-
504 Produkte im Sicherheitsbereich digitale Souveränität an. Dieses Ziel wollen wir
505 mit Know-how aus Baden-Württemberg erreichen. Spätestens bis zum Jahr 2030 muss
506 eine verfahrensübergreifende Recherche- und Analyseplattform von europäischen
507 Unternehmen bereit stehen, auf die unsere Sicherheitsbehörden umsteigen können.

508 Seit 1963 engagieren sich ehrenamtliche Helfer*innen im Freiwilligen
509 Polizeidienst. Obwohl wir die Engagementbereitschaft der Polizeifreiwilligen zu
510 schätzen wissen, halten wir diese Konzeption heute nicht mehr für zeitgemäß.
511 Denn die Polizeiarbeit hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Sie
512 anspruchsvoller, herausfordernder und komplexer geworden. Wir wollen uns darauf
513 konzentrieren, mehr Polizist*innen auf die Straße zu bringen, die für die
514 Anforderungen des Polizeidienstes vollumfänglich gewappnet sind. Daher werden
515 wir den Freiwilligen Polizeidienst abschaffen.

516 **Eine leistungsfähige Justiz und ein wehrhafter Staat als Garant für die offene** 517 **Gesellschaft**

518 Eine unabhängige und leistungsfähige Justiz ist das Rückgrat und der
519 Grundpfeiler unseres Rechtsstaats, unserer Demokratie und Garant für das
520 Vertrauen der Bürger*innen in staatliches Handeln. Daher wollen wir die Gerichte
521 und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg personell, technisch und
522 organisatorisch besser ausstatten. Damit sie ihre Aufgaben zügig, effizient und

523 bürgernah erfüllen können. Dazu muss auch die hohe Arbeitsbelastung vieler
524 Justizangehöriger verringert werden. Daher wollen wir die Digitalisierung der
525 Justiz im Land weiter vorantreiben, die Nachwuchsgewinnung und Fortbildung an
526 der Justizakademie Baden-Württemberg stärken und moderne Arbeitsstrukturen
527 fördern. Wir wollen die Justiz daher mit klugen KI-Lösungen zur
528 Arbeitserleichterung unterstützen. Berufseinsteiger*innen wollen wir durch
529 attraktive Rahmenbedingungen gewinnen, beispielsweise durch die Erhöhung der
530 Einstiegsbesoldung. Wir stehen für eine Justiz, die unabhängig urteilt, zügig
531 handelt und allen Menschen im Land den gleichberechtigten Zugang zum Recht
532 sichert.

533 Der Rechtsstaat lebt vom Vertrauen in seine Institutionen – und von den
534 Menschen, die ihn tragen. Deshalb setzen wir auf eine transparente und
535 bürgernahe Justiz sowie moderne und praxisnahe Ausbildung künftiger
536 Jurist*innen. Mit dem integrierten Bachelor, der Jura-Studierenden auch bei
537 nicht bestandenem Staatsexamen einen Abschluss sichert, haben wir einen ersten
538 wichtigen Schritt für eine höhere Attraktivität des Jura-Studiums gemacht. Jetzt
539 gilt es, die Qualität der Ausbildung für Referendar*innen weiter zu verbessern
540 und zukunftsrelevante Inhalte wie IT-Recht, Datenschutzrecht oder
541 Migrationsrecht zu verankern. Ob als Richter*in, Anwält*in oder in der
542 Verwaltung: Nur wer schon in der Ausbildung die Realität von heute kennt, kann
543 das Recht von morgen verantwortungsvoll gestalten.

544 Der Justizvollzug muss den Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde
545 und Resozialisierung gerecht werden. Dafür braucht es auch genügend gut
546 ausgebildetes Personal und gute Arbeitsbedingungen in den Haftanstalten. Wir
547 setzen uns für moderne bauliche Standards ein, die Sicherheit und humane
548 Haftbedingungen für Häftlinge gewährleisten und den Bedürfnissen der
549 Mitarbeiter*innen gerecht werden. Unser Ziel ist ein Strafvollzug, der nicht nur
550 sanktioniert, sondern wirksam vor Rückfällen schützt und zurück in ein
551 verantwortungsvolles Leben begleitet. Deshalb wollen wir uns für Alternativen
552 zur klassischen Inhaftierung einsetzen – etwa durch elektronisch überwachten
553 Hausarrest anstelle von Ersatzfreiheitsstrafen. Resozialisierung ist für uns der
554 wirksamste Schutz vor Rückfällen – deshalb stärken wir offene Vollzugsformen und
555 setzen uns für Haftvermeidung und Konzepte wie Wohngruppenvollzug ein.

556 Die wehrhafte Demokratie muss mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats für den
557 Erhalt unseres friedlichen und demokratischen Zusammenlebens kämpfen. Das gilt
558 für alle Formen von Demokratie-, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und
559 politischem Extremismus.

560 Personen mit verfassungsfeindlicher Gesinnung dürfen keinen Platz in
561 Sicherheitsbehörden haben. Und wir sichern unsere Institutionen: Wer in der
562 Polizei, der Justiz oder im Landtag tätig ist, darf kein Feind unserer
563 Verfassung sein. Darum soll vor Einstellungen in diese Bereiche künftig ein
564 verdachtsunabhängiges Prüfverfahren zum Einsatz kommen: Die sogenannte
565 Regelabfrage beim Verfassungsschutz. Dieser Verfassungstreue-Check ist zwar kein
566 Allheilmittel, aber ein wichtiger zusätzlicher Baustein im Auswahl- und
567 Einstellungsverfahren – er schützt Polizei, Justiz und Landtag vor

568 demokratieschädlichen Einflüssen und vor Personen, die dort nichts zu suchen
569 haben. Für einen besseren Schutz vor den Gefahren für unsere freiheitlich
570 demokratische Grundordnung stärken wir gezielt das Landesamt für
571 Verfassungsschutz. Die Ausstiegsberatung für Betroffene und deren Umfeld sowie
572 die Extremismuskommunikation bauen wir mithilfe des Kompetenzzentrums gegen
573 Extremismus (Konex) sowie von zivilgesellschaftlicher Seite mit der Fachstelle
574 für Extremismuskommunikation (FEX) aus. Für eine phänomenübergreifende
575 Extremismusprävention stärken wir die Fachkräfte in Schulen,
576 Jugendeinrichtungen, Sportvereine und alle Orte an denen jungen Menschen
577 unterwegs sind in ihrer Handlungsfähigkeit.

578 Keine Waffen in den Händen von Verfassungsfeind*innen: Die Entwaffnung von
579 Extremist*innen werden wir entschlossen fortführen. Auf Bundesebene setzen wir
580 uns für eine Änderung des Waffengesetzes ein, damit unzuverlässige Personen erst
581 gar keine waffenrechtliche Erlaubnis erhalten. Im Rahmen des
582 verfassungsrechtlich Möglichen streben wir einen Informationsaustausch zwischen
583 Landeskriminalamt und Verfassungsschutz an. Die unabhängige Kontrolle des
584 Landesamts für Verfassungsschutz durch das Parlamentarische Kontrollgremium soll
585 durch eine Kontrollstelle gestärkt werden.

586 **Verlässlich in der Not - Rettungsdienste und Bevölkerungsschutz stärken**

587 Wir stärken den Katastrophenschutz sowie das Rettungswesen als zentrale Säule
588 einer resilienten Gesellschaft. Dazu wollen wir die zuständigen Stellen
589 entsprechend der Handlungsempfehlung der Enquetekommission „Krisenfeste
590 Gesellschaft“ zu einem Bevölkerungsschutz-Präsidium zusammenziehen, sodass
591 sowohl die Planung als auch die operative Krisenbewältigung aus einer Hand
592 erfolgen.

593 Die Integrierten Leitstellen müssen effizient aufgestellt und durch Fachpersonal
594 geführt werden. Mit einer einheitlichen Softwareplattform und digitalen
595 Schnittstellen zwischen Polizei, Rettungsdiensten und weiteren Akteuren sorgen
596 wir für schnelle Kommunikation und Koordination – auch bei komplexen
597 Schadenslagen. Die Selbstverwaltung im Rettungsdienst werden wir an ihren
598 Erfolgen und der Umsetzung der Vorgaben im Rettungsdienstgesetz messen und
599 gegebenenfalls auf den Prüfstand stellen.

600 Beim Bund setzen wir uns weiter für die angestrebte Reform der Notfallversorgung
601 und Aufnahme des Rettungsdienstes als eigenständiger Leistungsbereich im
602 Sozialgesetzbuch ein. Katastrophenschutz beginnt nicht erst im Ernstfall – er
603 beginnt mit Vorbereitung. Deshalb setzen wir auf Aufklärung und frühzeitige
604 Sensibilisierung. Bereits jetzt müssen Schulen für die Klassenstufe 6
605 verbindlich einen Aktionstag zum Katastrophenschutz durchführen. Daran wollen
606 wir anknüpfen, damit junge Menschen früh lernen, wie man sich im Ernstfall
607 richtig verhält. Gleichzeitig prüfen wir das Feuerwehrgesetz auf seine
608 Alltagstauglichkeit und Reformbedarfe – als dritte tragende Säule neben dem
609 Rettungsdienstgesetz und dem Katastrophenschutzgesetz.

610 **Kapitel 5.3. Werte verteidigen - Verantwortung in Europa und der Welt übernehmen**

611 In einer Welt, die aus den Fugen zu geraten scheint, ist die Europäische Union
612 ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand. Als Land im Herzen Europas
613 gestalten wir Europa aktiv mit: für ein starkes, handlungsfähiges Europa, das
614 sich gegen Autokrat*innen behauptet, seine Werte schützt und globale
615 Verantwortung übernimmt.

616 Unsere Partnerschaften stärken das "Europa der Regionen" – am Oberrhein, am
617 Bodensee, entlang der Donau und mit unseren Partnerregionen der "Vier Motoren
618 für Europa". In diesem interregionalen Netzwerk gestalten wir zusammen mit den
619 drei wirtschaftsstarken Regionen in Frankreich, Spanien und Italien die
620 notwendigen Transformationsprozesse im Bereich Wirtschaft. Darüber hinaus
621 arbeiten wir beispielsweise an einer zukunftsfesten Aufstellung der Kreativ- und
622 Kulturwirtschaft sowie zu den Themen Landwirtschaft und Forschung und
623 Entwicklung. Ein großer Erfolg ist der neu geschaffene gemeinsame „Business
624 Passport“. Dieser erleichtert baden-württembergischen Firmen durch gezielte
625 Unterstützung und direkte Kontakte eine Ansiedelung in einer der Vier-Motoren-
626 Partnerregionen.

627 Europa beginnt vor Ort – deswegen intensivieren wir europäische
628 Städtepartnerschaften und sorgen für eine bessere Vernetzung der Europaschulen
629 in Baden-Württemberg. Für uns bedeutet Europa zu stärken auch, Europa spürbar zu
630 machen – insbesondere für die junge Generation. Durch grenzüberschreitende
631 Jugend- und Schüler*innenbegegnungen, durch die Teilnahme am Austauschprogramm
632 Erasmus+ oder im Rahmen einer grenzüberschreitenden dualen Berufsausbildung
633 können junge Menschen Europa konkret erleben und dabei ihre interkulturellen und
634 Sprachkompetenzen ausbauen sowie ihre Karrierechancen verbessern.

635 Ein Herzstück der europäischen Idee sind offene Grenzen. Die trinationale
636 Metropolregion am Oberrhein ist zusammengewachsen, gerade in unseren
637 Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz ist Europa gelebter Alltag. Doch
638 dieser Alltag wird durch neue Grenzkontrollen, veranlasst von der
639 Bundesregierung, bürokratische Hürden und Lücken in der Infrastruktur erschwert.

640 Für uns in Baden-Württemberg ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
641 essenziell: sei es im Nahverkehr, in der Gesundheitsversorgung, im
642 Katastrophenschutz oder in der Bildung. Europa ist für uns der ganz konkrete
643 Alltag der Menschen im Land.

644 Mit Frankreich verbindet uns nicht nur die längste Landesgrenze, sondern auch
645 ein enges Netz von grenzüberschreitenden Partnerschaften. Eine gute
646 Partnerschaft zwischen Stuttgart und Straßburg, zwischen Freiburg und Colmar ist
647 für unsere beiden Länder ebenso wichtig wie zwischen Berlin und Paris! Als
648 Landesregierung haben wir diese Partnerschaften stark ausgebaut: zwischen
649 Städten und Gemeinden, im Universitätsverbund EUCOR und mit der Förderung vieler
650 kleiner Bürger*innen-Projekte, die uns näher zusammenwachsen lassen. Ein
651 gelungenes Beispiel für die gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist auch
652 der deutsch-französische Wasserschutzpolizeiposten am Oberrhein. Dieses Projekt
653 zeigt, wie Sicherheit, Umweltschutz und europäische Partnerschaft konkret
654 ineinandergreifen können. Solche gemeinsamen Strukturen sind ein wichtiger

655 Baustein für einen modernen Katastrophenschutz – auch angesichts der
656 fortschreitenden Klimakrise.

657 Die Schweiz ist für Baden-Württemberg ein zentraler Partner. Wir begrüßen daher
658 die politische Einigung zwischen dem Schweizer Bundesrat und der Europäischen
659 Kommission über ein neues Vertragspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung
660 der bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Maßgeblich dazu
661 beigetragen haben die Schweiz-Strategie der Landesregierung und unser Einsatz
662 als Brückenbauer zwischen der Schweiz und der EU. 2024 haben wir mit dem Ziel,
663 die Verflechtung der Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsräume entlang der Grenze
664 zu stärken, die Schweizstrategie aktualisiert und fortgeschrieben. Wir sehen
665 heute viele Erfolge im Sinne einer guten Partnerschaft mit unserem Nachbarland -
666 ganz praktisch zum Beispiel der grenzüberschreitende öffentliche Nahverkehr
667 zwischen Deutschland und der Schweiz.

668 Als Land im Herzen Europas wissen wir: Die großen Fragen unserer Zeit können wir
669 nur gemeinsam lösen. Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und ein
670 funktionierender Binnenmarkt – all das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern
671 tägliche Aufgabe. Deshalb setzen wir uns als Land entschlossen dafür ein,
672 europäische Werte zu schützen und Europa zu einem handlungsfähigen,
673 solidarischen, wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Kontinent
674 weiterzuentwickeln. Mit unserer starken Landesvertretung in Brüssel gestalten
675 wir Europa aktiv mit – und haben dafür gesorgt, dass EU-Fördermittel nach Baden-
676 Württemberg fließen, etwa für exzellente Forschung, die ländlichen Räume oder
677 Klimaschutz.

678 Der russische Überfall auf die Ukraine im Jahr 2022 markiert eine Zäsur für
679 Europa. Er hat uns wieder bewusst gemacht, welche große Bedeutung das
680 europäische Projekt als Garant für Frieden nach wie vor hat. Gerade angesichts
681 äußerer Bedrohungen, wie sie von einem aggressiv agierenden Russland ausgehen,
682 aber auch im Lichte eines erstarkenden Nationalismus in einigen EU-Ländern, sind
683 wir alle gefordert, für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit
684 und Rechtsstaatlichkeit einzustehen. Mit der Donaumaumstrategie, die die
685 Völkerverständigung in den vierzehn Donau-Anrainerstaaten fördert und die
686 Lebensqualität steigert, unterstützen wir bereits die Rechtsstaatlichkeit in
687 Staaten wie Rumänien und Ungarn und stärken so das Fundament unserer Demokratie.

688 Als exportorientiertes Land ist der Ausbau direkter Kooperationsbeziehungen auch
689 über Europa hinaus wichtig – auch um neue Märkte zu erschließen und den Weg von
690 Fachkräften nach Baden-Württemberg zu erleichtern. In diesem Sinne haben wir
691 erfolgreich mit weltweit starken Partnern verhandelt. Dazu zählen der Ausbau
692 einer Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Kalifornien, die Fachkräfte- und
693 Bildungsk Kooperation mit Maharashtra (Indien), der Abschluss einer
694 Kooperationserklärung mit der kanadischen Provinz Ontario oder die Kooperation
695 des „Cyber Valley“ in Tübingen mit dem Seoul AI Hub in Südkorea.

696 Die Auswirkungen der Klimakatastrophe in ganz Europa zeigen es deutlich: Gerade
697 vor dem Hintergrund einer US-Regierung, die gegen den Klimaschutz arbeitet, ist
698 die Zusammenarbeit mit Regionen weltweit, die Klimaschutz voranbringen wollen,
699 besonders wichtig. Dazu gehört beispielsweise die aktive Mitarbeit in der

700 „Under2Coalition“ mit Kalifornien sowie unsere Förderung von
701 Wasserstofftechnologien zusammen mit Katalonien, Andalusien und Schottland.
702 Zwischen Baden-Württemberg und Andalusien wurde eine Energie- und
703 Klimapartnerschaft begründet. In der Europäischen Union hat sich Baden-
704 Württemberg für den “Green Deal” stark gemacht. Auch weiterhin werden wir für
705 die Transformation kämpfen, für den Umwelt- und Klimaschutz, aber auch für
706 unsere exportorientierte Wirtschaft, die von der Entwicklung neuer Technologien
707 und Produkten lebt.

708 Als eine der stärksten Wirtschaftsregionen Europas und als Klimaschutzland muss
709 Baden-Württemberg Verantwortung für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der
710 Welt übernehmen. Wir haben die Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg gestärkt
711 und ihre finanzielle Ausstattung schrittweise erhöht. Mit dem Eine-Welt-
712 Promotor*innen-Programm und dem Interkulturellen Promotor*innen-Programm haben
713 wir gezielt die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen gefördert und
714 migrantische Perspektiven stärker eingebunden. Die Zusammenarbeit mit dem Rat
715 für Entwicklungshilfe haben wir ausgebaut, in Kooperation mit der Stiftung
716 Entwicklungszusammenarbeit haben wir zivilgesellschaftliche Graswurzelprojekte
717 gestärkt.

718 Die Landespartnerschaft mit Burundi, die die Zusammenarbeit und Vernetzung in
719 Bereichen wie Landwirtschaft, Friedensarbeit oder Klimaschutz fördert, haben wir
720 in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Durch die Académie de
721 l'Amitié haben wir zudem den persönlichen Austausch zwischen Bürger*innen und
722 Organisationen aus Burundi und Baden-Württemberg sowie die die Entwicklung
723 gemeinsamer Ideen gefördert.

724 **Europa erlebbar machen - grenzenlos zusammenwachsen**

725 Wenn Menschen sich begegnen und miteinander ins Gespräch kommen, können
726 Freundschaften entstehen, Vorurteile abgebaut werden und Kooperationen aller Art
727 entstehen. So wird europäisches Bewusstsein gestärkt und Europa wächst weiter
728 zusammen. Durch die Möglichkeiten zur Begegnung, durch grenzüberschreitende
729 politische und administrative Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Mobilität
730 machen wir den Mehrwert Europas für Bürger*innen und Unternehmen erfahrbar.

731 Den Mikroprojektfonds, der mit Begegnungen zwischen deutschen und französischen
732 Bürger*innen grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Politikfeldern
733 voranbringt, wollen wir fortführen. Für uns Grüne ist zentral, dass europäische
734 Austauschprogramme, wie zum Beispiel Erasmus+, noch stärker von Auszubildenden
735 genutzt werden. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber auch
736 für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch gar nicht ausreichend
737 bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten
738 Öffentlichkeitsarbeit angehen.

739 Angesichts eines erstarkenden Nationalismus auch innerhalb Europas ist es für
740 uns besonders wichtig, die Unterstützung für unser europäisches Projekt in der
741 jungen Generation zu festigen. In Kooperation mit Nachbarländern wie Frankreich
742 wollen wir mit vergünstigten, grenzüberschreitend gültigen Regional- und
743 Nahverkehrstickets für junge Menschen auch zukünftig Begegnungen ermöglichen und

744 europäische Freundschaften erlebbar machen. Wir setzen uns dafür ein, dass in
745 Zukunft mehr Auszubildende eine grenzüberschreitende duale Ausbildung
746 absolvieren können.

747 In Zukunft wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit explizit europäisch
748 ausrichten – über Landes- und Staatsgrenzen hinweg, insbesondere mit Frankreich
749 und der Schweiz. Wir setzen uns hier für eine stärkere Nutzung von
750 Synergieeffekten bei Umweltschutz, Klimaschutz und Energieversorgung ein. Als
751 weitere konkrete Maßnahme wollen wir die Grundlage für eine trinationale
752 Notfallversorgung zwischen Baden-Württemberg, dem Elsass und der Nordwestschweiz
753 schaffen. Unser Ziel ist eine eingeübte Zusammenarbeit von Rettungsdienst,
754 Luftrettung, Wasserrettung und Bergwacht – damit im Notfall nicht
755 Zuständigkeiten entscheiden, sondern die Menschen vor Ort schnell die
756 bestmögliche Hilfe erhalten.

757 Auch in der Gesundheitsversorgung wollen wir grenzüberschreitende Synergien
758 gezielt stärken. Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Frankreich und der Schweiz
759 arbeiten wir am Abbau bürokratischer Hürden für Gesundheitsakteure, Fachkräfte
760 und Patient*innen. So wird es für medizinisches Personal einfacher,
761 grenzüberschreitend tätig zu sein – und für Patient*innen selbstverständlicher,
762 dort behandelt zu werden, wo die Versorgung am besten und am schnellsten möglich
763 ist.

764 Wir arbeiten weiter unermüdlich an der Wiedererrichtung der Bahnstrecken
765 Freiburg-Colmar sowie Rastatt-Hagenau und fordern den Bund und die EU auf,
766 gemeinsam mit uns und unseren französischen Freund*innen pragmatische Lösungen
767 zu suchen. Wir wollen einen integrierten öffentlichen Nahverkehr und die
768 Ausweitung des BW- und Deutschlandtickets auf die Grenzregionen zu unseren
769 Nachbarländern Frankreich und Schweiz.

770 Auf EU-Ebene setzen wir uns weiter für eine Entbürokratisierung der
771 Arbeitnehmerentsendung ein und erleichtern damit das Pendeln, die Ausbildung und
772 die Arbeit genauso wie den grenzüberschreitenden Alltag. Um grenzüberschreitende
773 Alltagsmobilität zu ermöglichen, wollen wir die Grenzkontrollen wieder auf das
774 im Schengen-Raum vorgesehene Maß zurückfahren.

775 **Europa vereint: Für Frieden und Freiheit**

776 In Zeiten geopolitischer Spannungen ist entschlossenes Handeln für Frieden,
777 Freiheit und Demokratie in Europa wichtiger denn je.

778 Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Denn Russland bedroht nicht nur seine
779 Nachbarn, sondern unser Wertesystem. Angesichts der russischen Aggression
780 braucht es in Ost-, Südost- und Mitteleuropa starke demokratische Partner.
781 Deswegen setzen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern für eine neue
782 Wirtschafts- und Regionalkooperation ein. Diese soll den Wiederaufbau zerstörter
783 Regionen voranbringen und den Weg der Ukraine in die Europäische Union ebnen.
784 Wir unterstützen den EU-Beitritt der Westbalkanstaaten und arbeiten insbesondere
785 mit Moldau auf dessen Weg in die Europäische Union eng zusammen. Baden-
786 Württemberg und die Republik Moldau haben vereinbart, ihre Zusammenarbeit
787 auszubauen.

788 Ein Europa von unten - Europäische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken
789 und Europa den Menschen nahebringen

790 Für uns Grüne ist die europäische Integration, also der Weg zu einer echten
791 politischen und wirtschaftlichen Einheit, kein Elitenprojekt. Wir wollen keine
792 Europapolitik über die Köpfe der Menschen hinweg. Unser Ziel ist eine lebendige
793 europäische Demokratie, in der Regionen, zivilgesellschaftliche Organisationen
794 und die Bürger*innen Europas mitgestalten können. Für ein europäisches
795 Bewusstsein als Voraussetzung für eine europäische Demokratie müssen
796 Bürger*innen allerdings nicht nur mitbestimmen dürfen, sondern auch ausreichend
797 über Europa informiert werden.

798 Die Demokratie in Europa steht durch erstarkenden Populismus, Extremismus und um
799 sich greifende Desinformation unter Druck. Wir Grüne wollen deshalb, dass die
800 Rechtsstaatsinstrumente der EU konsequenter genutzt, europäische Demokratie
801 weiterentwickelt wird und demokratische und zivilgesellschaftliche
802 Organisationen ungeachtet nationaler Grenzen gestärkt werden. Wir begrüßen die
803 Ergebnisse einer deutsch-französischen Expert*innengruppe, die unter anderem
804 konkrete Empfehlungen zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit und
805 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik auf europäischer
806 Ebene vorschlägt.

807 Von unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen
808 Grundwerten wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der
809 Rechtsstaatlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Fördermittel nur Staaten
810 bekommen, die die Rechtsstaatlichkeit achten. Als Land wollen wir auch weiterhin
811 konkret demokratische Zivilgesellschaft vor Ort stärken, etwa über gemeinsame
812 Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder dem Danube Youth Council.

813 Die weitere europäische Einigung bedarf einer breiten gesellschaftlichen
814 Unterstützung. Deshalb ist eine weitere Stärkung der baden-württembergischen
815 Akteure der Europaarbeit notwendig. Gemeinsam möchten wir den europäischen
816 Gedanken im Land noch sichtbarer machen. Kommunal-, Vereins-, Hochschul- und
817 Schulpartnerschaften machen Europa erlebbar. Wir möchten diese in Zukunft mit
818 neuen Inhalten und Formaten (z. B. virtuelle Vernetzungsplattformen)
819 unterstützen und die Partnerschaftsarbeit durch das Land stärken.

820 In der Öffentlichkeit besteht ein großes Interesse an Information über
821 Europapolitik. Darum wollen wir unsere europabezogene Öffentlichkeitsarbeit in
822 der Fläche ausbauen, modernisieren, digitalisieren und strategischer mit den
823 europaaktiven Verbänden und weiteren Partnern im Land abstimmen. Um das
824 Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und Themen auf europäischer
825 Ebene zu verbessern, müssen europapolitische Inhalte an den Schulen in Baden-
826 Württemberg vertieft vermittelt werden.

827 Europa beginnt vor Ort. Als bisher einziges Bundesland ermöglichen wir
828 Beamte*innen sowie Verwaltungsangestellten in der Landesverwaltung und in baden-
829 württembergischen Kommunen eine zeitlich begrenzte Mitarbeit in der
830 Landesvertretung in Brüssel oder in der Europaabteilung des Staatsministeriums.
831 Wir wollen, dass in jeder Gemeinde und in jeder Behörde in Baden-Württemberg

832 Menschen arbeiten, die auf diesem Weg Europakompetenz erworben haben. Damit
833 bringen wir Europakompetenz in unsere Gemeinden und machen Europa im
834 Verwaltungshandeln vor Ort erfahrbar.

835 **Europäisches Bündnis für Innovationskraft: Künstliche Intelligenz als Schlüssel**

836 Als führende europäische Innovationsregion denken wir Europa auch technologisch
837 weiter. Künstliche Intelligenz ist dabei ein Schlüssel – für wirtschaftliche
838 Souveränität, für gesellschaftlichen Fortschritt und für eine europäische
839 Innovationskraft, die auf Demokratie, Transparenz und Gemeinwohl ausgerichtet
840 ist.

841 Baden-Württemberg soll zum führenden europäischen Standort für künstliche
842 Intelligenz werden – durch den gezielten Ausbau von Schlüsselprojekten wie dem
843 Cyber Valley in Tübingen, der AI Factory Stuttgart und dem Innovation Park
844 Artificial Intelligence in Heilbronn. Hierbei legen wir den Fokus auf das
845 Zusammenspiel von Wirtschaft und Wissenschaft und – weil das neue
846 sicherheitspolitische Herausforderungen nötig machen – auf die europäische
847 Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

848 Die hohe Innovationskraft des Landes wollen wir weiter stärken – zum Beispiel in
849 einem neuen europäischen Projekt zum autonomen Fahren.

850 **Vom Ländle in die Welt – Globale Allianzen für Innovation, Energie und** 851 **Klimaschutz**

852 Indem wir dazu beitragen, dass Europa der erste klimaneutrale Kontinent wird,
853 werden wir unserem Anspruch als Klimaschutzland gerecht. Wir investieren in
854 europäische Netze für Wasserstoff und schließen Energiepartnerschaften mit
855 unseren europäischen Nachbarn sowie Regionen weltweit. Darüber hinaus bauen wir
856 unsere Partnerschaften mit Regionen wie Kalifornien, die im Klimaschutz
857 vorangehen wollen, weiter aus. In Brüssel setzen wir uns für die Einhaltung und
858 bürokratiearme Umsetzung des Green Deals ein.

859 Fairer Welthandel beginnt vor Ort – auch in den Rathäusern und
860 Landeseinrichtungen. Öffentliche Verwaltungen stellen über ihre Beschaffungen
861 einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar und können zu globaler Gerechtigkeit
862 beitragen. Deswegen wollen wir insbesondere kommunale Verwaltungen bei ihren
863 Beschaffungen entlang ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards
864 unterstützen. Wir wollen Kommunen ermöglichen, ihre Beschaffungen nachhaltig und
865 fair zu tätigen. Dazu gehören eine praxistaugliche Beratung und bessere Zugänge
866 zu entsprechenden Produkten und Anbietern.

867 **Globale Verantwortung und Gerechtigkeit**

868 Baden-Württemberg übernimmt Verantwortung. Mit unserer Entwicklungspolitik
869 tragen wir dazu bei, die Welt zu einem gerechteren Ort zu machen und das
870 Bewusstsein für globale Ungleichheiten zu schaffen. Die zentrale Rolle der
871 zivilgesellschaftlichen Akteure ist ein Alleinstellungsmerkmal der
872 Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg. Auch in Zukunft wollen wir die Rolle
873 der Zivilgesellschaft als zentrale Kraft in der Entwicklungspolitik stärken. Wir
874 Grünen setzen uns in Baden-Württemberg dafür ein, zivilgesellschaftliche

875 Akteur*innen strukturell und finanziell besser abzusichern und ihre Mitsprache
876 bei der Ausgestaltung der Landespolitik auszubauen.

877 Wir treten für den Erhalt der Bundes-Kofinanzierung des Eine-Welt-
878 Promotor*innen-Programms ein und wollen insbesondere das Interkulturelle
879 Promotor*innen-Programm gezielt weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir den
880 Zugang zu bestehenden Fördermitteln erleichtern und die Rolle
881 zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Bildung für nachhaltige
882 Entwicklung und Globales Lernen deutlich stärken.

883 Ein besonderes Beispiel für gelebte Partnerschaft ist unsere enge Verbindung zu
884 Burundi. In Zukunft wollen wir insbesondere den Jugendaustausch mit Burundi
885 ausbauen und so das Fundament für ein partnerschaftliches Miteinander auf
886 Augenhöhe legen. Wir setzen uns für eine Fortführung der Academie de l'Amitié
887 ein.

888 Baden-Württemberg stellt sich seiner kolonialen Vergangenheit. Deswegen
889 unterstützen den Weg unserer Museen und Einrichtungen weiterhin konsequent und
890 transparent aufzuarbeiten, woher Objekte in unseren Museen sowie
891 wissenschaftliche Sammlungen kommen, um unrechtmäßig erworbene koloniale
892 Kulturgüter zu identifizieren und diese zurückzugeben.

893 Im Nordirak arbeitet die Landesregierung eng mit der Region Dohuk zusammen, um
894 die Lage von binnenvertriebenen Jesid*innen zu verbessern. Gemeinsam mit dem
895 Nordirak stärken wir psychosoziale Hilfen für Jesid*innen, vor allem für Frauen.
896 Im Zentrum dieser Unterstützung stehen oft Frauen, die vor Ort mit großem
897 Engagement Schutzräume schaffen, Bildung ermöglichen und Traumabewältigung
898 leisten. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter ausbauen und die lokalen
899 Akteur*innen gezielt stärken – als Beitrag zu einer gerechten und friedlichen
900 Zukunft in der Region.